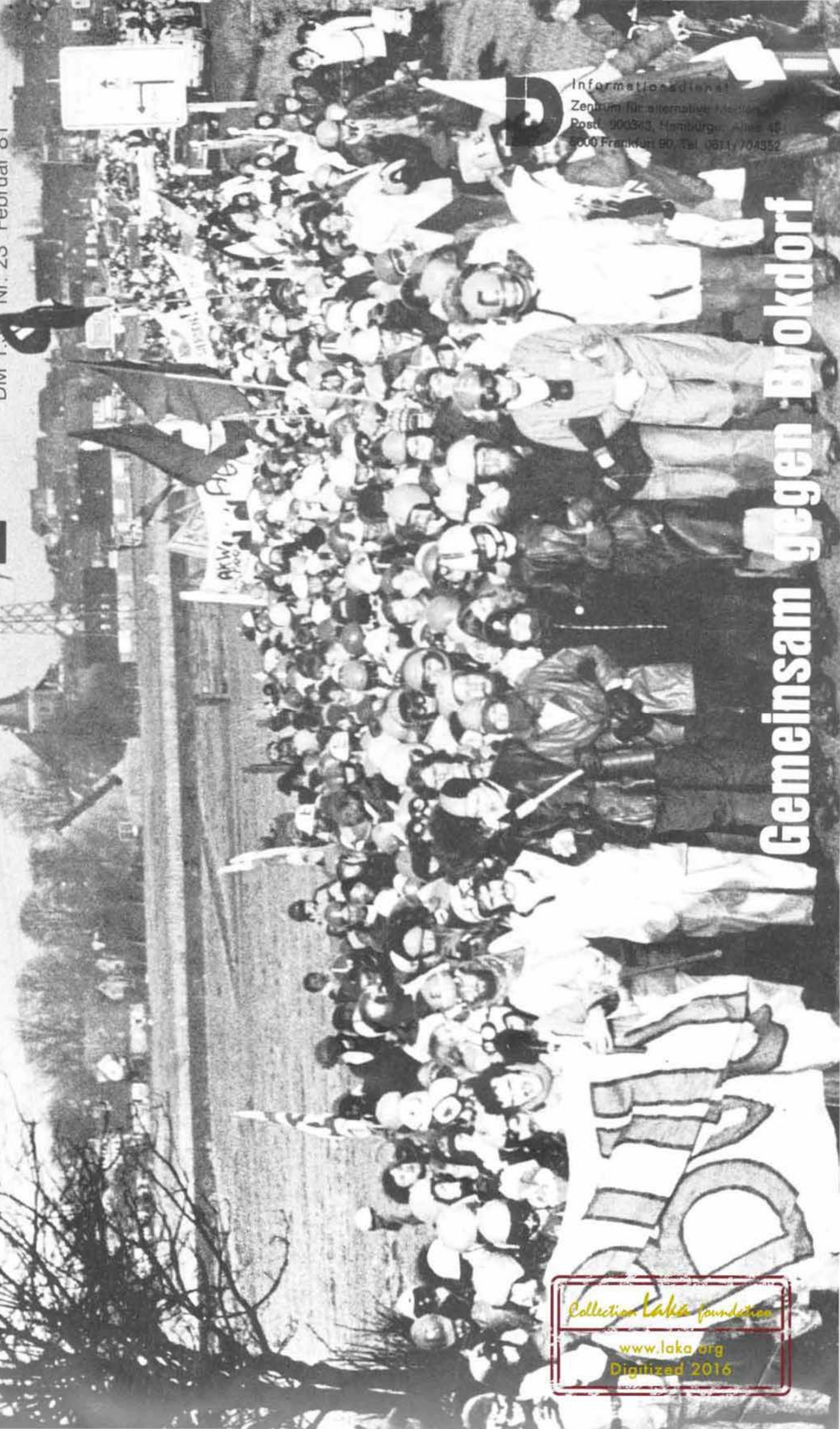


# Atom Express

DM 1,50 Nr. 23 Februar 81



Informationsdienst  
Zentrum für alternative Medien  
Post: 900543, Hamburg, Allee 40  
5600 Frankfurt 90, Tel. 0611/704352

Gemeinsam gegen Brokdorf

Collection Loka foundation  
[www.loka.org](http://www.loka.org)  
Digitized 2016

Liebe Atomexpress-Leute!

Ganz so trostlos, wie ihr es darstellt, sieht es mit dem Widerstand in Lüchow-Dannenberg nun doch nicht aus. Ich schreibe das, um wieder etwas Mut zu machen. Denn zumindest ist der Transport des Bohrgerätes von 1002 nach 1004 am 18. August nicht völlig unbemerkt und reibungslos abgelaufen. Wir (ein weiteres Sommercamp der IGD im Gartower Schützenhaus) haben zusammen mit anderen Leuten, die sich zu der Zeit - zum Teil recht desorientiert - im Landkreis aufhielten, von Trebel aus einen Trauermarsch vor dem Transport her gemacht. Das hat den Vollzug des Bonner Atomprogramms zwar letztlich vielleicht auch nur um eine Stunde verzögert, aber die Erfahrung, daß es noch immer Leute gibt, die Mut und Phantasie haben, etwas zu machen, hat allen, die dabei waren, wieder etwas Kraft und Energie gegeben.

Nachmittags gab es noch eine ganz gute Aktion in Lüchow, wo wir vor das DWK-Büro eine Urne mit Asche gestellt haben. Unser Ziel, hierdurch die Öffentlichkeit auf den Transport des Bohrgerätes und die Fortsetzung der Bohrungen auf 1004 aufmerksam zu machen, haben wir allerdings nicht ganz erreicht. Denn irgendjemand konnte nicht umhin, in den Büroeingang zu pinkeln. Von da an lief die ganze Sache in der Elbe-Jeetzelt-Redaktion nur noch unter „Fäkalienaktion“ und man enthielt sich jeder Berichterstattung. Ja, und noch etwas: An einem anderen Tag hielt vor dem Rondell ein Bullenwagen und seine Insassen (in Uniform: sie meinten, es sei billiger, während der Dienstzeit zu kommen.) deckten sich mit Infomaterial ein - Allgemeines über AKWs und die TAZ-Dokumentation der FRW.

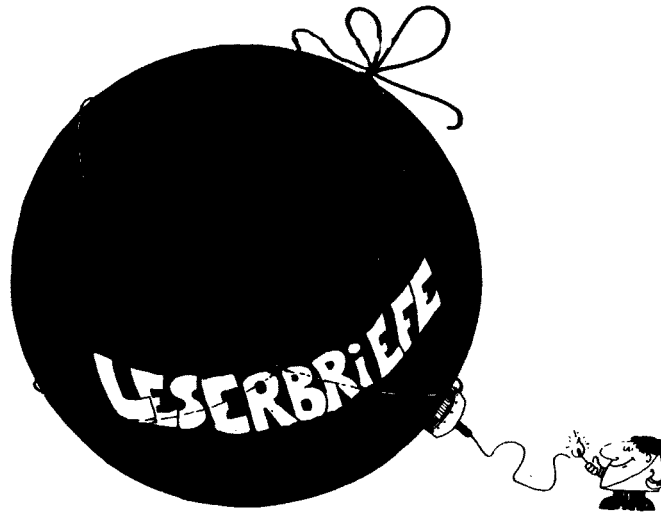
Vielleicht ist doch noch nicht alles verloren.

Mit lieben, antiatomaren Grüßen  
Monika



Liebe Leute vom Atom Express!

Ihr malt die Zukunft der Anti-AKW-Bewegung recht düster, so daß bei mir als engagiertem AKW-Gegner ein Druck entsteht, noch mehr tun zu müssen, noch mehr kostbare Zeit zu opfern, um das Atomprogramm zu kippen. Das aber kann und will ich nicht. Bei euch steht zwischen den Zeilen eine gewisse Resignation und auch Verbissenheit zeigt sich in Ansätzen. Ihr schreibt: „Für die nächsten anstehenden Aktionen gegen den Ausbau des Atomprogramms gibt es praktisch überhaupt keine erfolgversprechenden Vorstellungen.“ Na und? Brokdorf, Grohnde, 1004, alle diese Aktionen sind letztendlich



anders gelaufen, als sich die Leute das vorgestellt haben und das ist auch gut so, das macht uns unberechenbar für die Herrschenden und damit gefährlich. Eine wirklich gute Aktion läßt sich nur bedingt planen und ist letztendlich getragen von der Stimmung, die in der Luft liegt, und sie ist das Ergebnis von vorher geleisteter Arbeit im Kleinen, von Aufklärungsarbeit, Kulturveranstaltungen, dem Gespräch mit Nachbarn, Freunden und Verwandten, kurz: der Schaffung von Bewußtsein. Und wenn es zur Zeit keine erfolgversprechenden Vorstellungen für Aktionen gibt, dann ist das ein Zeichen dafür, daß das, was einmal an Bewußtsein geschaffen worden ist, sich erschöpft hat, seinen Ausdruck in den bisherigen Aktionen gefunden hat, und daß es jetzt an der Zeit ist, überall neues Bewußtsein zu schaffen, aus dem Ghetto auszubrechen, in die Breite. Dann wird ganz bestimmt bald wieder die Zeit reif sein und es wird nicht an Vorstellungen mangeln für erfolgversprechende Aktionen.

Und wenn im nächsten halben Jahr gar nichts an großen Aktionen läuft? Na und? Wenns dann aber wieder los geht, dann viel mächtiger und mit größerem Rückhalt in der Bevölkerung! Wir bleiben unberechenbar. Hüten wir uns vor einem blinden Aktionismus. Dies wird nur die Engstirnigsten verschleißen und bald kaderähnliche, mit Leichtigkeit zu überwachende Gruppierungen schaffen! Verschleißen wir uns auch nicht auf Konferenzen oder bei Debatten über die richtige Form des Widerstands! Arbeiten wir kontinuierlich und beharrlich im Kleinen, entwickeln wir Phantasie in der Schaffung von Bewußtsein und haben wir ein wenig Geduld, die Zeit für Aktionen wird wieder kommen!

Seid ganz lieb begrüßt von Horst

Liebe Freunde!

Jede Zeitung könnte noch besser gemacht werden. Eine qualitative Begrenzung ist undenkbar. Ob alle Leser gleiche Kritik haben, oder wie ihr selber unzufrieden sind, muß auch bezweifelt werden. Auf aktuelle Ereignisse müßt ihr nun mal eingehen, doch nicht nur auf diese! Ich meine, es gibt eine Möglichkeit, Unterscheidungen zu treffen, und damit wären wir bereits bei der letzten Bundeskonferenz, doch jetzt mehr auf die konkrete Situation bezogen. Allgemein wird wohl in den einzelnen Initiativen die Meinung vertreten, daß Großdemos nicht mehr die alte Be-

deutung zukommen kann. Vor allem unter dem Eindruck der Ereignisse zu Kalkar hat sich diese Meinung ziemlich verfestigt. Das müßte überprüft werden, nicht zuletzt im Hinblick auf Brokdorf (traditionelle Weihnachtsdemo am 21.12.), die doch in der Tat richtungweisend sein könnte. Es ist akzeptiert worden von den organisierenden Gruppen und nachher von allen Beteiligten, daß wir nicht unbedingt gemeinsam demonstrieren müssen (auswärtige BIs und örtliche Bauern). Die Bauern wollten um 12 Uhr mit ihren Traktoren demonstrieren, allgemein dann um 13 Uhr (tatsächlich ging es erst so gegen 15.30 Uhr richtig los).

Wir müssen nicht einmal eine einheitliche Presseerklärung herausbringen. Die Bauern machten einfach ihre eigene. Warum auch nicht? Es besteht nun einmal eine allgemeine Anti-AKW-Bewegung und nicht getrennt, aber als selbständiger Teil des Ganzen der örtliche Widerstand. Das ist übrigens in Frankreich, in den Regionen, wo wirklich gekämpft wird, auch nicht anders. Bauern sind teilweise von uns mystifiziert worden. Die Einheit muß und kann sich nur in einer gegenseitigen Toleranz ausdrücken. Und genau das war jetzt in Brokdorf der Fall. Es waren nicht einige Chaoten, die jubelten, weil ein Wasserwerfer seinen Geist aufgeben mußte. Es distanzierte sich kein Presseprecher von dieser „furchtbaren Gewaltaktion“, wie wir das doch noch in Erinnerung haben.

Toleranz kann demnach nur bedeuten, daß niemand von uns weiß, wie und auf welche *alleinige* Art wir erwünschte Erfolge erzielen werden, ohne irgendwelche Legenden in die Welt zu setzen:

Wir sollten grundsätzlich davon ausgehen, daß alle Formen und Methoden des Widerstandes berechtigt und gerecht sind. Unsere Form der Gewaltanwendung gegen den Staat verbleibt zwangsläufig stets reserviert und vereinzelt, während die Gegenseite überall und umfassend Gewalt ausübt. Die These, wir würden uns als Chaoten isolieren, ist nur eine Ideologie, die der Staat selber erfunden hätte, fände sie nicht ihre Anhänger unter uns selber. Eher können wir sagen, es verhält sich genau umgekehrt. Anpassung an die geltenden bürgerlichen Normen führt in die Isolierung. Wenn wir genau das tun, was der Staat von uns erwartet, dann werden wir zu einer Vereinsbewegung. In letzter Zeit sah es bald danach aus.

Unsere Stärke muß sich in der Vielfalt ausdrücken. Im politischen Sinn sind wir keine Einpunktbewegung. In der

erklärten Zielsetzung sollten wir es bleiben, was nicht ausschließen muß, daß wir uns (es ist sogar notwendig!) mit aktuellen gesellschaftlichen Themen abgeben. Dazu gehört vor allem unser Verhältnis zum Staat und Gesellschaft. Die Entwicklung zum Atomstaat und der Herrschaft einzelner Syndikate ist keine zufällige, und wir sollten versuchen, das zu verstehen.

Es wird gewiss äußerst fruchtbar für uns sein, da wir schon längst in einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung stehen, wenn in den Initiativen diese Fragen nicht untergehen - und das in Verbindung mit Aktivität, denn gewiß entscheidet nur die Praxis.

Viele antiatomare Grüße Eberhard, Köln.

Nach der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung, Bremen, am 30.11.80

Sitze gedankenversunken vor einem Glas längst kalten Tees in den trüben Rauchschwaden der Bahnhofsgaststätte. Versuche mein Erschrecken zu sortieren, Erschrecken über die, die sich mit ihrer militanten Milikanz einreihen in den Kampf wider die Nutzung der Atomenergie und wider Militär und Militarismus, mehr noch: nicht nur sich einreihen in diesen mühseligen Kampf, sondern die Bewegung an sich zu reißen gedenken, die Pazifismus immer noch verwechseln mit Passivität, die Gewaltfreiheit unverstanden verteuflern, die mit dem Zweck die Mittel heiligen, die nicht die Charaktergleichheit von angestrebter Gesellschaft und Formen des Kampfes dorthin als notwendig erkannt haben, die Anarchie mit Arroganz gegenüber Andersdenkenden verwechseln und erreichen wollen, die Formen des zivilen Ungehorsams und des gewaltfreien Widerstandes nicht begreifen als Mittel im Kampf um eine atomenergie- und auch sonst - freie Gesellschaft. Gewaltfreiheit kann keine situationsgebundene, pragmatische Fall-zu-Fall-Entscheidung sein. Wer eine gewaltfreie Gesellschaftsform anstrebt (und das unterstelle ich ohne schlechtes Gewissen der gesamten Anti-AKW-Bewegung), der kann diese gewaltige Veränderung nicht mit Gewalt erreichen. Versucht er es dennoch, so steht er ungewollt Pate für die Ansicht, daß eine solche Gesellschaft schier unmöglich zu realisieren sei, der ist lebendes Beispiel, agierendes und praktisches (im doppelten Sinne) Gegenargument gegen seinen eigenen Anspruch. Anarchie, eine libertär-sozialistische Gesellschaft ist zwar durch eine kleine Gruppe (meinethalben auch durch eine Elite) zu initiieren, diese Elite reicht aber nicht zur Realisierung dieser Gesellschaftsform. Das heißt, auch (oder gerade) die Konstitution einer unstaatlichen Gesellschaft bedarf einer Massenbewegung. Und wer glaubt, diese Massenbewegung sei durch militante Aktionen zu erreichen, der verkennt die gegenwärtige politische Situation, der ignoriert arrogant die, für die er kämpfen will.

Gewaltfreiheit ist weder Passivität noch Armutszeugnis, noch bürgerlicher Opportunismus, sondern im Höchstmaß radikal. Gewaltfreiheit schließt Sabotage- und Blockadeaktionen mit ein, scheut sich also nicht vor Gesetzesübertretungen, schließt aber Brutalität, Menschenverletzung, also Pfistersteine gegen Menschen aus!

Ulrich, Kierspe/Meinertshagen

## Ist was los – was ist los beim Atom Express?

Diesmal hat es ordentlich gefunkt beim Atom Express. Innerhalb der Redaktion ist es zu einer hart geführten Grundsatzdiskussion über das Zustandekommen und das politische Konzept des Atom Express gekommen - die noch nicht abgeschlossen ist.

Es fing damit an, daß zwei Redaktionsmitglieder, Outi und Wilhelm, die beide fast seit Anfang an beim Atom Express mitmachen, das Gefühl hatten, daß dies nicht mehr "ihre" Zeitung sei. Wir haben den ganzen Dezember lang darüber diskutiert, ohne zu einem positiven Ergebnis, das alle zufriedengestellt hätte, zu kommen. Im Gegenteil, die Diskussion verhärtete sich ab einem bestimmten Punkt, es entstanden zwei Lager. Outi und Wilhelm haben sich entschlossen, zumindest an dieser Nummer nicht mitzumachen, erstmal aus der Redaktionsarbeit auszuweichen. Die Gründe für ihren Ausstieg haben sie in einem längeren Artikel zusammengefaßt, der im Atom Express abgedruckt werden sollte. Während der Diskussion des Artikels in der Redaktion - wir hatten das Lay-Out bereits begonnen - zeigte sich, daß ausnahmslos alle Redaktionsmitglieder der Meinung waren, daß der Artikel in dieser Form nicht in diesem Atom Express abgedruckt werden sollte. Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend:

1. Wir waren der Meinung, daß in dem Artikel „Was ist faul am Atom Express?“ zwar einige Kritikpunkte angesprochen werden, die die anderen Redaktionsmitglieder mehr oder weniger teilen, daß der Artikel aber insgesamt ein verzerrtes Bild von der Redaktion und den Diskussionsabläufen zeichnet. Da der Atom Express-Leser keine Möglichkeit hat, die einzelnen Darstellungen zu überprüfen, muß er zwangsläufig ein falsches Bild von dem bekommen, wie es in der Atom Express-Redaktion zugeht.

2. Wir waren der Meinung, daß es nur Sinn hat, den Artikel im Zusammenhang mit einer ausführlichen Diskussion über den Atom Express abzudrucken, in der dann auch die anderen Positionen, v.a. die derjenigen, die diesen Atom Express machten, zu Wort kommen. Wir selbst sahen uns nicht in der Lage, während des Lay-Outs die Diskussion in der Redaktion noch weiterzuführen und vor allem noch in ausgereifter Form zu Papier zu bringen.

Wir wollten die Diskussion im nächsten Atom Express führen.

Wir haben Outi und Wilhelm über unser Diskussionsergebnis informiert - sie selbst haben nach Abgabe ihres Artikels an den Redaktionssitzungen und am Lay Out nicht mehr teilgenommen. Sie haben dieses Ergebnis nicht akzeptiert und forderten den Abdruck ihres Artikels in dieser Nummer. In einer weiteren ziemlich harten Diskussion kurz vor dem Drucktermin des Atom Express, an der auch andere Mitglieder des Göttinger Arbeitskreises teilgenommen haben, blieb die Redaktion geschlossen bei ihrer Meinung. Um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen, einigten wir uns darauf, daß in diesem Atom Express ein Falblatt eingelegt wird, in dem der Artikel von O. und W. abgedruckt wird und dazu eine Erwiderung der Redaktion. Wir haben dadurch noch ein paar Tage Zeit - während der Atom Express gedruckt wird - um diese Erwiderung zu diskutieren und zu formulieren.

Die Diskussion wird in den nächsten Wochen weitergehen, in der Redaktion und darüberhinaus wahrscheinlich im gesamten Arbeitskreis. Wir sehen dieser Diskussion mit Zuversicht entgegen. Wir haben diese Nummer 23 gemacht mit viel Engagement und vor allem mit viel Spaß und dem Gefühl, eine gute Nummer zustande gebracht zu haben.

Wir werden versuchen, unsere Kritik und die anderer am Atom Express in unserer zukünftigen

<b>Leserbriefe</b> .....	2
<b>Brokdorf</b>	
Aktuelle Entwicklung	
Die Demonstration vom 21.12.1980	
Chronik der Ereignisse	
Beschluß für eine internationale Großdemonstration .....	4
<b>Strompreise: Angst vorm milden Winter</b> .....	11
<b>Österreich: Geht Zwentendorf doch in Betrieb ?</b> .....	12
<b>Bundeskonzferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bremen</b>	
Berichte über die Konferenz	
Ergebnisse der Arbeitsgruppen	
Nachbereitungstreffen in Darmstadt .....	14
<b>Bundesweite Kampagne zur Energiepolitik</b> .....	21
<b>Zur Einschätzung des Kampfs um das Bohrloch 1004</b> .....	22
<b>Kriminalisierung – Prozesse</b> .....	24
<b>Weitenergiekonferenz &amp; Gegenveranstaltung</b> .....	27
<b>Berichte aus dem Ausland</b> .....	29
<b>ATOMMÜLL</b>	
Nach uns die Sintflut – entsorgen tun wir morgen	
Der dreifache Betrug der "Entsorgungsspezialisten" .....	30
Japan: Atommüll in den Pazifik .....	33
Aktuelle Kurzmeldungen zum Atommüll .....	34
<b>Nukleare Fernwärmeerzeugung</b>	
Adam und Eva im Paradies .....	36
<b>Gohnde: Ein Ausflug in die 'Atomwelt'</b> .....	38
<b>Frankreich: Feuer in La Hague</b> .....	40

## Impressum

Der Atom Express wird herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie.

Der Atom Express erscheint alle 6 - 8 Wochen und kostet 1.50 DM.

### Anschrift der Redaktionsgruppe:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie  
-Redaktion-  
Postfach 45  
3400 Göttingen  
Büro: Marienstraße 10, Tel.: 0551-7700158

gen Arbeit umzusetzen. Aber unsere Kritik ist nicht so grundsätzlich, als daß wir nicht mehr weitermachen würden. Alle, die diese Nummer mitgemacht haben, werden weitermachen, nicht aus einem abstrakten Pflichtgefühl heraus, sondern weil es uns trotz der vielen Arbeit und manchem Frust auch Spaß macht und weil wir das Gefühl haben, daß wir eine gute Zeitung machen, die der Bewegung nicht schadet, sondern nutzt.  
Auf ein kämpferisches und erfolgreiches 1981!

### **Atom Express Abo:**

kostet 10.-DM für fünf Nummern incl. Porto; für BIs, Buchläden oder sonstige Verkaufsstellen ab 5 Exemplaren je 1.-DM.

Überweist bitte ab jetzt die Atom Express-Rechnungen auf das folgende Konto:

**Ulrich Blömer**  
-Sonderkonto-  
PschA Hannover: 344264-304

Mitwirkende: Bernd, Christine, Dieter, Erich, Gabi, Jörg, Jupp, Kirsten, Lutz, Berthold, Reimar, Outi, Wilhelm I & II und viele andere, die uns ihre Beiträge geschickt haben. Diesmal nicht dabei: Ortrud (Diplomarbeit) und Jens (einjähriger USA-Aufenthalt zwecks Vertiefung der "Kernwissenschaftlichen" Kenntnisse).

V.i.S.d.P.: Dieter Stark, Kirsten Hellwig, Reimar Paul, Bernd Weidmann, Lutz Tobias, Erich Schünemann, Wilhelm Bethlehem.

**Besonders liebe Grüße an alle Häuserkämpfer in Göttingen und Anderswo & einen baldigen Sieg des Volkes von El Salvador !!**



Brokdorf ist seit Anfang Dezember wieder im Gespräch und in den Schlagzeilen. Nach der verwaltungsgerichtlichen Aufhebung des Baustops vor einem Jahr, nach der Spontan-Demonstration vom 23.12.79 und nach der mit völliger Orientierungslosigkeit endenden Brokdorf-Konferenz in Brunsbüttel schien es in der Wilster Marsch wieder ruhig geworden zu sein.

Bundesinnenminister Baum, auf Grund von Empfehlungen der ihm unterstehenden Strahlenschutzkommission und Reaktorsicherheitskommission weisungsberechtigt in Sachen AKW-Genehmigungen, brach am 3.12. das lange Schweigen: er ließ erklären, daß von Seiten der Bundesregierung dem Weiterbau nichts mehr im Weg stände. Stoltenberg und seine CDU-Ministertruppe aus Schleswig-Holstein freuten sich und kündigten die Erteilung der 2. Teilerrichtungsgenehmigung für die allernächste Zukunft an.

Seitdem vergeht kein Tag, an dem nicht zumindest die regionale Presse in breiter Aufmachung über die politischen - und seit kurzem auch wieder zunehmend praktischen - Auseinandersetzungen um Brokdorf berichtet. (Anm. d. Red.: Der Hamburger AK pol. Ökologie hat in mehreren Sondernummern des Anti-AKW-Telegramms Artikel aus den örtlichen Zeitungen zu Brokdorf zusammengestellt; wer hieran Interesse hat, kann sich die Dokumentationen beim AK pol. Ökologie, Postfach 202, 2000 Hamburg 6 bestellen).

Ein Schwerpunkt in diesen Auseinandersetzungen sind die unterschiedlichen Auffassungen von CDU und SPD. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten sind nach wie vor entschieden gegen Brokdorf; mit dieser Aussage als einem zentralen Wahlkampfthema hätten sie bei den letzten Landtagswahlen fast die Mehrheit geschafft und auch die gegenwärtigen Äußerungen von Matthiessen, Janssen & Co. lassen erwarten, daß zumindest sie nicht umfallen werden. Die Schles-

wig-Holsteinischen Jusos hatten sogar die Demo vom 21.12. mitgetragen und aus den Reihen der SPD hat es - im Gegensatz zur Mehrheit des Landesvorstandes der GRÜNEN - keine Kritik oder Distanzierungen von dieser Aktion gegeben.

Anders sieht es da schon bei den Hamburger Genossen aus. Lange Zeit hatte sich eine Partei- und Senatsmehrheit um Bürgermeister Klose gegen Brokdorf ausgesprochen, wobei vor allem energiewirtschaftlich argumentiert wurde:

1. sei der Atomstromanteil Hamburgs wegen der Lieferungen aus Stade und Brunsbüttel (wenn's mal klappt) ohnehin schon sehr hoch und
2. hätten die jüngsten Energiebedarfsprognosen ergeben, daß das AKW Brokdorf gar nicht unbedingt gebaut werden müsse.

In den letzten Monaten überlegen es sich immer mehr führende SPDler jedoch anders. Hintergrund dieser Umorientierung ist die Frage, ob sich die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) an der Finanzierung - und den späteren Einnahmen - des AKW Brokdorf beteiligen sollen; die Aktienmehrheit der HEW hält der Hamburger Senat. Bei einem endgültigen NEIN der SPD könnten demzufolge die HEW in Brokdorf nicht mittun und der zweite Betreiber, die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), muß sich nach einem anderen Partner umsehen. Dieser Partner wurde inzwischen gefunden: es handelt sich um die Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (PREAG), die sich zu 86,5% im Besitz der bundeseigenen VEBA befindet. Die politische Brokdorf-Koalition Bundesregierung/schleswig-holsteinische Landesregierung würde somit um die wirtschaftliche NWK/PREAG bestens ergänzt.

Wer nun mit wem - das wird endgültig auf dem Sonderparteitag der Hamburger SPD Anfang Februar entschieden, dem Atom-Mafia und Anti-AKW-Bewegung mit großer Spannung und Schaffensfreude entgegensehen. Bis dahin - aber wohl auch nicht viel länger -

haben wir noch Zeit, uns auf den Baubeginn angemessen vorzubereiten!

Die Demo vom 21.12. war ein Wink mit dem Zaunpfahl, was die Brokdorf-Planer erwartet, wenn sie an ihrem Vorhaben festhalten.



## HEW geht die Luft aus !

Am Sonnabend - in der Nacht vor der Demonstration am 21.12.80 in Brokdorf - haben wir die Reifen einer größeren Zahl von HEW-Service-Anhängern zerstochen. Die kleinen 4-achsigen Anhänger standen auf einem Sammelplatz vor dem HEW-Werks Gelände in Hamburg-Bramfeld. Diese Materialwagen sind für Außenreparaturen am HEW-Stromnetz da und in der ganzen Stadt zu sehen.

Noch immer ist die HEW - mit dem Hamburger Senat als 72%igem Hauptaktionär - aus der Brokdorf-Planung nicht ausgestiegen. Durch ihre Beteiligung an den AKWs Stade, Brunsbüttel, Krümmel sind sie verantwortlich für die gesundheitliche Schädigung vieler Menschen und für den Ausbau der menschenfeindlichen Industrialisierung im Untereiberaum.

Diese kleine Sabotageaktion sehen wir im Zusammenhang mit vielen derartigen Aktionen, Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit. Mit unserem vielfältigen Vorgehen behindern wir gemeinsam das Atomprogramm von Industrie und der Regierung und gehen für uns einen Schritt in Richtung selbstbestimmtes Leben! **Die Luft gehört uns - auch die in den HEW-Reifen!**

**Gruppe saubere Luft**

Erinnerungen an alte Zeiten kamen auf - am Sonntag kurz vor Weihnachten. Der Wecker rattert mitten in der Nacht und weckt einen aus süßen Träumen. 6.15 Uhr - eine ganz und gar unchristliche Zeit - aber wir haben ja noch einen weiten Weg vor uns bis nach

# EINDRÜCKE VON DER DEMO AM 21.12.

Brokdorf und viel zu tun dort am Zaun, hinter dem die Atomstrategen uns mit Gewalt eine atomare Zukunft aufzwingen wollen.

Zwei Freunde holen mich ab - wir sind noch etwas tranig, mit dicken Klüsen, trinken eine erste Tasse Kaffee, der Rest kommt in die Thermoskanne für die Fahrt. Haben wir alles beisammen? Die Fahne, den Helm, einen wasserfesten Anorak, die Gitarre und die Geschenke für die Verwandten daheim. Ich muß noch eben etwas Öl ins Auto kippen.

Als wir am Treffpunkt ankommen, sind wir die letzten. Die anderen Göttinger sind schon losgefahren. Drei steigen noch zu uns in den Bulli und dann geht's auf die Autobahn - Richtung Norden und dann immer geradeaus. Im NDR-Verkehrsstudio werden die Autofahrer gebeten, den Raum um Brokdorf möglichst weiträumig zu umfahren, da es dort aufgrund einer Demonstration zu erheblichen Verkehrsstörungen kommt. Wir halten uns nicht an die Empfehlung und geraten dann in Heiligenstädten prompt in den Stau, oder besser den Konvoi nach Brokdorf.

Wir fahren auf der engen Straße zweiseitig auf und warten ein/zwei Stunden ungeduldig auf die Weiterfahrt. Hinter Wilster soll eine Polizeisperre sein und die meisten Leute sind der Auffassung, daß wir auf den Hamburger Konvoi warten und ihn an die Spitze vorlassen sollten. Vereinzelt fahren schon vor - eine Demoleitung, die für ein geschlossenes Vorgehen sorgt, gibt es offensichtlich nicht. Wir fahren auch bald los. Hinter Wilster steht lediglich ein Polizeiwagen und die Polizeisperre vor Brokdorf können wir umfahren. Gegen zwei gelangen wir schließlich zum Demonstrationsszug, der sich einen Kilometer vorm Bauplatz, der zur Wiese werden soll, formiert hat. Lang ist's her, daß sich so viele zu einer Anti-AKW-Demo zusammengefunden haben. Insgesamt haben mit den Hamburgern, die später kommen, wohl gut 8000 Leute an der Demo teilgenommen. Ein toller Erfolg für die kurzfristige Mobilisierung.

Am Zaun gehen wir gleich frisch ans Werk. Am Haupttor wird ein Seil angebracht, was durch die Polizei gleich mit Wasserwerfereinsatz beantwortet wird. Knaller, Lehmklumpen, faule Eier und Holzplatten fliegen über den Zaun. Ein Typ neben mir schießt mit einem Fletscher Glasmurmeln auf die Bullen. Ich spreche ihn daraufhin an, denn ich bin dage-

gen unnötigerweise Polizisten zu verletzen. Den Zaun demolieren, ja - aber Menschen, nein. Uns soll es ja heute darum gehen, klar und deutlich zu zeigen, daß wir den Weiterbau des AKW Brokdorf nicht widerstandslos hinnehmen werden.

Nach einer Weile fordert uns die Polizei ultimativ auf, die Straße am Zaun zu verlassen. Ein Pfeifkonzert ist unsere Antwort darauf, so daß ich die genaue Uhrzeit nicht verstehe. Ich will auch noch bleiben, denn die Polizei hat die Vorführung einer neuartigen Wasserkanone angekündigt. Das Ding ähnelt den Geräten an den Bohrlöchern bei Gorleben und soll angeblich superweit spritzen. Als ein Bulle die Kanone dann vorführen will, platzt unten am Tankwagen eine Leitung, sodaß das Wasser auf die Straße fließt und die Demoteilnehmer in ein helles Gelächter ausbrechen.

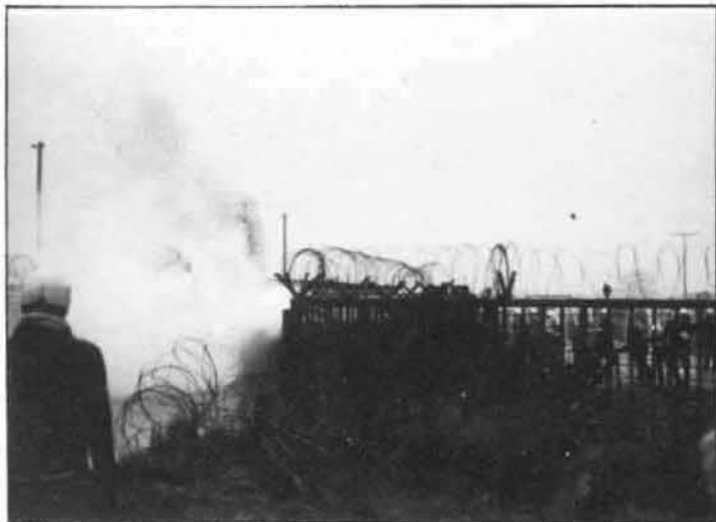
An einer anderen Stelle des Zauns wird nochmals ein Enterhaken angebracht und ein paar Rollen Natodraht vom Zaun abgezogen. Nach einer guten Stunde begeben wir uns langsam auf den Rückweg. Eine Polizeikette schiebt uns auf der Straße und der angrenzenden Wiese vom Zaun weg, hinter dem mit einem Mal ein Wasserwerfer Feuer fängt. Es wird nun recht bald dunkel und es dauert noch einige Zeit bis wir uns zurückgezogen haben und beim Auto anlangen.

Ich finde, daß beim Rückzug die hinteren Reihen ein wenig zu weit auseinandergelaufen sind. Es gab heute zwar keine Festnahmen und ich sah auch keine besonders brutalen Knüppeleinsätze. Trotzdem ist es zu unserer

Sicherheit besser, wenn wir hinten zusammenbleiben und Ketten bilden.

Auf dem Rückweg unterhalten wir uns mit einem älteren Mann, der in der Nähe des Bauplatzes wohnt.

Er erzählt von der Treckerdemo heute morgen, an der gut 40 Trecker teilgenommen haben. Den Bauern wurde die Zufahrt zum Bauplatz mit dem Vorwand verwehrt, daß sie bestimmte Materialien geladen hätten. Der Mann meint, daß dieses Verbot sicher noch ein politisches Nachspiel im Kreis haben wird. Als wir gehen, verabschiedet er uns mit den Worten: „Und kommt bald wieder!“



# Brokdorf - CHRONIK



**August 1974:** HEW (Hamburger Electricitätswerke) und NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerks AG), die Betreiber des AKW, beantragen den Bau. Innerhalb von vier Wochen sammelt die BUU (Bürgerinitiativen Umweltschutz Untere Elbe) 21.000 Einsprüche.

**November 1974:** Der „Atomrechtliche Erörterungstermin“ wird von der Regierung nach vier Tagen beendet – obwohl natürlich längst nicht alle Fragen im entferntesten ausdiskutiert worden sind.

**Oktober 1975:** HEW/NWK beantragen die Genehmigung zur Entnahme von Kühlwasser aus der Elbe und zur Einleitung von Abwässern – 5.800 Menschen legen dagegen Widerspruch ein. Auch der folgende „Wasserrechtliche Erörterungstermin“ verläuft ähnlich wie der atomrechtliche – nach kurzer Erörterung Abruch der Veranstaltung. Geschickterweise werden hier die Einwander in Einheimische und Auswärtige gespalten und für jede Gruppe ein gesondertes Verfahren durchgeführt. Die 150 „auswärtigen“ Einwander müssen durch Polizeiketten, mit MP, Schäferhunden und Chemical Mace ausgerüstet, Spalier laufen. Die mitgebrachten „einheimischen“ Gutachter dürfen zunächst nicht mit in den Verhandlungssaal – siehe obige Regel! Währenddessen sind schon erste Baumaßnahmen durchgeführt worden, u.a. ist die Zufahrtstraße zum Baugelände fertig gestellt.

**25.10.76:** Die schleswig-holsteinische Landesregierung erteilt die 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG). Die Erklärung von Bundesinnenminister Maihofer eine Woche vorher, vor der Lösung der Entsorgungsfrage werde keine weitere Baugenehmigung für AKWs erteilt, hat offensichtlich überhaupt keine Bedeutung. Die Landesregierung gibt gleichzeitig die sofortige Vollzugsgenehmigung, um einen „spürbaren Engpaß in der norddeutschen Stromversorgung zu beseitigen“.

Das Wort „sofort“ wird wörtlich genommen: mitten in der Nacht donnern LKWs durch die Wilstermarsch, das 30 ha große Gelände wird mit Natodraht eingezäunt und mit Lichtmasten bestückt. Gut ausgerüstete Polizei organisiert Hand in Hand mit Werkschutzleuten die Nacht- und Nebelaktion und am nächsten Morgen bietet sich den ersten vorbeikommenden Bauern das Bild eines Bauplatzes,

wie es ihn nur im Atomstaat geben kann. Eine Welle der Empörung macht sich breit, die auch sofort in konkrete Aktion mündet.

**30.10.76:** 10.000 Menschen folgen einem Aufruf der BUU und demonstrieren am Baugelände. Es gelingt, trotz Angriffen der Polizei mit Chemical Mace, Wasserwerfern und Pferden, den Bauplatz zu besetzen. Ungefähr 2.000 Leute richten sich auf die Nacht ein, von der Polizei mit Stacheldraht eingekreist. Aus den umliegenden Höfen werden Lebensmittel und Decken gebracht und man trifft ein Abkommen mit der Polizei, daß beide Seiten sich ruhig verhalten. Trotzdem wird gegen 20.30 Uhr, als die letzten Kamerateams gegangen sind, mit der Räumung begonnen. Tränengas, Schlagstöcke, Wasserwerfer und in die Menge reitende Bullen machen der Be-

trauermarsch am 1.11. am Baugelände. Aber auch die Gegenseite ist nicht untätig gewesen. Das gesamte Gelände wird mit einer 2m hohen Beton/Stahl-Mauer und Wassergraben umgeben.

Am Morgen vor der Demo versucht die Landesregierung, mit massiven Drohungen und Einschüchterungen die Leute vom Bauplatz fernzuhalten. Ministerpräsident Stoltenberg läßt sich Sendezeit im NDR geben und verliest eine Erklärung, in der sich die Bezeichnungen „Gewalttäter“, „Kommunisten“, „militante Anarchisten“ in schöner Reihenfolge abwechseln.

Das hindert aber nicht 30.000 Menschen, am Bauplatz zu demonstrieren und die Besetzung zu versuchen. Es gelingt, den Zaun an mehreren Stellen zu durchbrechen, ohne



setzung ein brutales Ende. Zelte und Decken werden einfach verbrannt. Viele Leute müssen in Krankenhäuser eingeliefert werden, 55 werden festgenommen. In einem sofort nach der Räumung hergestellten Flugblatt der BUU wird wütend „Zuchthaus für Innenminister Tietz und für die Geschäftsführer der HEW und NWK“ gefordert.

Diese Demonstration hat, neben einer breiten Solidarisierungswelle, sofort eine spürbare Wirkung auf die Atompolitik der Bundesregierung. U.a. Staatssekretär Rohwedder vom Bundeswirtschaftsministerium erklärt ein paar Tage später mit Hinweis auf die Vorgänge um Brokdorf, der vorgesehene Ausbau der Atomenergie müsse „gestutzt“ werden. Den AKW-Gegnern reichen diese Erklärungen natürlich nicht aus.

**13.11.76:** Bereits 14 Tage später findet eine weitere Demonstration am Bauplatz statt. Auch in der Zwischenzeit haben AKW-Gegner gegen den Bau protestiert, unter anderem mit 1.000 Menschen in Itzehoe und mit einem

allerdings auf den Platz zu gelangen. Die Polizei führt einen bis dahin beispiellos brutalen Einsatz mit massivem Aufgebot von Wasserwerfern, Knüppeln und Tränengas, das erstmalig auch aus Hubschraubern abgeschossen wird. Auf dem Rückweg wird wahllos auf Demonstranten eingeschlagen, hunderte werden verletzt, 19 festgenommen. In den Tagen und Wochen nach der Demonstration beeilen sich führende Politiker, ihr Verständnis für die Bürgerinitiativen zu bekunden, teilweise wird auch der Polizeieinsatz scharf verurteilt (z.B. vom SPD-Landesvorsitzenden Jansen). Es fehlt aber nie der Hinweis auf die „Gewalttäter“, von denen man sich distanzieren müsse und der Vorschlag, noch mehr mit den Bürgern die Kernkraftproblematik zu diskutieren – noch mehr „Bürgerdialog Kernenergie“.

**25.11.76:** 9 Einzelpersonen und 3 Gemeinden klagen gegen die 1. TEG beim Verwaltungsgericht Schleswig.

Forts. nächste Seite

## Forts. Brokdorf-Chronik

**17.12.76:** Das Gericht beschließt einen vorläufigen Baustopp, sicher auch unter dem Eindruck einer weiteren angekündigten Demonstration im Februar 1977. Dieser Beschluß macht die sofortige Vollziehbarkeit der 1. TEG rückgängig. Am 9.2.77 wird der Beschluß nochmal bestätigt.

**22.1.77:** Zur Vorbereitung der Februardemonstration findet in Hamburg eine Demonstration mit ca. 10.000 Teilnehmern statt.

**19.2.77:** An diesem Tag demonstrieren ca. 60.000 Menschen in der Wilster Marsch, und zwar in Brokdorf und Itzehoe. Vorausgegangen ist eine wochenlange Kampagne von Regierungsstellen, das Gespenst einer von „Gewalttätern“ inszenierten „Schlacht um Brokdorf“ aufzubauen. Diese Kampagne wird in der gesamten bürgerlichen Presse breit ausgewalzt. „Kiel rechnet mit bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen“, „Stoltenberg warnt vor kommunistischen und anarchistischen Gruppen“, „Vor Gewalttaten gewarnt“ lauten damals die Schlagzeilen. Die Landesregierung Schleswig-Holstein sieht sich sogar genötigt, bekanntzugeben, daß BGS-Einheiten „ohne schwere Waffen – wie beispielsweise Maschinengewehre und Mörser“ entsandt würden. Tagelang wird im Fernsehen gezeigt, wie Polizeihundertschaften mit Fahrzeugen und Material aus allen Bundesländern in Richtung Brokdorf verladen werden. Am Abend vor dem 19.2. läßt sich sogar noch Bundeskanzler Schmidt im TV sehen und warnt eindringlich davor, an der (inzwischen verbotenen) Demonstration in Brokdorf teilzunehmen.

Die durch diese Hetze von Regierungsseite aufgezwungene „Alternative“ – die Chaoten nach Brokdorf, die friedlichen Demonstranten nach Itzehoe – führt zu heftigen Auseinandersetzungen in der Anti-AKW-Bewegung quer durch alle BIs. Es droht eine Spaltung, da die oben erwähnte Alternative teilweise umgewandelt wird in die Wahl: wahre AKW-Gegner nach Brokdorf, Spalter nach Itzehoe. Der Erfolg beider Demonstrationen führt aber letztendlich wieder zu einer Stärkung der Bewegung. Entscheidend dafür ist sicher, daß sich zehntausende trotz Demonstrationsverbot auf Brokdorf zubewegten und damit die Forderung nach endgültigem Baustopp unmißverständlich demonstrierten. Ein Besetzungsversuch kommt damals aber wegen massivster Polizeisperren nicht in Frage.

**Oktober 1977:** Vor dem Obergericht Lüneburg findet auf Klage von HEW/NWK eine Berufungsverhandlung statt. Unter dem Eindruck der Großdemonstration vom Februar (und sicher auch der Demos in Grohnde am 19.3. und Kalkar am 24.9.) bestätigt das Gericht den Baustopp bis erstens ein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager eingereicht ist und zweitens geologische Untersuchungen für ein Endlager eingeleitet sind.

**23.12.79:** Kurz vorher wird die 1. TEG vom Verwaltungsgericht Schleswig gegeben, da die obigen Voraussetzungen erfüllt seien. Ein spontaner Protestzug von 4.000 Menschen – darunter fast 30 Traktoren – zieht zum Bauplatz. Mit kleinen Beschädigungen am Bauzaun wird der Wille demonstriert, den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen. „Damals habe ich gesagt, daß wir weg sollten vom Bauzaun und den Weg über die Gerichte gehen sollten. Heute weiß ich, daß das falsch war“



### DIE KLÄGER DER WILSTERMARSCH IM BROKDORF-PROZESS

Der Innenminister hatte "Erkenntnisse, daß bis aus dem Gebiet hinter Niedersachsen Zeitgenossen aufgefordert worden sind, sich an dieser Demonstration (am 21.12.) massenhaft zu beteiligen". Er wollte auch "mit Behutsamkeit und rechtzeitiger Deutlichkeit betonen, daß von den Demonstranten die Beachtung von Recht und Gesetz erwartet werde".

Dieser ironisch freundlichen Geste hatten wir in unseren Aufrufen, Vorbereitungen und der Anmeldung zu unserer Kundgebung vollauf Rechnung getragen. Wir hatten sogar anstelle des von den Behörden abgewerteten Begriffs Demonstration für unseren Protest die Kundgebung gewählt. So mit einer Genehmigung gegen die Ordnungsbehörde abgesichert und von sachfremden äußeren Einflüssen abgeschirmt, führen unsere Bauern am Sonntag zu dem vereinbarten Sammelplatz. Doch kurz hinter ihren Höfen wurden sie von militärisch aufgeputzten Straßensperren der Polizei an der Weiterfahrt gehindert. Die Beamten konnten keinen Grund für diese rigorose Maßnahme nennen und verwiesen die Teilnehmer mit abfälligen Bemerkungen, zu Fuß zu dem erwarteten "Schauspiel". Sie waren auch nicht bereit, ihre vielfältigen Nachrichtenverbindungen zu einer Rückfrage nach eventuellen Mißverständnissen zur Verfügung zu stellen. Gegen 12.30 Uhr wurde uns das Verbot der Kundgebung bestätigt und begründet. Gerade von den Treckern herunter würden Gewalttätigkeiten erwartet, weil sie Benzinkanister, Wurfanker und Drahtscheren mit sich führen könnten. Gegen diese Verbot wäre natürlich nach Recht und Gesetz ein Widerspruch innerhalb Monatsfrist zulässig.

Ausgerechnet der Treckerdemonstration, die sowohl in der Zusammensetzung als auch zeitlich etwas von einer eventuellen Eskalation abgesetzt war, wird diese Absicht unterstellt und mit solcher Begründung verboten. Und welch eine Verhöhnung der Teilnehmer einer genehmigten Veranstaltung, die eine halbe Stunde nach dem angesetzten Beginn erfahren, daß diese wieder untersagt ist und sie nun vier Wochen Zeit haben, dagegen Einspruch zu erheben!

Nach dieser kaum noch zu überbietenden Einschüchterung und Diffamierung unseres Bürgerprotestes sollte auch dem Letzten klar geworden sein, was die Glocke geschlagen hat. Die unserem gemäßigtem Temperament und unserem konservativen Verhältnis zum Staat gewohnten Formen der Auseinandersetzung haben wir nun ausgeschöpft bis zur bitteren Neige: Das Gespräch mit den Politikern mündete nur allzu oft im Wahlbetrug, der Protest vor den Behörden wurde nicht selten mit Machtmißbrauch beantwortet und unsere Klage im Baustopp so lange hingehalten, bis die gemeinsame Front der Industrie, der Regierungen, der Parteien, der Gewerkschaften und der Gerichte so fest geschlossen war, daß sie nun massiv im polizeistaatlichen Stil gegen uns eingesetzt werden kann.

Jetzt nützt und gilt kein Verstecken, Kneifen oder Entschuldigen mehr, jetzt ist von uns eine klare Entscheidung Für oder Wider den Atomstaat gefordert! Unser Widerstand kann nur noch aus dem Notwehrrecht des §20 des Grundgesetzes verstanden und durchgehalten werden.



Das wesentliche Ergebnis des Treffens war der Beschluß für eine **internationale Demonstration am Bauplatz von Brokdorf kurz nach Baubeginn**. Doch der Reihe nach: In dem Marschen-Dörfchen Kollmar waren mehr als 200 AKW-Gegner aus den nachfolgenden Bürgerinitiativen und Organisationen zusammengekommen, um die Demo vom 21.12. auszuwerten und über weitere Aktionen zu beraten.

## Anwesende Gruppen

Anwesend waren **BI Umweltschutz Oldenburg, BI Extertal, BI Hamburg-Hamm, BI Umweltschutz Wilhelmshaven, WAA-Gruppe Lüneburg, AK Umwelt Hamburg-Niendorf, Die GRÜNEN Niendorf, SDAJ Schleswig-Holstein, BBA Bremen, die GRÜNEN Elmshorn, BUU Elmshorn, Bund Westdeutscher Kommunisten (KBW-Abspaltung), BUU Pinneberg, BUB Bonn, Pinneberger Alternativ-Zeitung 'Anfang', BUU Hamburg-Wandsbek, BI Osnabrück, AKW-Gegner aus Hannover, DKP, TAZ Hamburg, BUU Itzehoe/Bewegung Weiße Rose, AK pol. Ökologie Hamburg, BI St. Georg (Hamburg), BI Hameln, Brokdorf-Prozeß-Gruppe Hamburg,**

## Bericht und Einschätzung der Demo vom 21.12.

Einen breiten Raum nahmen zunächst die Berichte verschiedener Gruppen über die Demo vom 21.12. ein; von den Einzelheiten, wo z.B. welche Polizeisperre umfahren wurde und ob fünf oder sechs Mollies gegen Wasserwerfer flogen, wollen wir hier nicht berichten, auch nicht über die Spekulationen, ob und ggf. wie die Auseinandersetzungen am Zaun noch länger hätten geführt werden können. Am wichtigsten erscheint uns, daß die Demo trotz punktueller Kritik - z.B. an der völligen Desorganisation, z.B. daß keine Kundgebung abgehalten wurde - von der großen Mehrheit der Anwesenden als Erfolg gewertet wurde. Als Erfolg einmal deshalb, weil zum Ausdruck gebracht werden konnte, daß es sehr wohl auch im Rahmen einer Aktion möglich ist, verschiedene Widerstandsformen zu praktizieren. So hat sich an den Kämpfen am Zaun in der Tat nur ein Teil der Demonstranten beteiligt, während andere um den Bauplatz marschierten oder das Geschehen vom Deich aus beobachteten. Und als Erfolg andererseits deshalb, weil trotz nur regionaler und kurzfristiger Mobilisierung knapp 10 000 Menschen zusammengekom-

- am Tag der Demo verzögerten ca. 50 Leute die Ausfahrt der Eutiner Bereitschaftspolizei nach Brokdorf, indem sie kurzfristig Blockaden bildeten, Nagelbretter vor die Kasernentore legten und Krähennägel ausstreuten.  
- in der Nacht vom 22. auf 23.12. flog ein Mollie durch das Wohnzimmerfenster der Hamburger Villa vom Direktor der 'Kernkraftwerk Brokdorf GmbH', wo Sachen im Wert von einigen 10 000 Mark verkohlten.  
- in der Nacht zum 21.12. wurden insgesamt 26 Reifen von Reparaturfahrzeugen der HEW durchstochen (siehe Erklärung).  
- am 22. Dezember gingen auch die Scheiben eines HEW-Kundenzentrums in Hamburg-Eimsbüttel kaputt.  
- mehr als 100 Menschen nahmen am weihnachtlichen Mitternachtsgottesdienst am Brokdorfer Bauplatz teil, zu dem die BI kirchlicher Mitarbeiter aufgerufen hatte.  
- „flambierende“ Maßnahmen auch in Glückstadt und Oldenburg: die Verwaltungsgebäude der SCHLESWAG und der EWE (E-Werke Weser-Ems) gingen Feuer.

## Die Diskussionen über die Großdemo

# DAS TREFFEN VOM 4. JANUAR -

die Brokdorf-Klärer aus der Wilster Marsch, Freunde der Erde Berlin, Göttinger AK gegen Atomenergie, KKW-Contra Bönningstedt, die GRÜNEN/LV Schleswig-Holstein, Autonome Elmshorn, BUU Brokdorf-Wewelsfleth, BUU Glückstadt, BI Altona, Grohnde-Gruppe Hildesheim, FAU (Freie Arbeiter Union)/Hamburg, BI Detmold, BI Cuxhaven, BI Kein KKW an der Eckernförder Bucht, BI Umweltschutz Neumünster, KBW, Umweltschutz Schleswig-Holstein, BUU Brunsbüttel, BI Umweltschutz Kieler Förde, BI Kiel gegen Atomanlagen, BI Hamburg-Eppendorf, BUU Krempe, BUU Hamburg/Delegiertenplenum, LBU Niedersachsen und die Anti-AKW-Gruppe Berlin-Steglitz.

men waren und den Politikern und Atom-Betreibern einen Hinweis gaben, daß sehr viel größere und auch entschlossenerere Aktionen angesagt sind, wenn Brokdorf tatsächlich gebaut wird. Von den meisten Rednern wurde klargestellt, daß die Demo ausdrücklich nicht als die Aktion gegen den Weiterbau geplant war, sondern als Auftakt für weiteren und breiteren Widerstand nicht nur am Bauzaun.

## Andere Aktionen

Eine Frau aus Hamburg gab dann einen Überblick über weitere Aktionen, die in Norddeutschland über Weihnachten gelaufen sind.

Nach der Mittagspause und einer recht guten Erbsensuppe gings dann los mit der Diskussion über weitere Aktionen. Die meisten, das war schon aus den Gesprächen am Rande deutlich geworden, orientierten auf eine Großdemonstration am Bauplatz, wobei zunächst lediglich die Terminfrage kontrovers diskutiert wurde: sollen wir den Zeitpunkt selber bestimmen - aus Itzehoe kam z.B. der Vorschlag Ostern -, sollen wir den Hamburger SPD-Sonderparteitag am 2. Februar zum Anlaß nehmen oder sollen wir die Demo möglichst kurz nach Baubeginn machen? Ein Hamburger Vorschlag, die Bauarbeiten durch direkte Aktionen gegen Baumaterial und -fahrzeuge zu verhindern, ging in diesen Diskussionen unter. Vereinbart wurde schließlich, unverzüglich mit den Vorbereitungen für eine Großdemonstration mit internationaler Beteiligung zu beginnen. 'Baubeginn' wurde als der Zeitpunkt definiert, der von der örtlichen Bevölkerung und den Bürgerinitiativen als solcher empfunden wird, wobei erst mal offen bleiben muß, ob es sich um die formelle Genehmigungserteilung aus Kiel handelt oder um erste Arbeiten auf dem Platz oder um noch was anderes.

Niemand, die DKP einmal ausgenommen, hatte grundsätzliche Einwände gegen den Beschluß für die Demonstration; alle anwesenden Strömungen - 'Brokdorf-Klärer', örtliche BIs, Teile der GRÜNEN, die Initiativen aus den größeren Städten, Autonome - werden die Aktion mittragen und mitvorbereiten. Eine Aktion, deren Charakter und Ablauf vorgezeichnet und absehbar ist: Kommen wir zum Bauplatz, wird es den Versuch einer Besetzung geben und demzufolge auch Auseinandersetzungen am Zaun, vermutlich wesentlich heftigere als am 21. Dezember. Ebenso wird es - und genauso war es bei den früheren Brokdorf-Demos auch - sehr viele Menschen geben, die nicht am Seil



Treckerdemonstration vom Dezember 1976



## Zur Frage der Großdemonstration

ziehen werden und die durch eine Kundgebung ihren Protest und ihre Empörung über den Weiterbau ausdrücken werden. Das war auch damals so, als viele tausend AKW-Gegner mit Transparenten und Sprechchören auf dem Kundgebungsplatz demonstrierten, während andere bereits zur Platzbesichtigung schritten.

In den Aufrufen zur Demonstration wird weder von einer gewaltfreien noch von einer militanten Aktion die Rede sein; alle, die gegen Brokdorf sind, sollen sich beteiligen können!

Die Debatte über die Gewaltfrage hat bis jetzt nicht stattgefunden, die existierenden Widersprüche sind zumindest bei diesem Punkt zugedeckt und verdrängt worden. Aber vielleicht ist das auch gut so; vielleicht gelingt es uns in Brokdorf auch in großem Maßstab, verschiedene Widerstandsformen zu praktizieren und zu **akzeptieren**.

Die Widersprüche brachen an anderer Stelle dennoch offen auf: als über die Abschluß-Erklärung des Treffens diskutiert wurde, zeigte sich, daß es meilenweite Unterschiede in der Einordnung der Brokdorf-Demo in den 'Gesamtwiderstand' gibt.

Für die meisten bedeutet 'Brokdorf' vor allem einen Höhepunkt im Kampf gegen dieses geplante AKW, im Kampf auch gegen das Bon-

ner Atomprogramm. Für viele kommt der Kampf gegen die Unterelbeindustrialisierung hinzu und auch der Kampf gegen Umweltzerstörung allgemein; viele wollen auch keinen „Atomstaat“.

Fast scheint es, als hätte es die letzten schweren Jahre für die Anti-AKW-Bewegung gar nicht gegeben, so locker und selbstverständlich wurde eine Großdemonstration in Brokdorf beschlossen.

Die letzten Jahre: der waffenstarrende Polizeiterror von Kalkar, die ewig und immer wieder abwiegelnde BI Lüchow-Dannenberg, die Schlappeheit von Bonn ...

Großdemonstration? Womöglich sogar am Bauplatz? Nicht dran zu denken! Machte tatsächlich mal jemand den Vorschlag, gabs großes Getöse aus den unterschiedlichsten Ecken; Tenor: das bringt nichts mehr. Es gehörte schon Mut dazu, das Wort überhaupt noch in den Mund zu nehmen. Auch noch in Bremen, als ein paar Leute in der Zwischenlager-AG den Vorschlag machten, zumindest über die Möglichkeit einer Großdemo bei Baubeginn des 1. Zwischenlagers zu diskutieren, hätten sich die meisten am liebsten mit der Sache gar nicht befaßt.

Ist das mit einem Mal alles anders geworden? Sind Großdemonstrationen wieder 'salonfähig'? Oder liegt's an Brokdorf?

Ich meine, beides. In der Tat hat die Widerstandsform Großdemo für viele im Verlauf

des letzten Jahres eine neue Qualität erhalten, wenn auch nicht im Anti-AKW-Bereich. Vor allem gegen die zahlreichen Militärspektakel wie Rekrutenvereidigungen, Waffentests, aber auch die NATO-Herbstmanöver hat es viele große, zumeist nur kurzfristig geplante Demonstrationen am Ort des jeweiligen Geschehens gegeben, die trotz unterschiedlichen Ablaufs und verschiedener Widerstandsformen erfolgreich waren: die Militärfeierlichkeiten sind in die Hose gegangen, sie waren für Staat und Bundeswehr ein ganz großer Reifall. Und die Diskussion über Rüstung, Kriegsgefahr und Kriegstreiberei ist in einer breiten Öffentlichkeit entfacht worden. Und dazu haben die Demos in Bremen und Hannover genauso beigetragen wie die in Bonn und Stuttgart!

Die Anti-Kriegs-Bewegung hat mit Großaktionen unterschiedlichsten Charakters auf die Vereidigungen usw. reagiert und sie hat mit diesen Großaktionen Erfolg gehabt!

In diesen Ereignissen, und sie haben sich ja alle erst in den vergangenen Monaten zugegetragen, liegt wohl tatsächlich zum Teil die optimistische Stimmung und Bereitschaft für die geplante Demo in Brokdorf begründet.

# INTERNATIONALE DEMO BESCHLOSSEN

Genau hier aber ist die Grenze, hinter der alles weitere, was wir wollen und wogegen wir sind, verschwimmt bzw. nicht benannt und nur selten diskutiert wird.

Einige Redner von autonomen Gruppen formulierten demgegenüber ganz deutlich ihre Position: sie seien nicht nur gegen die Atomtechnologie, der Kampf gegen AKWs allein führe in die Sackgasse. Der Widerstand gegen Brokdorf müsse vielmehr eingeordnet werden in die gesamte Konfrontationsstrategie gegen den Staat, die sich zur Zeit vor allem in Aktionen gegen Militär und Rüstung, aber auch in den Häuserkämpfen ausdrücke. Widerstand nicht in erster Linie wegen der Sache, sondern wegen der Möglichkeit zur permanenten Auseinandersetzung mit dem Staat - diese Position, egal ob von vielen oder wenigen Menschen geteilt, ist zu akzeptieren; es ist die Meinung eines Teils der AKW-Gegner.

Diese Position aber zur Bedingung für **alle** Brokdorf-Gegner zu machen - und genau das versuchten einige Autonome - ist sektiererisch und steht in krassstem Widerspruch zu dem von ihnen selbst immer wieder formulierten, grundsätzlich richtigen Anspruch nach Freizügigkeit im Denken und Handeln. Konkret ging es darum, daß mehrere Teilnehmer in den Aufruf zur Brokdorf-Demo und in die Erklärung hineinformuliert haben wollten, daß nicht der Kampf gegen das AKW, sondern die Auseinandersetzung mit dem Staat der wesentliche Grund für die Aktion sei. Wäre es so gekommen, wären alle 'Nur-AKW-Gegner' quasi ausgeschlossen worden, ausgeschlossen von denen, die sich immer, auch das zu Recht, entschieden gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und dergleichen gewehrt haben.



Die neue «Superwaffe» der Polizei – eine Wasserkanone

Zum Teil! Der andere Grund ist wohl Brokdorf selbst. In Ohu oder sonstwo wär' ein Beschluß für eine Großaktion jedenfalls nicht so locker zustande gekommen; und auch nicht in Gorbelen, wo die Angst der BI vor den eigenen Mitkämpfern oft größer ist als vor WAA und Zwischenlager.

Aus der obenstehenden Chronologie geht schon hervor, daß Brokdorf nicht irgendein AKW ist, sondern für Betreiber und Anti-AKW-Bewegung gleichermaßen eine hohe Symbolfunktion hat; hier werden auch die Weichen für die weitere Entwicklung maßgeblich gestellt werden - so oder so.

In Brokdorf sind alle nur denkbaren Widerstandsformen praktiziert und zum Teil auch ausgeschöpft worden. In Brokdorf hat es Unterschriftensammlungen gegeben, Einga-

ben und Petitionen. Die Betroffenen klag(t)en vor Gericht und zogen auf die Erörterungstermine. Es wurden Theaterstücke in den Dörfern aufgeführt und Strommasten in der Marsch gesprengt. Es gab Diskussionsveranstaltungen, Flugblattaktionen und immer wieder Proteste. Und es gab die großen Demonstrationen von 1976 und 1977, nach denen wir letztendlich Erfolg hatten, Erfolg im Sinne eines 4-jährigen Baustops.

Wenn sich jetzt die Atom-Mafia stark genug glaubt, und uns schwach genug, so können wir nicht dahergehen und sagen, so, nun laßt uns mal Unterschriften zusammentragen oder Protestbriefe an die Regierung loslassen, sondern dann muß unser Widerstand wieder dahin führen, wo wir letztendlich Erfolg hatten -

Forts. nächste Seite

Forts. von der vorherigen Seite

an den Bauzaun, und zwar mit so vielen Menschen wie überhaupt möglich. In Brokdorf können und brauchen wir nicht bei Null anzufangen!

Hinzu kommt, daß die damaligen Demonstrationen in Brokdorf für viele von uns der Einstieg in die Anti-AKW-Bewegung, z.T. in politische Arbeit überhaupt, gewesen sind.

**Brokdorf 76 - das war für viele die erste Erfahrung mit knüppelnder Polizei, mit Wasserwerfern und Nato-Stacheldraht, mit Tränengas und chemischer Keule, mit Repression und Polizeistaat.**

**Brokdorf 76 - das war für viele aber auch das Gefühl, Stellung bezogen zu haben, das Gefühl von Entschlossenheit und Stärke, von Gemeinsamkeit und Solidarität. Damals riefen wir: „Wir kommen wieder!“**

**In diesem Sinne - AUF NACH BROKDORF !!**



## ERKLÄRUNG DES BUNDESWEITEN ARBEITSTREFFENS VOM 4.1.81

Nachdem AKW-Gegner den Weiterbau des AKW Brokdorf vier Jahre lang verhindert haben, müssen wir aus den Äußerungen von Politikern wie Stoltenberg (Landesregierung, CDU) und Baum (Bundesregierung, SPD/FDP) schließen, daß sie den Weiterbau ernsthaft vorbereiten.

Die Demonstration am 21.12.80 war als ein entschiedener Hinweis gedacht, daß wir den Weiterbau des AKW Brokdorf nicht tatenlos hinnehmen werden, und ist Ausdruck dafür, daß sich unser Vertrauen in Regierung und Justiz als Illusion herausgestellt hat. Wir hatten alle AKW-Gegner aufgefordert, sich an dieser Demonstration zu beteiligen und ihre Vorstellungen vom Widerstand zum Ausdruck zu bringen.

Wir wissen, daß das AKW nicht durch eine einzelne Kundgebung verhindert werden kann, und stellen uns deshalb auf einen langfristigen Widerstand ein, der unseren ganzen Lebens- und Arbeitsbereich mit einbezieht. Das heißt auch, daß sich unser Kampf nicht auf den Bauzaun und auf Demonstrationen beschränken läßt. Auf diesem Hintergrund sehen wir die Demonstration vom 21.12.80 gegen das AKW Brokdorf als erfolgreich an.

### Unsere Forderungen lauten:

- Das AKW Brokdorf darf nicht weitergebaut werden
- Die SPD in Hamburg fordern wir auf, die HEW aus dem AKW-Brokdorf-Projekt herauszuziehen
- Die CDU-Regierung von Schleswig-Holstein fordern wir auf, die Genehmigungen für den Bau des AKW-Brokdorf zurückzuziehen.

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, planen wir, auf den Sonderparteitag der SPD-Hamburg, der Anfang Februar stattfinden soll, zu reagieren - und falls in Brokdorf weitergebaut werden sollte, werden wir zu einer internationalen Großdemonstration unmittelbar nach Baubeginn aufrufen.

### Folgende Schritte sind eingeleitet:

1. Unmittelbar nach Baubeginn wird eine internationale Demonstration und Kundgebung am Bauplatz stattfinden
2. Ein ständiges Vorbereitungstreffen wurde eingerichtet, das einmal wöchentlich in der Wilstermarsch stattfinden soll, um die Entwicklung um das AKW-Brokdorf zu beobachten und die Bürgerinitiativen darüber zu informieren.
3. Unmittelbar nach Baubeginn wird ein nationales Vorbereitungstreffen einberufen, um die Großdemonstration auf nationaler Ebene zu koordinieren.

# RECHTSSCHUTZAKTIE

ZUR ABWEHR DES ATOMKRAFTWERKES HAMM-UENTROP



Zwei Hammer Bürger haben in den vergangenen Monaten, unterstützt durch die BI Umweltschutz Hamm beim Verwaltungsgericht Arnberg eine Klage gegen den THTR-Hamm eingereicht, um den Bau dieses AKWs auf gerichtlichem Weg zu stoppen.

Der mit kugelförmigen Brennelementen gefüllte, Helium-gekühlte Hochtemperaturreaktor wurde in den 60er Jahren als Alternative zu den Leicht- und Druckwasserreaktoren geplant. Doch 1970 gaben die Franzosen dieses Projekt auf, 1973 die Engländer und 1975 die Amerikaner.

Zur Zeit ist lediglich in Jülich ein HTR-Versuchsreaktor mit 15 MW in Betrieb; der THTR-Hamm wäre also mit 300 MW die erste **Demonstrationsanlage**. Das Genehmigungsverfahren mit

Anhörung der Bevölkerung fand 1970/71 statt, als der Widerstand gegen die Atomenergie noch nicht weit verbreitet war. Seit 1971 wird an

dem THTR gebaut und die Inbetriebnahme war für 1977 geplant. Doch durch technische Schwierigkeiten und zusätzliche Sicherheitsauflagen wurde die Fertigstellung immer wieder verzögert. Heute wird die angestrebte Inbetriebnahme von den Vereinigten Elektrizitätswerken (VEW) mit 1983 angegeben. Die Baukosten sind von geplanten 710 Mio.DM bis heute auf 2,5 Mrd.DM gestiegen, wobei 90% der Kosten durch Steuergelder gedeckt werden. Die zwei Kläger versuchen das Gericht zu überzeugen, daß in den zehn Jahren Bauzeit so viele Änderungen an dem ursprünglich genehmigten Reaktor vorgenommen worden sind, daß ein neues Genehmigungsverfahren notwendig ist. So ist das Meß- und Regelsystem verändert worden, das Notkühlsystem ist umdimensioniert und der zunächst der Planung zugrundeliegende Sicherheitsbericht ist von Grund auf und in einer Vielzahl von Einzelheiten durch sog. „Planungsgrundsätze“ ersetzt worden.

Aus diesen Gründen fordern die Kläger einen sofortigen Baustop für den THTR-Hamm. Allerdings ist es so, daß es sich praktisch keine Privatperson leisten kann, gegen ein solches Großprojekt gerichtlich vorzugehen. Ein vergleichbares wirtschaftliches Risiko ist auf der Betreiberseite, die als Kapitalgesellschaften in ihrer Haftung beschränkt sind, nicht zu finden. Wir müssen damit rechnen, daß der Prozeß einige zehntausend DM kosten wird. Wichtig ist nun für uns Umweltschützer, die beiden Kläger finanziell zu unterstützen und das finanzielle Risiko auf möglichst viele Menschen zu verteilen.

Aus diesem Grunde haben wir eine Rechtsschutz-Aktie eingerichtet. Sie ist auf gutem Papier mit einem alten Stadtbild von Hamm gedruckt. Jede einzelne Aktie hat eine laufende Nummer und ist mit einem Preis von 5, 10, 20, 50 oder 100 DM ausgewiesen. Wir hoffen, daß auch Sie regen Gebrauch von der Rechtsschutz-Aktie machen. Durch die Überweisung eines entsprechenden Betrages erhaltet Ihr die Rechtsschutz-Aktie automatisch zugeschickt: **Prozeßkonto der BI Umweltschutz Hamm: Sparkasse Hamm Kontonr. 47 80 3**

Natürlich werden sich die BIs nicht nur auf juristischem Wege gegen den THTR-Hamm wehren, sondern gewaltfreie, direkte Aktionen sind ebenfalls ein Teil ihres Widerstandes. Ein erster Schritt war eine Demonstration von 1500 Bürgern in Hamm am 31.5.80. Auch in der überregionalen Presse ist diese Aktion beachtet worden und hat vielen Umweltschützern Auftrieb gegeben. Trotzdem kann dieser Erfolg nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kampf gegen den THTR-Hamm auch im Bewußtsein vieler Umweltschützer ein Schattendasein geführt hat. Selbst BIs, die im näheren Bereich von Hamm arbeiten, beschäftigen sich oft viel intensiver mit weiter weg liegenden Standorten wie Gorleben oder Brokdorf, als mit dem THTR. Es ist sicherlich unsere Aufgabe, durch verstärkte Aktivitäten neue Kreise für ein Engagement gegen den THTR und für das Leben zu gewinnen. Weiter Informationen könnt Ihr bekommen von:

**Horst Blume, Schleusenweg 10, 47 Hamm 1**

# ANGST VOR'M MILDEN WINTER

Augenblicklich werden überall in der Bundesrepublik die Strompreise um 10 - 15% erhöht. Begründet werden diese Steigerungen fast durchweg und pauschal mit Kostensteigerungen für fossile Brennstoffe, für Öl, Kohle und Gas. Dabei werden aber nur 8-9% des Stroms mit Schwerem Heizöl (nahezu Abfallprodukt bei der Benzinherstellung) erzeugt. Aufgrund erheblicher Absatzschwierigkeiten - im ersten Halbjahr 80 wurden 13% weniger verkauft - sind die Preise für schweres Heizöl sogar gesunken (Göttinger Tageblatt, 8.1.81). Bei Kohle und Gas hat es zwar Preissteigerungen gegeben, aber nicht in einem solchen Ausmaß, daß man damit die jetzigen Strompreiserhöhungen rechtfertigen könnte. Es ist wirklich unglaublich, mit welchen Phrasen hier die Öffentlichkeit abgespeist wird, ohne auch nur ansatzweise eine Offenlegung der Kostenentwicklung zu machen. Ist es nicht die Pflicht der vielen Kommunalpolitiker, die in den Aufsichtsräten der Elektrizitätsunternehmen sitzen hierüber Auskunft zu erteilen? Weit gefehlt!

Sie nicken nur bereitwillig, wenn die Manager ihnen weitere Ausbaupläne vorlegen und Phantasieberechnungen über Kosten von Atomstrom aufmachen. Ein Beispiel: Im Verwaltungsrat der Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke RWE, dem größten deutschen Stromerzeuger, sitzen 79 Personen, überwiegend hohe Kommunalpolitiker. Dieses Gremium tritt, wenn überhaupt, nur ein oder zweimal im Jahr zusammen. Dort werden alle wichtigen Entscheidungen über Investitionen usw. gefällt. Pro Kopf gibt es eine jährliche Tantieme von 18 000 DM. Verglichen mit dem Stundenlohn eines Industriearbeiters ...

"Eine moderne Form legalisierter Korruption", so hat es kürzlich der Nordrheinwestfälische Arbeitsminister Farthmann genannt (Stern 2/81). Was könnte man auch anderes erwarten bei soviel Filz.

Im Aufsichtsrat der Hamburger Elektrizitätswerke HEW sitzen der Vorstandsvorsitzende der Firma Siemens, Bernhard Plettner. Hundertprozentige Tochter von Siemens ist die Kraftwerkeunion KWU, die das deutsche Monopol im Kraftwerksbau besitzt. Ebenfalls im Aufsichtsrat finden wir Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender des Elektrizitätsunternehmens AEG und Sprecher der Bundesverbände der Metallindustrie.

Kein Wunder, daß nicht nach außen dringt, daß es gerade die Atomkraftwerke sind, die für die gegenwärtigen Preiserhöhungen verantwortlich sind und es auch schon in der Vergangenheit waren. Kein Wort von den langen Ausfallzeiten, von der geringen Verfügbarkeit der bundesdeutschen Atomkraftwerke, die dann kompromisslos auf den Strompreis abgewälzt werden. Es ist ja anscheinend auch so einfach, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Denn Energie ist ja knapp und wird immer teurer, und dann sind da noch die Ölscheichs und und und ... das ist drin in den Köpfen der Menschen.

**Bilanz der RWE 1979: 388 Millionen Gewinn, 16% Dividende für die Aktionäre!** Zurück zu den Strompreisen. In Hamburg ist angesichts der bevorstehenden Entscheidung der SPD über eine Beteiligung der HEW an Brökdorf die Frage aufgeworfen worden, warum ausgerechnet Hamburg, das über 30% seines Stroms aus den AKW's Stade und Brunsbüttel bezieht und dessen AKW-Stromanteil sich demnächst mit dem AKW Krümmel auf stattliche 50% steigert, die höchsten Strompreise in der Bundesrepublik gezahlt werden müssen.

In der Umgebung des AKW Grohnde im Weserbergland werden die Strompreise um sage und schreibe 15% erhöht. Das örtliche Strom-

versorgungsunternehmen begründet diese hohe Steigerung mit gestiegenen Kohlepreisen, erwähnt aber nicht, daß es vor kurzem die Beteiligung an den Kosten für das AKW Grohnde verdoppeln mußte: die Baukosten des AKW - ursprünglich auf 1,2 Milliarden veranschlagt, werden heute mit 2,5 Milliarden DM beziffert und ein Ende der Kostenlawine ist nicht abzusehen. Eine Tatsache, die selbst einigen Kommunalpolitikern schon schlaflose Nächte bereitete, wie eine Kreistagsdebatte kürzlich verdeutlichte (Informationen aus "Täglicher Anzeiger Holzminde").



Und dann gibt es noch eine ganz neue Variante von Begründung, warum der Strompreis in den nächsten Jahren noch weiter steigen wird:

**weil nämlich zuviel gespart wird!**

Damit werden unsere Stromversorger nun überhaupt nicht fertig, das System schlägt Kapriolen - man kann aber auch sagen: eine typische Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftsweise. Weil die Politik der Elektrizitätsversorgungsunternehmen nämlich voll auf Expansion ausgerichtet ist, müssen die "Zukunftsinvestitionen", wie z.B. Atomkraftwerke, von weniger verkauften Kilowattstunden bezahlt werden - wenn die geplante "Expansion" nämlich nicht eintritt. Die Folge: die Kilowattstunde muß teurer werden! Und es wird weiter auf Expansion gesetzt, ein Weg zurück ist angeblich unmöglich. Die Stromerzeuger und Verteiler müßten einen Kollaps befürchten, wenn wir alle, die Industrie eingeschlossen, die Sparappelle der Bundesregierung wörtlich nähmen und strengstens auf den sinnvollen Einsatz von Energie achten würden.

Kaum zu ermesen, wie schwer es einem Elektro-Manager ums Herz werden muß, wenn er vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden erfahren muß, daß - wer verdammt nochmal hätte das vor 5 Jahren ahnen können - Steinzeit, nein dankel -, daß der Stromverbrauch im ersten Halbjahr 1980 doch tatsächlich zurückgegangen ist. Zum ersten mal seit 30 Jahren, ausgenommen das totale Rezessionsjahr 1975.

Da gibt es doch solch egoistische Unternehmen, wie eine Bäckereimaschinenfabrik in Hildesheim, die sich neue Elektroöfen anschafften (bravo!) - dadurch aber allein im ersten halbjahr 80 über 2 Millionen Kilowattstunden einsparten

(fluch!). Oder das Kaufhaus Horten, ebenfalls in Hildesheim, das die Beleuchtung von Glühbirnen und Punktstrahlen auf Leuchtstoffröhren umstellte und damit ein Drittel oder 17 000 DM einsparte (Stern 47/80). Der Bundesbürger, vom Öko-Freak bis zum "hart kalkulierenden" Unternehmer fängt also an zu sparen, weil er glaubt, daß er dadurch zur Lösung der "Energiekrise" beiträgt oder weil er einfach Geld sparen will. Jetzt kommen aber die Strom-Manager und sagen ihm, daß dies ihm letztendlich nur schaden kann. **"Die Mehrzahl der Stromverteilern kann die durch stagnierenden Absatz steigenden Kosten nicht mehr finanzieren. Sie werden demnächst - abgesehen von den höheren Lieferpreisen der Stromerzeuger, die sich auf die Teuerung bei Kohle und Öl berufen - den Stromtarif noch zusätzlich anheben. Es sei denn, der Stromverbrauch steigt wieder. Ein rheinischer Stadtwerksdirektor: "Hoffentlich gibts keinen milden Winter!"** (Stern 47/80)

So witzig das alles klingen mag - hier hört der Spaß auf. Diesen feinen Herren gehört ein Satz heißer Ohren verabreicht! Aber das wird wohl allein nicht ausreichen. Es ist wirklich der Gipfel der Unverschämtheit, solche Überlegungen zu äußern. Aber nein, es ist keine Unverschämtheit - dieser rheinische Direktor hat bei seiner Äußerung wahrscheinlich ein überaus besorgtes Gesicht gemacht, von Verantwortung gezeichnet. Es ist die Arroganz eines in sich kaputten und maroden Systems, dessen satte Vertreter und Lenker jeden Tag den Schnee von gestern aufwärmen, um ihre Pfründe zu retten. Ihre Moral und ihre Politik ist am Ende angelangt, das macht sich nicht nur an obigem Zitat fest. Dafür gibt es genügend andere Beispiele. Wer meint - nach allem, was bisher an öffentlicher Diskussion gerade über Energiefragen geführt worden ist - herkommen zu müssen, um wiederum dem Wachstum das Wort reden zu müssen und damit Probleme lösen zu wollen, der sollte endgültig von der Bühne treten, bzw. getreten werden. Leider ist diese Fraktion sehr groß, sie äußert sich in letzter Zeit nur nicht offen, weil ihnen sonst ein scharfer Wind ins Gesicht blasen würde.

Zum Schluß noch eine Nachricht:

**Der Ölverbrauch ist im Jahr 1980 ebenfalls zurückgegangen - um 10%! Ca 14 Millionen Tonnen Rohöl wurden eingespart, erstmals sank der Anteil des Öls am Gesamtenergieverbrauch auf weniger als 50%. Diese 10% eingespartes Öl bedeuten 5% des gesamten Primärenergieverbrauchs. Zum Vergleich: Atomkraftwerke erzeugen 1% des Gesamtenergiebedarfs!**

**Morgen, am Montag, werden die Benzinpreise um 4 Pfennig erhöht ...**

(P.S. Dies sollte nur eine kurze Meldung zu den Strompreissteigerungen werden. Beim Schreiben wurde die Wut immer größer (beim Sätzen auch, der Sätzer!) - angesichts der Meldungen und angesichts der Tatsache, daß Brökdorf bald weitergebaut werden soll. Ich hoffe, die Leser/innen können diese Wut nachempfinden)

Ein HEW-Manager auf der Sylvesterfete des Hamburger Senats, in leicht angetrunkenem Zustand zu Klöse:

**"Wir machen uns für Brökdorf stark - dann kost das Kilowatt 'ne Mark!"**

# Geht Zwentendorf



**Dieses Referat wollte ich also in Bremen auf der Bundeskonferenz halten, um so etwas wie die internationale Zusammenarbeit zu fördern und der deutschen Bewegung zu schildern, daß es auch anderswo im Kampf gegen Atomkraft und -staat vorwärts geht. Leider bin ich gar nicht bis Bremen gekommen; in Koblenz meiner ehemaligen Heimatstadt wurde ich am frühen Samstag morgen von unseren lieben 'Freunden und Helfern' verhaftet und – vollkommen rechtmäßig natürlich – bis Montag mittag in U-Haft gesteckt.**

**Werner aus Wien**

Wie Ihr Euch sicherlich erinnern könnt, veranstaltete die sozialdemokratische Regierung Österreichs am 5.11.1978 eine Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des einzigen österreichischen AKWs in Zwentendorf, ca. 30 km von Wien in der Hauptwindrichtung gelegen. Wider Erwarten erlitt die Regierungsposition, nämlich das AKW schnellstmöglich in Betrieb zu nehmen eine knappe Niederlage. Immerhin 50,6% der abstimmenden Österreicher/innen sprachen sich gegen die Einschaltung des Kraftwerks aus.

Dieses Ergebnis hatte sehr vielfältige Ursachen: auf der einen Seite gab es eine noch durchaus recht schwache radikale Opposition gegen AKWs und gegen die bürgerliche Großtechnologie mit dem damit verbundenen Wachstumsfetischismus. Diese Ansätze einer Alternativ-Bewegung waren noch sehr jung und konnten auf fast keine politische Erfahrung, vergleichbar der westdeutschen Anti-Kriegsbewegung der 50iger Jahre und der turbulenten späten 60iger Jahre, zurückblicken. Erst jetzt, im Kampf gegen das AKW, begannen die vielen bisher voneinander total isolierten Gruppen eine gemeinsame Diskussionsgrundlage und Zusammenarbeit zu entwickeln.

Auf der anderen Seite gab es eine starke Fraktion von lediglich taktischen Atomgegnern, die hofften, mit einem negativen Abstimmungsergebnis beim AKW die 'sozialistische' Regierung stürzen zu können. Bundeskanzler Kreisky hatte sowas auch noch unterstützt, als er kurz vorher seinen Rücktritt im Falle daß... androhte. Alle Fraktionen der AKW-Gegner benutzten bei ihrer Agitationsarbeit für ein "Nein" jedoch im Großen und Ganzen die gleichen Argumente:

Nähe zum Ballungsraum Wien, das AKW stehe genau auf einer geologischen Verwerfungslinie (Erdbebengefahr), ungelöste Atomüllfrage, usw.

Vom heutigen Standpunkt aus gesehen kommen jedoch noch einige Argumente hinzu: ein Siedewasserreaktor der 'erneuerten Baulinie 69' mit 700 MW ist technisch einfach überholt – er läßt sich bei den in den letzten Jahren explodierten Uranpreisen überhaupt nicht mehr rationell betreiben; die sicherheitstechnischen Anforderungen sind nicht zu realisieren. Bestes Beispiel hierfür ist der nach gleichen Plänen gebaute westdeutsche Katastrophen-Reaktor in Brunsbüttel, sowie seine Schwesterkonstruktionen in Ohu und Phillipsburg, die seit ihrer Inbetriebnahme mehr stilliegen als Strom produzieren.

Ein weiterer Aspekt sind die Erfahrungen der Beinahe-Katastrophe in Harrisburg, die, wenn auch die Herstellerfirmen es leugnen, bei der Auslegung neuer AKWs in die Berechnungen einfließen müssen, worüber sich die Herren Wissenschaftler bei der letzten Sitzung des Deutschen Atomforums erhebliche Sorgen machten.

Doch zurück zum 5.11.78:

Das Volk stimmt ab – und erteilt der ach so sehr um Arbeitsplätze und Staatsfinanzen und Allgemeinwohl besorgten 'sozialistischen' Regierung eine Abfuhr: 50,6% gegen 49,4% stimmten gegen das AKW, aus welchen Gründen auch immer.

Die Regierung sieht ihre Felle davonschwimmen, spätestens bei der nächsten Nationalratswahl im Juni 79. Doch Kaiser Bruno, wie Kreisky

von seinen Untertanen liebevoll genannt wird, taktierte sich mal wieder sehr geschickt aus der Affäre: Die Sozialisten brachten in den Nationalrat ein "Atomsperrgesetz" ein und verabschiedeten es mit ihrer absoluten Mehrheit. Es untersagt der Republik Österreich die friedliche Nutzung der Atomenergie und kann nur mit einer 2/3 Mehrheit im Parlament und einer neuen Volksabstimmung geändert, bzw. wieder abgeschafft werden.

Damit war dann die Nationalratswahl für die Sozialisten gerettet; die absolute Mehrheit wurde noch etwas dicker.

Die große Oppositionspartei, die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die mit ihrer lediglich taktischen Atomgegnerschaft einen Teil der eigenen Basis ziemlich verschreckt hatte, sieht nun ebenfalls ihre Felle davonschwimmen und versucht seit dem vergangenen Sommer verstärkt neue Wählerschichten aus dem Kreis der erstarkenden Alternativ-Bewegung anzusprechen.

Diese neue Strategie der ÖVP bewirkt natürlich längerfristig erhebliche innerparteiliche Schwierigkeiten, die von der Regierung weidlich ausgenutzt werden.

Im Sommer 79 war es relativ ruhig um das AKW Zwentendorf. Von der Kraftwerkunion (KWU) wird es als Ersatzteillager für kaputte Einzelteile in den Schwesterreaktoren in Ohu und Phillipsburg genutzt. Z.B. wurden gebrochene Reglerventile der Turbine in Ohu gegen die bauartgleichen aus Zwentendorf ausgetauscht – wegen Fehlkonstruktion brachen diese jedoch genau an der gleichen Stelle.

Währenddessen steigen die anderen Energiepreise – Öl, Gas und Kohle – in ungeheuerem Tempo weiter und die schon seit langem negative österreichische Außenhandelsbilanz erreicht einen neuen Tiefpunkt. Prominente Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft wie z.B. Finanzminister Hannes Androsch (das war er mal, d-Setzerin), Parlaments- und Gewerkschaftspräsident Anton Benja sowie der Direktor der Nationalbank, Kienzl, beginnen in dieser Zeit laut darüber nachzudenken, daß es sich Österreich

# doch in Betrieb ?



doch eigentlich nicht leisten könne, ein fertiges Atomkraftwerk, das bisher den Stromabnehmer sprich Steuerzahler bereits über 10 Mrd. ÖS (= 1,4 Mrd DM) gekostet hat, einfach brach liegen zu lassen.

Nach der Bundespräsidentenwahl im Mai 80 setzt eine ganz massive Propagandakampagne der Energieversorgungsunternehmen, der Großindustrie und unisono der Arbeitnehmervertretungen ein: Das AKW müsse doch in Betrieb genommen werden.

Es findet sich sogar eine 'Privatperson', ein Betriebsrat namens Herbert Schönagel, der Unterschriften sammeln will für die Einleitung eines Volksbegehrens zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes. Dieser Herr wird bei seiner 'privaten' Initiative ganz massiv unterstützt von seiten der Industrie und deren "Sozialpartnern". So werden z.B. in den Großbetrieben wie VOEST Alpine, Chemie Linz oder den Vereinigten Edelmetallwerken Belegschaftsmitglieder unter dem Hinweis, daß ganz konkret ihr Arbeitsplatz gefährdet sei, zur Unterschriftenleistung genötigt.

Trotz dieser massiven Drohung unterschreiben weit weniger Kollegen die Listen, als Herr Schönagel zu Beginn der Aktion erwartet und großkotzig in der Öffentlichkeit herausposaunt hatte – nichtsdestotrotz bekommt er die nötigen 15.000 Unterschriften zur Einleitung des Volksbegehrens leicht zusammen.

Gleichzeitig befällt eine gewisse Panikstimmung die streng auf parlamentarische Spielregeln fixierten bürgerlichen, konsequenten AKW-Gegner um die ÖVP-Abgeordnete und Vorsitzende der 'AG-Frauen für Katastrophenschutz', Schmitz (genannt Katastrophenschmitz). Sie sehen keine andere Möglichkeit das Pro-Volksbegehren zu stoppen, als nun ihrerseits eins einzuleiten, das den Umbau Zwentendorfs in ein thermisches Kraftwerk auf Gasbasis fordert.

Die 1978 noch recht schwache und junge autonome BI- und Alternativbewegung hatte in den anderthalb Jahren nach der ersten Volksabstimmung erheblichen Zulauf gewonnen und währenddessen auch fundiertere politische Argumente gegen die Inbetriebnahme des AKWs zusammengetragen. Im September und Oktober 80 wurden sehr viele Informationsveranstaltungen, Infostände und Feste gemacht, um einen Großteil der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß keines der beiden Volksbegehren auch nur eine einzige Stimme bekommen dürfe.

In der ersten Novemberwoche lagen nun beide Einleitungsgesuche für die Volksbegehren bei den Verwaltungsbehörden aus. Um sie zu 'richtigen' Volksbegehren zu machen, müssen insgesamt 200.000 Österreicher/innen die Listen unterschreiben, damit die jeweilige Frage

im Nationalrat behandelt werden muß. Die ersten drei Tage liefen sehr schlecht an; das Wetter war entsprechend, also mobilisierten die (scheinbaren) Kontrahenten nochmals alle Kräfte, um die Leute in die Bezirksämter zur Unterschriftenleistung zu schaffen. Die Industrie verschleuderte Millionen für ganzseitige Annoncen in der Tagespresse, und Belegschaftsmitglieder, die unterschreiben wollten, bekamen die verlorene Arbeitszeit großzügig bezahlt. Trotz dieses immensen Aufwandes bekam Herr Schönagel nur etwa halb soviel Unterschriften wie andere große Volksbegehren, etwa Verkürzung der Arbeitszeit oder die Fristenlösung, zusammen, nämlich lediglich knapp über 400.000.

Frau Schmitz fiel mit ihrem reichlich dubiosen Begehren unter die 200.000er Marke und ist damit wohl endgültig aus dem Rennen. Das Volksbegehren zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes wird jetzt bald von Parlament behandelt werden, an einen Ausschuß verwiesen und dann mit 2/3 Mehrheit verabschiedet werden müssen – d.h. also, die große Oppositionspartei muß der Gesetzesvorlage zustimmen. Obwohl der sozialistische Fraktionschef im Nationalrat, Heinz Fischer, optimistisch für die Aufhebung des Atomsperrgesetzes ist, läßt sich z.Z. noch überhaupt nicht abschätzen, wie sich die ÖVP verhalten wird.

Auf der einen Seite steht die 'grüne' Fraktion um den Wiener Landesvorsitzenden Erhard Busek,

die beharrlich betont, seit 78 habe sich an den Gründen für die Ablehnung nichts geändert, während auf der anderen Seite der eher für Kapitalinteressen aufgeschlossene Teil steht, der die Sozialistische Partei (SP) bei ihrer bisher sehr erfolgreichen Politik der 'optimalen Bedingungen für die Kapitalverwertung' austricksen will. Diese Leute sagen zur Atomkraft: 'Im Prinzip Ja, aber die Sicherheit der Bevölkerung hat absoluten Vorrang'.

Gleich zu welchem Votum sich die ÖVP durchringen wird, sie wird sich auf jeden Fall ins politische Abseits manövrieren und die absolute Mehrheit der SP wäre durch nichts mehr zu verändern.

Auf diese Existenzkrise der ÖVP spekuliert wohl auch Kreisky, der in dieser makaberen Schmierkomödie versucht, auf allen Hochzeiten gleichzeitig zu tanzen: als Bundeskanzler steht er voll auf dem Boden des gültigen Atomsperrgesetzes, als Privatperson darf er sich's nicht mit der Industrie verscherzen – er unterschreibt also das Pro-Volksbegehren – und im kleinen Kreis von linken Sozialisten und Autonomen erweckt er den Eindruck, er werde im Parlament die Sache möglichst lange hinauszögern, bis das AKW endgültig verrostet bzw. technisch überholt ist.

Diese letzte Möglichkeit wird wohl auch für die ÖVP die am ehesten akzeptable sein, da sie sich kaum dem Risiko ihrer Selbstauflösung aussetzen wird.





# Bundes - konferenz Bremen

Diese Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung fand unter außergewöhnlich starker Beteiligung des gesamten Spektrums der Bewegung statt. Das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit, wenn man die Beteiligung - ca 1500 Mitglieder aus 220 verschiedenen Gruppen - mit der anderer Konferenzen vergleicht und auch die derzeitigen Schwierigkeiten der Bewegung mit einbezieht.

Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag in den verschiedenen Arbeitsgruppen. Die Plenumsdiskussion nahm sowohl zeitlich, als auch inhaltlich einen sehr eingeschränkten Raum ein. Der auf dem Vorbereitungstreffen formulierte Anspruch, auf dem Plenum vor allem die Fragen der Perspektive der inhaltlichen Arbeit und des Widerstandes zu diskutieren, konnte nicht erfüllt werden. Enormer Zeitdruck und vor allem der Mangel an konstruktiven Beiträgen - ein Mangel, der sich bereits in den Beiträgen zur Materialmappe abzeichnete - ließen eine gute Plenumsdiskussion nicht aufkommen. Die Frustration darüber hielt sich allerdings in Grenzen, da kaum überzogene Erwartungen an die Plenumsdiskussion geknüpft worden waren. So ging die Bundeskonferenz relativ geschlossen und solidarisch - was ebenfalls keine Selbstverständlichkeit ist - zu Ende.

Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen sind in Protokollen dokumentiert, die von den Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen zusammengestellt wurden und dort erhältlich sind (BBA-Laden, Ostertorsteinweg 43 / St.Paulistr.10/11, 28 Bremen). Allerdings gehen die Einschätzungen und Berichte der Arbeitsgruppen je nach Protokollant und Teilnehmer durchaus auseinander. Deshalb haben wir aus den Arbeitsgruppen, an denen AKW-Gegner aus der Redaktion teilnahmen, eigene Berichte geschrieben, die die "offiziellen" Protokolle ergänzen, ihnen teilweise aber auch widersprechen.

War diese Bundeskonferenz insgesamt nun ein Erfolg? Hat sich der ganze Aufwand gelohnt? Die Beantwortung diese Frage hängt vor allem von den Erwartungen ab, die an die Konferenz geknüpft waren. Mit einer halb wegs realistischen Erwartungshaltung muß man die Bundeskonferenz wohl als erfolgreich, d.h. für die Bewegung sinnvoll, beurteilen. Warum?

1. Wir hatten nicht erwartet, daß in Bremen das Ei des Kolumbus gefunden wird. Wir hatten gehofft, die bisher isoliert geführte "Krisen- und Perspektiven Diskussion" mit vielen anderen Leuten an verschiedenen Themen zu diskutieren. Das ist natürlich nur in Ansätzen - gelungen.

2. Die bisherige Diskussion über den "Zustand" der Bewegung beruhte im wesentlichen auf Hypothesen. Jeder interpretierte das in die Bewegung hinein, was er/sie glaubte zu wissen und einschätzen zu können. Seit der Bundeskonferenz können wir die einzelnen Positionen, die Stärke einzelner Strömungen, die Stimmung in einzelnen Gruppen oder Regionen viel besser einschätzen. Auf dieser Grundlage können wir an die nächsten Schritte und Diskussion herangehen.

3. Die Tatsache, daß sehr sehr viele Gruppen und Leute vor ähnlichen Problemen stehen und vor allem die Tatsache, daß so viele Gruppen sich bemühen, diese Probleme gemeinsam mit allen anderen zu diskutieren und nach Lösungsansätzen zu suchen, widerspricht der Einschätzung, die Anti-AKW-Bewegung wäre bereits in viele Fraktionen "zerfallen", die sich nichts mehr zu sagen hätten. Das Gegenteil scheint eher der Fall zu sein. Bremen hat gezeigt, daß wir uns sehr viel zu sagen haben und daß es bisher eher der Mangel an Gelegenheiten war, der dies verhinderte. So läßt sich auch der von vielen auf dem Plenum geäußerte Wunsch interpretieren, die Diskussion nicht wieder abreißen zu lassen, sondern es zu schaffen, sie fortzusetzen. Das Treffen in Darmstadt ist dazu ein erster Versuch gewesen.

4. Die Bundeskonferenz kann zwar keine aufsehenerregenden Beschlüsse vorweisen, sie hat aber handfeste Ergebnisse aus einzelnen Arbeitsgruppen zu bieten. So der Aktionskatalog der Zwischenlager-Gruppe, so die Projekte gemeinsamer Info-Aktionen zur Frage Energiepolitik und Baulinie 80, so Initiativen zum Schnellen Brüter und zum Hochtemperaturreaktor, sowie zur Medienarbeit, und so auch das zwar nicht formulierte, aber vorhandene Ergebnis der Arbeitsgruppe AKW's und Atomwaffen, die Diskussion über gemeinsame Aktionen fortzusetzen - trotz der Auseinandersetzung um die Lingendemo.

Ein Anfang ist also gemacht. Es gibt noch viel zu tun - packen wir es gemeinsam an!

## "Über das Fragens aufstellen nicht hinausgekommen"

Im letzten Atomexpress hatten wir in einem Artikel zur Bundeskonferenz einige Themenschwerpunkte formuliert, die unserer Meinung nach auf der Bundeskonferenz diskutiert werden sollten. Es waren dies:

- die Frage der Wirksamkeit verschiedener Widerstandsformen bei wechselnden Rahmenbedingungen
- wie haben sich die Kräfteverhältnisse in wichtigen gesellschaftlichen Gruppen entwickelt

- müssen wir nicht unsere Argumentation gegen das Atomprogramm weiter fassen als bisher?
- ist die Anti-AKW-Bewegung eine Ein-Punktbeziehung? Soll sie es sein?
- welches sind unsere nächsten Aufgabenschwerpunkte, an welchen Standorten hat der direkte Widerstand in der nächsten Zeit eine Perspektive?
- reichen unsere Organisationsstrukturen aus?

Auf der Bundeskonferenz konnten diese Fragen nicht beantwortet, ja oft nicht einmal angerissen werden. Es hat sich leider einmal mehr gezeigt, daß wir dazu nicht in der Lage sind. Allein mit dem Aufstellen von Fragen ist es eben nicht getan. Zur Zeit scheint keine Gruppe in der Lage zu sein, auf diese wirklich wichtigen Fragen für die Bewegung eine Antwort zu geben, ja noch nicht einmal in der Lage zu sein, sich intensiv damit zu beschäftigen. Denn anders läßt es sich nicht erklären, daß es in der Materialmappe und im Anhang praktisch keinen einzigen Beitrag zu diesen Themen gegeben hat. Auch auf der Bundeskonferenz selbst, z.B. in der Arbeitsgruppe Perspektiven des Widerstandes, hat es keine Impulse gegeben. Es scheint nach wie vor eine unserer Hauptschwächen zu sein, für uns existentielle Fragen zu verdrängen.

Es hat zwar einige Diskussionen, vor allem in Arbeitsgruppen gegeben (Energiepolitik, Antimilitarismus), die die oben formulierten Fragestellungen in einigen Punkten berührt haben. Das kann aber nichts an der allgemeinen Feststellung ändern, daß wir nach wie vor nicht in der Lage sind, diese für uns so wichtigen Fragen gemeinsam zu diskutieren.

Wir sollten nicht den Fehler machen, in diesem Zustand fatalistisch zu verharren, mit ihm "leben zu wollen". So schwer es auch sein mag, wir müssen den Zustand der Unfähigkeit, unsere Situation umfassend einzuschätzen und zu diskutieren, verändern!



## AG Antimilitarismus

Diese Arbeitsgruppe gehörte wohl zu den am besten besuchten AG's auf der Bundeskonferenz. Von Anfang an waren etwa 200 AKW-Gegner dabei und dazu kamen eine Menge Leute, die zwischendurch mal reinschauten und dann - meistens jedenfalls - auch dablieben.

Der Reiz dieser Arbeitsgruppe lag wohl darin, daß sie eine der wenigen auf der Bundeskonferenz war, in der scharfe Auseinandersetzungen um Aktionen - vergangene und zukünftige - zu erwarten waren. Die Auseinandersetzung um die Lingen-Demo hatte bereits vorher hohe Wellen geschlagen und viele haben sich von der Diskussion eine Klärung der Standpunkte erhofft.

Ich meine - und das ist eine ganz persönliche Meinung - ,daß die Diskussionen in dieser AG ziemlich gut und interessant gewesen sind und auch etwas gebracht haben. Manchmal glaubte man zwar eher in einer UNO-Vollversammlung zu sitzen - die halbe Zeit wurde der Beurteilung der allgemeinen Weltlage gewidmet. Aber diese Diskussion ist unbedingt notwendig gewesen, bei den Themen, die zur Debatte standen, Kriegsgefahr, Bedeutung der Supermächte usw.

Dabei sind sehr viele interessante Dinge gesagt worden und beileibe nicht nur Banalitäten und allseits bekanntes.

Die Debatte um die Lingen-Demo, die zeitlich sehr eingeschränkt am Schluß geführt wurde, war die sinnvolle Weiterführung der bisherigen Diskussion. Nach der Theorie die Praxis sozusagen. Die Auseinandersetzung über die Lingen-Demo wurde sehr hitzig und mit großer Beteiligung geführt. Das stellte noch einmal unter Beweis, daß es sich bei diesem Thema nicht um eine Privatfehde zwischen BBU und Göttinger Arbeitskreis gehandelt hat, sondern um grundlegende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der gesamten Bewegung.

Der nachfolgende Text ist kein Protokoll dieser Arbeitsgruppe, sondern in ihm ist das zusammengefaßt, was mir an wichtigen Sachen aus dieser AG in Erinnerung geblieben ist. Ganz abgesehen davon vermittelt das "offizielle Protokoll" meiner Meinung nach keinen realistischen Eindruck dieser Arbeitsgruppe.

Die AG hatte sich am Anfang in 3 Gruppen geteilt, die parallel die gleichen Themen diskutieren wollten. Mein Bericht bezieht sich auf die Diskussion in der Hauptgruppe, an der ca 120 Leute teilnahmen.

Wir hatten uns vorgenommen, folgende Schwerpunkte zu diskutieren:

1. Auswirkungen der jüngsten Entwicklung auf dem Atomwaffen Sektor auf die internationale Lage
2. Atomwaffen - Atomkraftwerke und die 3. Welt
3. Auswertung der Lingen-Demonstration - weitere Aktionen

### zu Punkt 1:

#### Die internationale Lage

Es ging im wesentlichen um die Einschätzung der Kriegsgefahr und die Kriterien, die dafür eine Rolle spielen. Einige Beiträge schätzten die akute Kriegsgefahr als relativ gering ein, während andere meinten, der Krieg sei bereits ausgebrochen und zwar an mehreren Stellen in der Welt. Wir Europäer würden diese Tatsache nur verdrängen, weil wir scheinbar noch nicht betroffen sind. Vor allem jedoch der Konflikt zwischen dem Irak und Iran berge die Gefahr einer weltweiten Eskalation in sich...

Eine besonders große Gefahr für den Weltfrieden geht von der derzeitigen amerikanischen "Verteidigungsstrategie" aus. Die neuen amerikanischen Waffensysteme versetzen die Pentagon-Strategen in die Lage, einen Großteil des Atomwaffenpotentials der UdSSR in einem Erstschlag zu vernichten und den atomaren Gegenschlag für die USA so "kalkulierbar" zu machen. Insbesondere auch durch die Wahl von Reagan hat sich die Gefahr vergrößert, daß diese Erstschlag"chance" von den USA als politisches und auch militärisches Druckmittel eingesetzt wird.

Ein anderer Beitrag stellte die These auf, die Sowjetunion stelle eine besondere Gefahr für den Frieden dar durch ihre weltweite Aggressionspolitik, während andere der Meinung waren, daß ganz unzweideutig die USA die Hauptkriegstreiber auf der Welt seien. Die meisten Anwesenden waren sich aber darin einig, daß es in jedem Fall falsch sei, die eine oder andere Seite zu verharmlosen. Das gleiche gilt auch die

Bedeutung der BRD. Es ist zwar richtig, daß die Bundesrepublik zur Zeit kein elementares eigenes Interesse an einer kriegerischen Auseinandersetzung - zumal in Europa - hat. Auf der anderen Seite ist es aber unumgänglich, immer wieder darauf hinzuweisen, daß sich die Interessen des bundesdeutschen Kapitals nur im Windschatten der US-Politik durchsetzen lassen und daß das auch der wesentliche Grund für "Brüderschaft" in politischer und militärischer Hinsicht zwischen USA und BRD ist. Je nach Notwendigkeit wird auch ganz praktische Unterstützung durch die BRD verlangt. Bestes Beispiel ist die Mitfinanzierung des Vietnam-Krieges und die Benutzung der BRD als strategische Basis für das US-Militär (Versorgung, Flughäfen, Krankenhäuser, Waffennachschub usw.)

Diese Zusammenhänge müssen bei unserer Aufklärungsarbeit und der Vermittlung von Aktionen verstärkt dargestellt werden.

Die Rolle anderer Staaten, die ebenfalls über Atomwaffen verfügen, wurde in der Diskussion nur kurz gestreift (z.B. China). Ein Beitrag wies darauf hin, daß es für unterschiedliche Länder auch unterschiedliche Motivationen für den Besitz atomarer Waffen gibt (mehr aggressive und mehr defensive "Motive").

Von Bedeutung für die Diskussion war außerdem noch die Frage, wie das weltweite Kräfteverhältnis sich zwischen den Supermächten verändert hat. Einige meinten, daß sich die internationale Lage seit dem Vietnam-Krieg permanent zuungunsten der USA verändert hat, daß sich die US-Politik weltweit in der Defensive befindet. Das erkläre auch den zunehmenden "Frust" der Amerikaner und den Versuch, diese Situation durch eine aggressive Außenpolitik zu verändern. Die Wahl Reagans ist ein Indiz dafür.

Andere meinten, daß auch die UdSSR in der Defensive sei; einmal durch zunehmende innenpolitische Schwierigkeiten und Differenzen im Warschauer Pakt und zum anderen durch einen zunehmenden Vertrauensschwund bei Ländern der 3. Welt durch eine massive Macht- und Aggressionspolitik gerade gegenüber Ländern der 3. Welt.

Allgemein hatte ich den Eindruck, daß die einschätzungen - wenn man einmal von der DKP-Position absieht - garnicht so weit auseinander gingen, sondern die Unterschiede mehr darin lagen, daß unterschiedliche Aspekte herausgearbeitet wurden. Wenn man die verschiedenen Aspekte zusammenbetrachtet, so ergab sich meines Erachtens bei diesem Diskussionspunkt eine realistische und differenzierte Einschätzung der internationalen Lage. Ich meine, daß insgesamt gesehen die Diskussion zu diesem Punkt sehr ergiebig war.

### Zu Punkt 2:

#### Atomwaffen, Atomkraftwerke und 3. Welt

In der Arbeitsgruppe gab es einige Vertreter von 3. Welt-Gruppen, die dieses Thema gerne ausführlicher behandelt hätten (die Situation in einigen Ländern der 3. Welt). Das war aus zeitlichen Gründen aber nicht möglich.

So wurde lediglich ein Bericht über das Atomprogramm in Argentinien gegeben. Es zeigte sich, daß der Informationsstand in der Arbeitsgruppe sehr hoch war. In der Diskussion wurde zunächst von Jens Scheer klargestellt, daß man nicht in jedem Fall davon ausgehen kann, daß AKWs in der 3. Welt für den Bau von Atomwaffen genutzt werden. Während z.B. die Schwerwasserreaktoren, die an Argentinien geliefert werden, so wie komplette Kreisläufe mit Anreicherungsanlagen und Wiederaufbereitungsanlagen (wie nach Brasilien und Südafrika), ohne weiteres zur Herstellung von Atomwaffen genutzt werden können und auch werden, verhält

# Bundeskonzferenz der Anti-AKW-Bewegung

## Forts.: AG Antimilitarismus

es sich bei den ebenfalls im großen Maßstab für den Export verwendeten modernen Leichtwasserreaktoren anders. Diese sind für die Gewinnung von Atombombenmaterial gänzlich ungeeignet. Der Grund liegt darin, daß das spaltbare Plutonium in brauchbaren Mengen nur in sehr kurz abgebrannten Brennstäben vorhanden ist. Während die Schwerwasserreaktoren so konstruiert sind, daß man die Brennelemente quasi beim Betrieb des AKW wechseln kann (wenn man Plutonium gewinnen will, macht man das eben sehr oft hintereinander), ist der Brennelementwechsel bei Leichtwasserreaktoren außerordentlich aufwendig und kompliziert.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde davor gewarnt, allzu platt gegen Länder der 3. Welt zu argumentieren, die sich für die Stromerzeugung aus AKWs interessieren (Beispiel Kuba und Indonesien). Es gelte eben nicht in jedem Fall, daß solche Länder nur über den Hebel AKWs in den Besitz von Atomwaffen kommen wollten. Bei verschiedenen Ländern stecke in erster Linie der Irrglaube dahinter, sich mit Hilfe von AKWs am ehesten aus der Abhängigkeit vom Erdöl bei der Stromerzeugung befreien zu können. andere meinten daraufhin, man müsse aufpassen, daß man sich dann nicht plötzlich als halber Befürworter des AKW-Exports in solche Länder wiederfände.

### Zu Punkt 3:

#### Vergangene und zukünftige Aktionen

Am Anfang stand ein sehr ausführlicher Bericht über verschiedene Aktionen, die vor, während und nach dem großen Nato-Herbstmanöver in Norddeutschland gelaufen sind und die in der breiten Öffentlichkeit garnicht bekannt geworden sind. Dazu ist auch eine Broschüre erstellt worden. Es hat zum ersten Mal ernsthafte Versuche gegeben, so ein Manöver selbst direkt zu stören. Für alle Beteiligten war dabei besonders wichtig, ihre Angst vor dem Militär und den massiven Waffen zu verarbeiten und dabei zu lernen, daß man sehr viel mehr machen kann, als man sich vorher so gedacht hatte.



Als Hauptproblem stellte sich die Vermittlung der Aktionen bei der Bevölkerung im Manövergebiet heraus. Vor allem das Interesse an der Waffentechnik ist stark verbreitet und trägt zur Glorifizierung des gesamten Militärapparates bei. Das zeigt auch die große Beteiligung der Bevölkerung an Waffenschauen.

Von Seiten des BBU wurde nochmals die These aufgestellt, der "Offene Brief" des Göttinger Arbeitskreises habe zu einer wesentlichen Demobilisierung und Entsolidarisierung der Demo in Lingen geführt und sei auch für die relativ geringe Teilnehmerzahl verantwortlich.

Diese - doch etwas abenteuerliche These - wurde von vielen Gruppen entschieden zurückgewiesen! So blöd seien die anderen Leute nun auch wieder nicht. Die gleichen oder ähnliche Bedenken wie sie im "Offenen Brief" stehen, habe es auch in anderen Gruppen gegeben. Diese hätten sich dann von vornherein gar nicht beteiligt oder wie z.B. in Bielefeld unter einem anderen Aufruf mobilisiert. Fast alle - bis auf einen Vertreter einer BI aus dem Emsland - schätzten die Demo als einen ziemlichen Reifall ein. Die Lingendem sei ein Beispiel dafür, wie man eine Aktion nicht vorbereiten und durchführen sollte. Dabei wurde auch durchaus Selbstkritik geübt, daß die BIs entweder garnicht oder viel zu spät in die Diskussion eingegriffen hätten. Von mehreren Seiten wurde festgestellt, daß es um die Strukturen innerhalb der Bewegung traurig bestellt sei, wenn es innerhalb fast eines halben

Jahres nicht möglich war, zu einem so wichtigen Thema ein größeres Treffen zustandezubringen, um unsere Positionen zu diskutieren. Für große Empörung sorgte die Meldung, daß auf der Jahresversammlung der DFG/VK - die zeitlich parallel zur BUKO stattfand - ein Antrag abgelehnt wurde, der sich grundsätzlich gegen die "friedliche Nutzung" der Atomenergie aussprach.

Ein Großteil der inhaltlichen Diskussion um die Lingen-Demo war bereits im ersten Punkt mitbehandelt worden. In dem Anhang zur Bundeskonferenz-Materialmappe ist außerdem die Auseinandersetzung um die Lingen-Demo, ausführlich dokumentiert. Man kann die Lektüre der unterschiedlichen Stellungnahmen nur empfehlen, zumal sehr ausführlich von verschiedenen Seiten auf die Gründe der Auseinandersetzung eingegangen wird.

Der Anhang zur Materialmappe kann bestellt werden bei der BBA.

Von fast allen Anwesenden wurde zum Schluß die Notwendigkeit betont, positive Lehren aus dem Lingen-Debakel zu ziehen und bei künftigen Aktionen darauf zu achten, nicht die gleichen Fehler zu wiederholen.

Ein Dreijahres-Aktionsplan, an dessen Ende ein weltweiter Hungerstreik stehen soll, vorgestellt von Roland Voigt von der Koordination Ökologie und Frieden, konnte nicht mehr behandelt werden.

## Arbeitsgruppe Zwischenlager

### Vorbemerkung.

1. Von dieser Arbeitsgruppe gibt es ein ausführliches Protokoll, in dem alle Diskussionsschwerpunkte und -ergebnisse dokumentiert sind. Dementsprechend soll der Verlauf hier nur kurz skizziert werden; einer Einordnung und Bewertung der konkreten Widerstandsvorschläge wird dafür mehr Platz eingeräumt. Das Protokoll kann bei der BBA in Bremen, notfalls auch beim Göttinger AK bestellt werden.

2. Sieben oder acht der insgesamt ca. 100 Anwesenden bekundeten Interesse an detaillierter Information über die technischen Probleme der Zwischen- und Kompaktlagerung; von dieser Kleingruppe liegen keine schriftlichen Ergebnisse vor. In diesem Zusammenhang verweisen wir noch einmal auf die ausgezeichnete Broschüre „Das Trockenlager-Konzept“ des Bremer Arbeits- und Umweltschutzzentrums, die bei allen größeren Büchertischen erhältlich ist.

Eindeutig im Mittelpunkt standen die Diskussionen über den Widerstand gegen die zentralen Trockenlager v.a. in Gorleben und

Ahaus. Von den Kompaktlager- bzw. möglichen WAA-Standorten in Nordhessen und Rheinland-Pfalz sowie vom geplanten Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter wurden lediglich Kurzberichte zur Lage gegeben. Insgesamt gesehen hat es den Anschein, daß die Kompaktlager bei der Diskussion um den Widerstand ins Hintertreffen geraten: fast nirgendwo gibt es größere Aktivitäten dagegen, wenn auch, wie bei Biblis A, Erfolge für die AKW-Gegner schon zu verzeichnen waren; hier hatte ein Verwaltungsgericht die Kompaktlagerung vorläufig untersagt.

In Stade, einem der beiden - zwischenzeitlich ist, ganz aktuell, auch Ohu noch ins Gespräch gekommen - projektierten Standorte für Trockenlager auf dem AKW-Gelände, ist der Widerstand gleichfalls noch recht schwach. Anders dagegen Würzburg: hier hat es viele Aktionen gegen das geplante Zwischenlager gegeben, große Veranstaltungen und Einsprüche von über 15.000 Menschen und mehreren Gemeinden. Der Erörterungstermin, der Anfang dieses Jahres stattfinden soll, wird hoffentlich eine noch stärkere Mobilisierung bringen.

Für die Betreiberseite sind die zentralen Zwischenlager der zur Zeit entscheidende Knackpunkt in der Entsorgungsfrage und damit im gesamten Atomprogramm; das wird zwar immer wieder mit Nachdruck betont, aber anscheinend nach wie vor nicht so recht ernstgenommen. Ahaus, Gorleben und das neue Lagerbecken in La Hague sind die derzeit einzigen Karten, auf die die Atommafia im Entsorgungspoker kurz- und mittelfristig setzen kann und muß. Von ihrer Durchsetzung, bzw. Durchsetzbarkeit, hängt tatsächlich nichts weiter als der Betrieb alter und die Genehmigung neuer AKW's ab. Und noch mehr: die DWK will Ende des nächsten Jahres das Gorlebener Trockenlager betriebsbereit stehen haben, mit dem Bau soll in wenigen Monaten begonnen werden. Wenn es soweit kommt, hat die Atomlobby den Durchbruch im Landkreis Lüchow-Dannenberg wohl geschafft.

Die Zwischenlagerung muß - jedenfalls war das die übereinstimmende Einschätzung in der Arbeitsgruppe - zu einem Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit auch der AKW-Gegner gemacht werden. Die Diskussion über den zu



# Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

## Forts.: Zwischenlager AG

entfachenden Widerstand verlief solidarisch, wenn auch über weite Strecken kontrovers. Es wurden viele Aktionen und Widerstandskonzepte vorgestellt und entwickelt; längst nicht alles war Konsens, aber immerhin wurden mehrere Vorschläge ins Plenum der Bundeskonferenz und darüber hinaus in die Bürgerinitiativen getragen; die Auseinandersetzungen hierüber müssen schnell beginnen.

## Unterschriftenkampagne

Die von Gorleben aus initiierte Unterschriftenaktion gegen die Zwischenlager wurde zunächst kritisiert: sie hätte, wenn überhaupt, besser erst nach der Bundeskonferenz begonnen werden sollen und sich gegen alle Trockenlagerstandorte gleichermaßen richten müssen.

Wenn eine Unterschriftenaktion überhaupt noch sinnvoll sein kann, dann darf ihr kein

Vorlagen weitergesammelt werden! Die ausgefüllten Listen sollen so schnell wie möglich an die BI Lüchow-Dannenberg, Drawehner Str. 3, 313 Lüchow geschickt werden.

Eine erste „Bilanz“ soll am 28. Januar gezogen werden, wenn die PTB ihre Scheinanhörung in Lüchow veranstalten will (siehe Aufruf).

Aus verschiedenen Gruppen, u.a. auch der „Zwischenlager-Konferenz“, kamen konkrete und relativ weitgehende Vorschläge für Blockaden gegen die schon in allernächster Zukunft laufenden Atommülltransporte zu den neuen Lagerbecken in La Hague. Außerdem sollen auch die Baufahrzeuge und die Behältertransporte von den Herstellerfirmen zu den AKW's, bzw. Lagerstandorten, blockiert werden.

Nach einer Phase der Informationsarbeit in den entsprechenden Regionen sollen erste öffentlichkeitswirksame Aktionen folgen - Plakatierung der Atommülltransportwege, Go-Ins in Bundesbahndienststellen, Flugblattverteilun

-Charlotte Garbe, Meinbrexer Str. 7, 3471 Lauenförde (für Würzgassen)

-Götz Korf, Brüningstr. 37, 2150 Buxtehude (für Stade)

-Wilhelm v. Alemann, BI Lü.-Da., Drawehner Str. 3, 3130 Lüchow.

Wenn es geht, informiert bitte auch -Christian Bargholz, Umlandstr 52, 2000 Hamburg

-Gerald Kirchner, Uni Bremen, NW 1, Achterstr., 28 Bremen 33

sowie

-TAZ und Atom Express.

Weiterhin sollen Informationen über die Genehmigungsverfahren und alle daran beteiligten Behörden und Instanzen gesammelt und publiziert werden, um Möglichkeiten für lokale und regionale Aktivitäten zu erkunden, z.B. ob eine Gemeinde ein Verbot von Atommülltransporten durch ihr Gebiet verhängen kann. Auch die Erstellung einer Materialmappe über Gefahren und Unfälle von Atommülltransporten, vor allem auch aus Frankreich und den USA, wurde angeregt.

Für all diese Dinge ist Jürgen Stellpflug, Oranienstr. 38, 1 Berlin 36

Kontaktmensch.

## AUFRUF! Kommt am 28.1.81 nach Lüchow!

An diesem Tag „erhält die Öffentlichkeit insbesondere die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg“ Gelegenheit, an einer von der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB) durchgeführten Anhörung zum Thema Atommülllager teilzunehmen und Stellung zu beziehen. Diese Einladung der PTB wurde 8 Wochen später ohne jede Begründung eingeschränkt auf die Antragsteller (d.h. DWK) sowie die Personen, die „Stellungnahmen“ spätestens bis zum 15.12.80 bei der PTB im Voraus eingereicht haben. In der 2. Bekanntmachung heißt es sogar: „Um für den genannten Personenkreis die Teilnahme am Anhörungstermin sicherstellen zu können, bitten wir, den Personalausweis mitzubringen.“

Inzwischen ist bekanntgeworden, daß der „Sicherheitsbericht“ der DWK extreme Lücken aufweist, wie auch der Kenntnisstand dieser Herren, die am 26.11.80 auf einem Gohrder Seminar mit Bürgerinitiativlern bereits nach einer Stunde nicht mehr weiter wußten. Aufgrund dieser Vorfälle hat inzwischen die BI Lüchow-Dannenberg die PTB aufgefordert, daß Genehmigungsverfahren auszusetzen, bis alle interessierten Bürger die kompletten Unterlagen eingesehen haben. Der DWK-Vertreter zu diesem Anliegen: „Völlig absurd.“

Dr. Becker-Platen („Informationsbeauftragter“ der niedersächsischen Landesregierung) zum Antrag auf Verschiebung: „Wenn jetzt drei Fragen beantwortet werden, sind morgen zehn neue da.“

Die PTB wird also ungeachtet aller gerechtfertigten Bedenken an ihrer Anhörung festhalten, die zudem nicht die geringste rechtliche Bedeutung hat: über § 6 Atomgesetz ist vorsorglich den Betroffenen jede rechtlich bindende Einspruchsmöglichkeit aberkannt worden. Dennoch wird diese pseudodemokratische Augenwischerei der Atombetreiber von den Atomgegnern im Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht rechts liegen gelassen, sondern ganz im Gegenteil als Anlaß für eine große Mobilisierung aller Gegner der Atommülllager genutzt. Darüberhinaus wurde auf der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bremen seitens der BI Lüchow-Dannenberg deutlich gemacht, daß sie die Anwesenheit auch auswärtiger Atomgegner an diesem Tag als eine Unterstützung ihrer Anliegen begreift.

Gorleben dient inzwischen erneut den Politikern und Betreibern als Testballon, ob und wie sie die in sich unsicheren Trockenlager durchsetzen können. Ähnlich wie mit den Plänen einer WAA sollten sie bereits im Ansatz durch eine große Mobilisierung zu spüren bekommen, daß die Atomgegner aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und von anderswoher sich nicht alles bieten lassen!

KOMMT DESHALB ZAHLREICH AM 28. 1. NACH LÜCHOW!

(weitere Informationen über: Büro der BI Lüchow-Dannenberg, Drawehnerstr.3,3130 Lüchow, Tel.: 05841/4684 oder über „Gorleben Aktuell“, s. Impressum.)

Schicksal wie -zig anderen, auch bundesweit geplante, beschieden sein, die irgendwann klammheimlich in sich zusammengebrochen sind, sondern dann muß man sich bemühen, alle Initiativen und AKW-Gegner in die Kampagne miteinzubeziehen und so viele Unterschriften wie irgend möglich zu sammeln. Die Zahl der Unterzeichner müßte alle bisherigen Maßstäbe sprengen. Nur wenn wir die Aktion als Mittel, die Zwischenlager überall - am Büchertisch, in der Schule, am Arbeitsplatz, an der Uni, in den Stadtteilen - zum Thema zu machen, begreifen, wird sie letztendlich „erfolgreich“ sein können (prima Satz, d.S.). Zudem muß von vornherein klargemacht werden, daß das Unterschriftensammeln nicht etwa die große Aktion gegen die Zwischenlager ist - so haben es nämlich Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg in verschiedenen TAZ-Beiträgen vorgestellt -, sondern allenfalls als Auftakt für eine weitergehende Mobilisierung. In der AG wurde schließlich vereinbart, die Aktion mit neuen Listen, deren Text in einer Pause formuliert wurde, fortzuführen und auszuweiten. Die Listen können beim BBU angefordert werden, bis dahin soll mit den alten

in Zügen -, bevor LKW's und Eisenbahnen, die abgebrannte Brennelemente geladen haben, zunächst kurzzeitig und symbolisch, dann aber koordiniert und bundeseinheitlich blockiert werden sollen.

Dieser Vorschlag, nämlich die Blockaden in Form einer Art bundesweiter Kampagne ablaufen und eskalieren zu lassen, fand nicht nur Beifall; vielen erschien er allzu unrealistisch, andere kritisierten die grundsätzliche Orientierung auf dezentrale Aktionen.

Die BI's an den Trockenlagerstandorten wollen ausführliche Karten der Transportwege - Straße und Schiene - von AKW's und den Herstellerfirmen der CASTOR-Lagerbehälter (bis jetzt bekannt sind die TRANSNUCLEAR in Hanua und die Fa. SIMMERKAMP, Krefeld) zu den Trockenlagerstandorten erstellen. Wer hier helfen kann oder Informationen hat, soll sich umgehend an eine der nachfolgenden Kontaktadressen wenden:

-Uwe ter Vehn, Hammerstr. 37, 4400 Münster (für Ahaus)

-Werner Gent, Buchenwall 6, 3325 Lengede (für Salzgitter)

## Großdemonstration

Durch die aktuelle Diskussion um Brokdorf ist eine Widerstandsform wieder schneller ins Gespräch gekommen, als manche gehofft oder auch befürchtet haben, die Widerstandsform Großdemonstration.

AKW-Gegner aus Lüneburg, Münster und Göttingen schlugen vor, eine Großdemo auch in die Überlegungen zum Widerstand gegen die Zwischenlager miteinzubeziehen, während andere am liebsten gar nicht darüber geredet hätten.

In der Arbeitsgruppe ist keine einheitliche Empfehlung dafür oder dagegen verabschiedet worden; nahezu alles war umstritten: Ist eine Großdemonstration überhaupt (noch) sinnvoll? Kann eine Großdemo den Baubeginn eines Zwischenlagers verzögern oder gar verhindern? Wo soll eine solche Demo stattfinden, vor Ort oder irgendwo anders? Wann soll sie laufen, bei Baubeginn des ersten Trockenlagers oder zu einem Termin, an dem z.B. eine Genehmigungsentscheidung ansteht? Was für einen Charakter kann/soll/muß/darf die Demo haben - 'friedlich', als Dokumentierung des Willens von 10.000en oder 'militant', ein Angriff auf den Bauplatz? Kann sich jemand vorstellen, die Festung 1003 - wo das Gorlebener Zwischenlager hin soll - zu stürmen? Kann sich jemand nicht vorstellen, 1003 zu stürmen?

Vielleicht wird der Verlauf der Auseinandersetzungen um Brokdorf in diesem Frühjahr Antworten auf diese Fragen bringen - solche oder solche. Die Diskussion darüber muß jedenfalls anfangen. Sozusagen als Einstieg drucken wir im folgenden einen leicht gekürzten Beitrag der Redaktion von 'Gorleben aktuell' ab, mit der wir weitgehend übereinstimmen.

„Widerstand gegen die Atommülllager (Diskussionsbeitrag aus „Gorleben Aktuell“)

In beiden für die Bremer Bundeskonferenz vorbereiteten Aktionsvorschlägen gegen die Atommülllager (einer stammt vom Netzwerktreffen Gewaltfreier Aktionsgruppen, der andere von der Atommüllagerkonferenz) wird für das kommende Jahr ausschließlich auf dezentrale Aktionen orientiert, und hierbei besonders auf Widerstandsaktionen gegen die nach Einführung der Zwischenlager zu

# Bundeskonzferenz der Anti-AKW-Bewegung

## Forts.: Zwischenlager AG

erwartenden Atommülltransporte. In beiden Vorschlägen soll einer ersten Phase der Informationsarbeit (Plakatierung der Transportwege u.ä.) kurzzeitige Blockaden, Go-Ins in die Dienststellen der Bundesbahn und ähnliche Aktionen folgen. Höhepunkt der Kampagne soll eine länger dauernde Schienenblockade bzw. 'zu einem bundeseinheitlichen Zeitraum Stilllegung des Zugverkehrs in der gesamten Bundesrepublik' sein.

Wir halten diesen Aktionsvorschlag (mit dem Anspruch einer bundesweiten Kampagne) für wenig sinnvoll; ebenso die ausschließliche Orientierung auf dezentrale Widerstandsformen, wir müssen beide Seiten- dezentrale und zentrale Aktionen- in unser Widerstandskonzept mit einbeziehen, ohne auf dem einen Auge blind zu werden. Die richtige Feststellung, daß das Entsorgungskonzept nach der Grundsatzentscheidung der niedersächsischen Landesregierung dezentralisiert wurde, darf nicht pauschal auf unsere Widerstandsformen übertragen werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Debatte über das (zweifellos stark dezentralisierte) Atomprogramm erst in Gang gekommen ist, nachdem die AKW-Gegner ihren Widerstand auf zentrale Brennpunkte (Wyhl und insbesondere Brokdorf) konzentriert und dadurch erst bundesweit die Aufmerksamkeit auf die Gesamtproblematik gelenkt hatten.

Es ist völlig klar, daß an den einzelnen Standorten durch Informationsarbeit und durch direkte Aktionen unmittelbare Betroffenheit erzeugt werden muß. Auf Bundesebene (und so lautet der Vorschlag) ist es nicht die unmittelbare Betroffenheit, die die Menschen zum Widerstand mobilisiert (insbesondere beim Kampf gegen die Zwischenlager wäre eine solche Strategie zum Scheitern verurteilt), sondern entscheidend ist doch wohl die Einsicht, daß die Gesamtsituation auf dem Entsorgungssektor einfach katastrophal ist, und daß die kriminellen Praktiken der Bonner Parteien gerade auf diesem Sektor radikaler sind als wir es je sein könnten. Diese Einsicht (und keineswegs unmittelbare Betroffenheit)

führte in der Vergangenheit zur Solidarität mit den unmittelbar Betroffenen (und zu 100 000 Demonstranten in Hannover), was wiederum massiven politischen Druck erzeugt und den Politikern die Durchsetzung ihrer Pläne erschwert hat. Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß das Übermachtsskonzept des Staates selbst gegen friedliche Großdemonstrationen (Kalkar) oder sonstige gemeinsame Aktionen (1004) und zudem die Hetze der Politiker, z.B. über die angeblich gewünschte Schlacht um Gorleben, den Gedanken nahelegt, es lieber nicht mehr darauf ankommen zu lassen, und das absolute Schwergewicht auf dezentrale Aktionen zu legen.

Andersherum wird allerdings ein Schuh draus! Gerade weil derartige Aktionsformen in der Vergangenheit konkrete Erfolge bewirkt haben, versucht uns die Gegenseite mit allen Mitteln (s.o.) schon den Gedanken an zentrale Aktionen auszutreiben. **Darauf dürfen wir uns nun wirklich nicht einlassen!** Ohne die externen Zwischenlager ist das Atomprogramm nicht überlebensfähig. Gelingt es den Betreibern, ein einziges dieser Lager durchzubringen, dann haben sie einen Durchbruch geschafft, der den Widerstand an weiteren geplanten Atommülllagerstandorten in die Resignation treiben könnte. **Es ist also nicht übertrieben, wenn wir sagen, diesmal gehts um das Ganze.** Wir müssen deshalb dezentral mit der Unterschriftenkampagne und allen denkbaren öffentlichkeitswirksamen Aktionen

die Voraussetzungen dafür schaffen, daß zentral die Errichtung des ersten anvisierten Zwischenlagers verzögert - besser: verhindert wird.

**Wir würden uns freuen, wenn unsere Stellungnahme zu den ersten beiden Widerstandsvorschlägen eine breitere Diskussion über diese Frage in Gang bringt und stellen gerne unsere Seiten für Erwiderungen, weitere Stellungnahmen etc. zur Verfügung.**

Redaktion von Gorleben aktuell  
c./o. G.Harms  
Sültenweg 57  
2120 Lüneburg

Über 100 Teilnehmer beschäftigten sich am ersten Tag hauptsächlich mit der Enquete-Kommission (Enquete = Untersuchung) des Bundestages, deren Ergebnisse vor einigen Monaten veröffentlicht wurde. Zur Erläuterung: die Enquete-Kommission wurde 1979 nach der Kalkar-Debatte eingerichtet und sollte sich mit Fragen des zukünftigen Energiebedarfs und Möglichkeiten zu dessen Deckung beschäftigen. Die Kommission besteht aus Mitgliedern des Bundestages (alle Parteien) und von diesen berufenen Wissenschaftlern, darunter auch Wissenschaftler, die sich in der Vergangenheit kritisch zur Atomenergie geäußert hatten.

## AG Energie

Die Mehrheit bildeten jedoch die Atomenergiebefürworter. Die Kommission war als Angebot des Bundestages an einige "Dissidenten" der SPD/FDP-Fraktion zu verstehen, die sich gegen eine Weiterführung des Kalkar-Projektes ausgesprochen hatten. Der Schnelle Brüter in Kalkar konnte somit ohne parlamentarischen Widerspruch weitergebaut werden und auch die Kommission hat sich für dessen Weiterbau ausgesprochen.

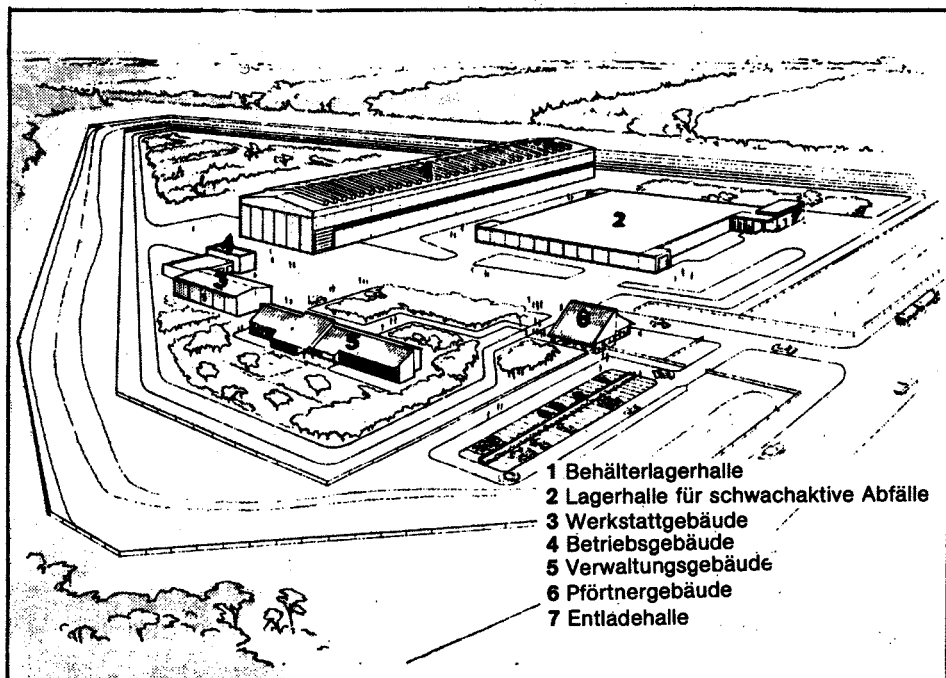
Bezüglich einer zukünftigen Energiepolitik wurde 4 Entwicklungspfade vorgestellt, die von einem verstärkten Energieeinsatz mit großem Anteil der Atomenergie (Pfad 1) bis hin zu einem Szenario mit starker Energieeinsparung, Einsatz alternativer Energiequellen, Nullwachstum des Rohstoffverbrauchs etc (Pfad 4) reichen. Dazwischen liegen noch 2 abgestufte Varianten.

Wer sich dafür näher interessiert, der kann sich in der Bundeskonzferenz-Mappe noch einmal den entsprechenden Abdruck ab Seite 66 anschauen oder sich die Bundestagsdrucksache Nr.8/4341 besorgen. Soweit zur Enquete-Kommission.

In der Arbeitsgruppe auf der Bundeskonzferenz war ein Mitglied jener Kommission anwesend, nämlich Prof.Ehrenstein aus Bremen. Er wurde als "Kritiker der Atomenergie" in die Kommission berufen. In der folgenden Diskussion ging es vor allem um die Rolle, die er in der Kommission gespielt hat und allgemein um die Funktion kritischer Wissenschaftler. Es ist in der Vergangenheit schon des öfteren passiert, daß sich Landes- oder Bundesregierung "kritische Wissenschaftler" eingeladen oder in Kommissionen berufen haben, um mit ihnen Fragen der Atomenergie "sachlich" zu erörtern. Sie suchen sich ihre Gäste natürlich sorgfältig aus und präsentieren sie der Öffentlichkeit dann als die Kritiker der Atomenergie, als die Repräsentanten der Anti-AKW-Bewegung, um mit ihnen irgendein Theater vorzuführen. Es ist natürlich immer noch eine Sache der betroffenen Wissenschaftler, ob sie auch mitspielen, und wenn ja, wie sie mitspielen. Herrn Ehrenstein wurde vorgeworfen, daß er sich nicht konsequent gegen Atomkraftwerke ausgesprochen habe und lediglich die Abschaltung der AKW's im Kriegsfall gefordert hat. Auch gegen den Bau des Schnellen Brütters hat er in der Kommission nichts unternommen. Man kann Ehrenstein (SPD-Mitglied) nun nicht vorwerfen, daß er an der Kommission teilgenommen hat, und es sei ihm auch zugestanden, daß er energiepolitische Ziele im Sinne der Anti-AKW-Bewegung verfolgt - aber er hat den Part der "kritischen Wissenschaftler" übernommen, der ihm nach Meinung der Teilnehmer der Arbeitsgruppe nicht zusteht.

Die Tatsache, daß solche Kommissionen überhaupt gebildet werden, ist auf die Stärke und

## Betriebskizze: Zwischenlager Gorleben



# Bundeskonzferenz der Anti-AKW-Bewegung

den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung zurückzuführen, und da können wir nicht akzeptieren, daß einige Wissenschaftler **selbsternannt** auf höchster Ebene für uns verhandeln wollen. Wir erwarten von Leuten, die als Kritiker in solche Kommissionen gehen, daß sie sich vorher das Vertrauen von einer Bundeskonferenz oder ähnlichen Gremien einholen. Dann ist es auch nicht nötig, solche faulen Kompromisse zu machen, wie sie Herr Ehrenstein nach eigenem Bekunden gemacht hat, um die Arbeit nicht platzen zu lassen.

Nach der Diskussion wurde eine Resolution verabschiedet, die jedoch aus Zeitgründen dem Gesamtplenium der Bundeskonferenz nicht vorgelegt werden konnte (siehe nebenstehenden Abdruck).

## Resolution der AG Energiepolitik

Die Bundeskonferenz der BIs betrachtet die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Bundestages als Versuch der Bundesregierung, eine neue Phase des sogenannten kritischen Bürgerdialogs zu eröffnen. Dies ist als eine Reaktion auf das gewachsene Umweltbewußtsein der Bevölkerung und die Stärke der BI-Bewegung anzusehen. Die Funktion der Kommission kann in dieser Situation nur sein, die Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik ideologisch zu begleiten und den AKW-Befürwortern neue Argumente an die hand zu geben. In diesem Rahmen ist auch die Mitarbeit kritischer Wissenschaftler in der Kommission zu sehen. Wir meinen, daß

finierbaren Bedarfs zugebaut werden. Ebenso soll die Wiederaufbereitung weiter verfolgt werden. Es sollen Zwischenlager errichtet und die Tiefbohrungen bei Gorleben fortgeführt werden und das wird weiter als ausreichender Entsorgungsnachweis akzeptiert. Auch wird dem Schnellen Brüter in Kalkar keine Absage erteilt. Insofern müssen wir den Bericht der Enquete-Kommission in Bezug auf die weitere Atomenergiepolitik schärfstens ablehnen. Unsere Forderungen sind nach wie vor:

**SOFORTIGER BAU -, PLANUNGS - UND BETRIEBSTOP ALLER ATOMTECHNISCHEN ANLAGEN !!!**

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß selbst diese mehrheitlich aus Atombefürwortern zusammengesetzte Kommission bestätigen mußte, daß eine Energiepolitik ohne Atomenergie möglich ist. Im Hinblick auf den Maßnahmenkatalog der Enquete-Kommission zur Energieeinsparung ist auf die Doppelbödigkeit der Argumentation hinzuweisen:

Die Tendenz des Berichtes geht in erster Linie dahin, wiederum die Bevölkerung zum Energiesparen aufzufordern, während auch die zukünftige Energiepolitik gleichzeitig auf die weitere Verschwendung von Rohstoffen und Energie aufbaut (z.B. Stromwärme, elektrische Wärmepumpen). Dazu ist festzustellen, daß wir alle Maßnahmen, die auf eine wirkliche Einsparung von Rohstoffen und Energie, sowie eine Dezentrale Energieversorgung hinauslaufen, begrüßen, da auch eine nach ökologischen Gesichtspunkten orientierte Gesellschaft sparsam mit Rohstoffen und Energie umgehen muß.

Es muß klar gesehen werden, daß in dem Bericht zwar für die offiziell herrschende Politik Neuigkeiten bzw. Infragestellungen enthalten sind, er aber doch in erster Linie Alibi-Funktion hat. Der vorgeschlagene Kurs für die nächsten 10 Jahre wird letztendend eine Weiterführung der bisherigen Energiepolitik bedeuten, wenn auch in modifizierter Form. Von daher sind viele Empfehlungen der Kommission, die durch Taktiererei zustande gekommen sind, als faule Kompromisse zu werten.

Die Bundeskonferenz weist den Bericht aus diesen Gründen in seiner Gesamtheit als unakzeptabel zurück!

(Diese Resolution konnte aus Zeitgründen nicht mehr auf dem Plenum eingebracht werden. Sie wurde von ca 100 Teilnehmern der AG Energiepolitik bei einer Gegenstimme und 4 Enthaltungen verabschiedet)

## Politik

Im Folgenden ging es um die "Energiekrise" im allgemeinen und um die Energiesparprogramme der Bundesregierung im speziellen. Einigkeit bestand darin, daß wir heute und sofort auf Atomenergie verzichten können, ohne das es irgendwelche Versorgungsprobleme geben würde. Während die Anti-AKW-Bewegung es in den letzten Jahren geschafft hat, daß die Gefährlichkeit der Atomenergie zum politischen Allgemeingut geworden ist, wird von der Gegenseite von der "zwingenden Notwendigkeit der Atomenergie" geredet. Diese Behauptung wird in der Öffentlichkeit in allen Varianten dargeboten, garniert mit Horrorvisionen und Untergangsmymen. Das zeigt in der Bevölkerung immer noch erhebliche Wirkung, obwohl das ganze Argumentationsschema der Atomlobby auf tönernen Füßen steht (die Interessen sind natürlich handfest). Die Anti-AKW-Bewegung hat es bisher nicht verstanden, die berechtigten Ängste der Bevölkerung aufzugreifen und überzeugend zu widerlegen. Wohlgermerkt, es mangelt uns nicht an Argumenten, aber an der Aufarbeitung und massenhaften Verbreitung wurde in der Vergangenheit zu wenig gearbeitet. Die Teilnehmer/-innen der Arbeitsgruppe Energiepolitik schätzten diesen Punkt für so wichtig ein, daß eine Gruppe aus Interessenten gebildet wurde, die sich mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Broschüre beschäftigen will. Das Ziel ist, diese Broschüre - man kann sie auch als erweitertes Flugblatt auffassen - möglichst an alle bundesdeutschen Haushalte zu verteilen (näheres siehe Artikel dazu).

Beim Thema "Energiesparen" schieden sich etwas die Geister. Einige meinten, Energiesparappelle müßten abgelehnt werden, weil sie nur dazu dienen, das Geld aus den Taschen der kleinen Leute zu ziehen. Die überwiegende Mehrzahl war jedoch der Meinung, daß jeder auch nur einigermaßen ökologisch denkende Mensch daran interessiert sein müsse, daß so wenig Energie wie möglich verbraucht wird. Es geht dabei nicht "um den Gürtel enger schnallen", sondern ganz simpel um den **sinnvollen Einsatz von Energie**. Davon ist unser System jedoch noch weit entfernt - und wird es höchstwahrscheinlich noch lange bleiben. Denn die Energiesparprogramme der Bundesregierung betreffen nur den Endverbraucher, ändern aber nichts an der Energieverschwendung im Großen. Dem stehen die Interessen der Energiekonzerne im Wege. So reduziert sich das Energiesparprogramm letztendlich auf ein Ölparprogramm - denn hier schlagen die steigenden Devisenausgaben volkswirtschaftlich hart zu Buche. Die Ölmultis werden für ihre Bereitschaft, keine Verbrauchswerbung mehr zu betreiben, mit höheren Gewinnspannen abgeschmiert.



„In 24000 Jahren ist es nicht mehr radioaktiv. Wenn es nicht vorher umdickt wird, brauchen wir uns keine Sorgen zu machen.“

die Mitarbeit kritischer Wissenschaftler, die von staatlichen Institutionen benannt werden, nur Alibi-Funktion für die AKW-Befürworter erfüllen kann und deshalb abzulehnen ist. Die Mitarbeit kritischer Wissenschaftler wäre nur dann zu befürworten, wenn sie von der BI-Bewegung ernannt und mit dieser rückgekoppelt wären.

Der Kommissionsbericht will den Eindruck erwecken, daß in der Atomenergiepolitik ein neuer Weg beschrritten werden soll und dieser Weg auch für Atomenergiegegner konsensfähig sein müßte. Hier ist jedoch schon aus dem Bericht selber herauszulesen, daß tatsächlich nur das an Atompolitik verwirklicht werden soll, was sowieso heute politisch durchsetzbar erscheint. Es sollen weitere Atomkraftwerke im Rahmen eines unde-

## Letzte Meldung...Letzte Meldung...Letzte Mel-

In Darmstadt fand am 10. und 11. Januar ein weiteres bundesweites Zwischenlager-Treffen sowie erstmalig auch ein Treffen der Gruppe 'Baulinie 80' statt. Leider haben wir von der Atomüllager-Konferenz niemanden mehr erreicht; für die folgenden Informationen über das Baulinie 80-Treffen zeichnet unser Telefonkorrespondent A. verantwortlich.

An zunächst fünf Standorten wollen KWU und Stromkonzerne ihr standardisiertes, neues Reaktorkonzept der 'Baulinie 80' zunächst verwirklichen: in Biblis, Lingen, Ohu, Neckarwestheim und Borken. Hintergrund: auch die Genehmigungsverfahren, Erörterungstermine und Gerichtstermine sollen abgekürzt werden im Sinne der Betreiber versteht sich.

Information und Öffentlichkeitsarbeit hierüber ist dringend notwendig; so lange die Baulinie 80 nicht als strategisches Konzept der Gegenseite erkannt wird, so lange wird es auch keinen unterschiedenen Widerstand geben.

So wurde vereinbart, zunächst eine Broschüre zu diesem Thema zu erstellen, die bis Ende Februar fertig sein soll (Kontaktadresse für Mitarbeit u. Vorschläge: AGU Darmstadt, Lautenschlägerstr. 24, 6100 Darmstadt).

Um die geplanten AKW-Standorte weiter in die Diskussion zu bringen, wurde vorgeschlagen, an allen fünf Orten Osterspaziergänge, bzw. kleinere Demos zu machen. Hierüber soll auf dem nächsten Treffen der AG weiter diskutiert werden.

Eine andere Anregung war, die Erörterungstermine, von denen der erste in Lingen ansteht, seitens der BIs und AKW-Gegner zu boykottieren.

Der Widerstand an den verschiedenen Standorten darf nicht gegeneinander stehen oder gar gegeneinander ausgespielt werden.

# Bundeskonzferenz der Anti-AKW-Bewegung

Dieses Treffen hatte seine Grundlage in den Diskussionen auf der Bundeskonferenz der BI's gegen Atomanlagen am 29./30.11.80 in Bremen. Dort war besprochen worden, den Diskussionsprozess nach der Bundeskonferenz fortzuführen und sich auf nationaler Ebene wiederzutreffen. Unter diesem Vorzeichen waren ca 50 Vertreter/innen aus folgenden Gruppen gekommen:

BI Bockenheim/Rödelheim, BI Osnabrück, Asta Marburg, BUB Bonn, Anti-Atombüro Bochum, BI Stop Kalkar, BUU-Hamburg, BUU Mümmelmanns, BI Umwelt Baden-Baden, WAA-Gruppe Lüneburg, BUU Wandsbeck, BI Mainz-Wiesbaden, AKU Wiesbaden, Autonomes Plenum Hamburg, AKU Schömburg, AKL Pforzheim, AGU Darmstadt, Anti-AKW Kreuzberg/taz, BI Wölfersheim AG Friedberg, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Bremer BI's gegen Atomanlagen BBA, RIGA Regensburg, BI Neuwied/die neue, AKL Rüsselsheim, BI östl.Untermain/Bund LV Hessen, Bundesverband BI's Umweltschutz BBU, BI gegen Atomanlagen Augsburg.

## Nationales Treffen Darmstadt 13.12.80

### Auswertung der Bundeskonferenz:

Insgesamt gesehen wurde die Bundeskonferenz von allen anwesenden Gruppen als sinnvoll angesehen. Die große Beteiligung wurde als Erfolg in dem Sinne betrachtet, daß sich viele Bürgerinitiativen und Gruppen um eine Lösung der Probleme bemühen. Es konnten zwar kaum konkrete Aktionen beschlossen werden, aber es wurden dennoch vor allem in den Arbeitsgruppen konstruktive Diskussionen geführt. Man kann sagen, daß auf der Bundeskonferenz der derzeitige Stand, die verschiedenen Strömungen und die unterschiedlichen Vorstellungen der Anti-AKW-Bewegung zum Ausdruck gekommen sind und daß wir auf dieser Grundlage die Diskussion um die Inhalte und Perspektiven des Widerstandes besser fortführen können.

Die Protokolle der Arbeitsgruppe können bestellt werden bei: **BBA-Laden, St.Pauli-Str.10/11  
28 Bremen**

### Aktionsvorschläge und Projekte:

Für konkrete Ergebnisse war der Zeitpunkt noch zu früh. Die Aktionsvorschläge der AG Zwischenlager werden am 11.1.81 auf dem nächsten Treffen der Standort-BI's weiterdiskutiert. Eine erste Aktion wird in jedem Fall anläßlich der Anhörung zum Zwischenlager Gorleben am 28.1.81 stattfinden. Ebenfalls im Januar gibt es Treffen zur Baulinie 80 (parallel zum Zwischenlagertreffen), zur Energiepolitik und zur Medienarbeit. Auf Initiative der BI Stop Kalkar wird außerdem demnächst ein Treffen zum Schnellen Brüter stattfinden. Die auf der Bundeskonferenz vorgeschlagene Weiterführung der Diskussion über die Frage Anti-Militarismus blieb unklar, weil sich zu dieser Frage keine der anwesenden Gruppen äußern konnte.

### Aktuelle Berichte:

Im Vordergrund standen Berichte aus Brokdorf, Kalkar und Bayern. In Brokdorf formiert sich der Widerstand gegen den Weiterbau des AKW's. Alle in Darmstadt anwesenden Gruppen wollen die Aktivitäten (Weihnachtsdemo, Brokdorf-Treffen, Großdemo) unterstützen. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig verabschiedet. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß wir auf keinen Fall den Fehler machen

dürfen, in der jetzigen Lage den Widerstand gegen das AKW Brokdorf gegen Gorleben, die Zwischenlager oder die Startbahn-West gegeneinander auszuspielen. Alle diese regionalen Standorte brauchen bundesweite Unterstützung, um sich erfolgreich zur Wehr zu setzen. Dabei sind die Voraussetzungen in Brokdorf zur Zeit besonders günstig. Diese guten Voraussetzungen müssen durch eine bundesweite Mobilisierung genutzt werden. Ein Erfolg in Brokdorf wird sich in jedem Fall auch günstig auf andere Standorte auswirken.

Die Vertreter der BI Stop Kalkar wiesen noch einmal eindringlich darauf hin, daß der Schnelle Brüter auch weiterhin ein Stiefmütterchenda-sein in der Anti-AKW-Bewegung führt und das sich die örtlichen BI's ziemlich im Stich gelassen fühlen. Die Bedeutung des Schnellen Brütters - für dessen Betrieb keineswegs eine Wiederaufbereitungsanlage nötig ist - wird in den meisten BI's verkannt. Die BI's um Kalkar wollen versuchen, diesen Zustand zu ändern (u.a. soll im nächsten Atomexpress ein längerer Artikel zum Brüter erscheinen).

Ein Vertreter der bayrischen BIs brachte eine brandaktuelle Meldung mit. Nach Berichten der Zeitung "Die Woche" soll in Bayern eine 1000 t WAA gebaut werden und zwar im Raum Schwandorf-Wackersdorf. Bohrungen haben bereits stattgefunden, ohne Informierung der Öffentlichkeit. Erst kürzlich hatte Strauß in einer Regierungserklärung gesagt: **"Die Staatsregierung erklärt auf Grundlage der Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern am 28.9.79 ihre Bereitschaft, zu prüfen, ob ein geeigneter Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage in Bayern vorhanden ist"**.

Offensichtlich soll es nun ernst mit diesen Plänen werden.

### Selbstverständnis des Treffens:

Über diesen Punkt wurde sehr ausführlich diskutiert. Alle fanden es sinnvoll und notwendig, auch auf nationaler Ebene einen ständigen Meinungsaustausch zu wichtigen Fragen der Bewegung zu gewährleisten. Die speziellen Treffen zu Zwischenlager, Baulinie 80, Energiepolitik usw. können diese Aufgabe ebenso wenig erfüllen, wie die TAZ oder der Atomexpress. Auch ein neuer Rundbrief würde an dieser Situation nichts grundlegend ändern, da man erfahrungsgemäß nur auf Papier auch nicht alles diskutieren kann. Deshalb soll versucht werden, in Zukunft eine Art Nationale Koordination aufzubauen, daß heißt, in halbwegs regelmäßigen Abständen Treffen zu organisieren, an denen sich möglichst viele BI's aus möglichst vielen Regionen und Standorten beteiligen. Das nächste Treffen findet am 14./15.März 81 entweder in Bonn oder Bochum statt.

### Bundesweites Koordinierungsbüro:

Dieser Vorschlag wurde von einigen Mitgliedern der BI-Lüchow-Dannenberg gemacht. Er ist ausführlich in den Protokollen zur Bundeskonferenz abgedruckt. Auf dem Darmstädter Treffen war jedoch keiner der Leute da. In der Diskussion schälte sich die allgemeine Einschätzung heraus, daß es zur Zeit für einen so weitreichenden Schritt kaum Voraussetzungen in der Anti-AKW-Bewegung gibt. Auf den nächsten Treffen soll jedoch noch einmal darüber diskutiert werden.

## AG Medienarbeit

### AG Medien

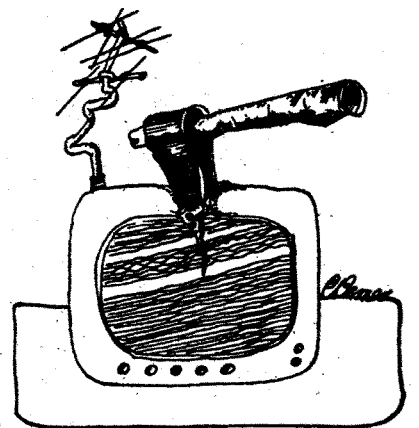
Betrifft: Beschluß der AG 6 "MEDIEN" auf der Buko 80.

In der Medienarbeit - AG prallten folgende Erwartungshaltungen aufeinander. Vertreter der BI's erwarteten Aufschluß über folgende Fragen:

- wie setze ich welche Medien ein?
- welche Filme zu welchen Themen?
- wie kann ich sicher sein, daß der Film für meinen Einsatz geeignet ist?
- wo bekomme ich die Filme her?
- wo bekomme ich Begleitmaterial her?
- wie kann ich Filme bewußter einsetzen?

Die Filmemacher erwarteten sich Aufschluß über folgende Fragen:

- Bodenkontakt (Kontakt zur Basis herstellen)
- welche Filme erwarten die BI's?
- welche unterstützen sie?
- wie stellen sich die BI's vor, daß Filme finanziert werden?
- was tun BI's dafür, daß Filme richtig eingesetzt werden?
- wie weit ist Filmeinsatz eine Konsumhaltung, wie weit stärkt er die Eigeninitiativen der BI's?



Folgender Beschluß an alle BI's wurde abgesegnet: **Wir fordern:** Daß alle BI's für sich einen Verantwortlichen für die Medienarbeit finden. Mindestens ein Mitglied soll sich umfassend sachkundig machen, d.h., das erforderliche Basiswissen sich anzueignen, um mit Filmen und anderen Medien gezielt arbeiten zu können und das Wissen anderen BI-Mitgliedern weiterzugeben.

Die Medienarbeitsgruppe wird auch über dieses Treffen hinaus Kontakt halten und weiterarbeiten. Geplant sind:

1. Kontaktstelle wird eingerichtet, bei der bis Jahresende Name und Adresse der Medienverantwortlichen der BI's eingehen sollen.
2. Kontaktstelle: OLAF ACHILLES  
Höferhof 8/10  
5883 Kierspe  
Als erstes wurde von uns eine Filmliste erstellt für 1981. Die gibts bei der Kontaktadresse oder direkt bei Rolf Karrer, Isestr.55-IV, 2000 HH 13! Für 2.-DM!
3. Ein erstes bundesweites Seminar findet Samstag/Sonntag, den 7./8. Februar 81 in Meinerzhagen (Sauerland) statt. Die Kontaktpersonen (Medienzuständige der jeweiligen BI) möchten sich bitte bei oben genannter Kontaktstelle möglichst sofort schriftlich melden, damit sie eingeladen werden können (Raum ist begrenzt, deshalb nur einer/eine pro BI).  
Tel. 02359/2664

# Bundesweite Kampagne gegen die Energiepolitik der Bundesregierung geplant!

Auf der Bundeskonferenz wurde im Rahmen der Arbeitsgruppe Energiepolitik auch über eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit diskutiert. Es war die einheitliche Auffassung aller Teilnehmenden, daß wir zur Zeit große Schwierigkeiten mit unserer Öffentlichkeitsarbeit haben. Zum einen ist die Informationsarbeit der BIs insgesamt ein wenig ins Stocken geraten, und zum anderen haben wir uns auf die veränderte Schwerpunktsetzung in der Argumentation der Gegenseite immer noch nicht eingestellt. Durch eine ganz massive und kontinuierliche Aufklärungsarbeit während der letzten Jahre ist es uns gelungen, die Gefährlichkeit atomarer Anlagen relativ stark im Bewußtsein der Menschen zu verankern. Die Atomlobby ist daraufhin von ihrer Argumentationskette „Atomstrom ist sauber, billig und umweltfreundlich“ abgewichen. Ihr Hauptargumentationsstrang ist seit einiger Zeit die Frage der „Energienücke“, des „weg vom Öl durch Atomkraftwerke“ – die Frage der Energiesicherung überhaupt. Seit Jahren prasselt die Propaganda in allen nur denkbaren Variationen auf die Bevölkerung herunter. Tagtäglich! „Wir brauchen Atomstrom, woher soll die Energie denn sonst kommen, es gibt keine Alternative, der Restbedarf muß durch Atomstrom gedeckt werden, ob wir wollen oder nicht, es geht nicht anders.“ Die Schmidtsche Formel: „Sowenig Atomstrom wie möglich, so viel wie nötig“ ist in den Köpfen der Menschen verankert. Das merken wir in Gesprächen am Büchertisch, im Privat- und Arbeitsbereich. Das Argument, das es keine Alternative zum begrenzten Einsatz von Atomenergie gibt, ist zur Zeit das Haupthindernis dafür, daß sich nicht noch mehr Menschen mit dem Kampf gegen AKWs identifizieren können.

Wir müssen in unserer Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit stärker als bisher auf die Fragen und Ängste der Menschen eingehen, wir müssen die Propaganda der Gegenseite auseinandernehmen – sie durchschaubar machen – und die wahren Sachverhalte aufzeigen. Gelingt uns

das nicht, bleibt ein großer Teil der Bevölkerung auch weiterhin gläubige Manövriermasse von Regierung und Atomindustrie, werden weiterhin immer wieder schamlos die Ängste der Menschen für die Interessen der Atomindustrie ausgenutzt.

Wir müssen ein überzeugendes Gegenkonzept entwickeln.

Es reicht nicht aus, aufzuzeigen, daß AKWs völlig überflüssig sind, daß sie unrentabel sind und daß es genügend anderer Energiequellen gibt. Wir müssen auch die Frage beantworten, warum denn dann überhaupt AKWs gebaut werden, und wir müssen dann zwangsläufig das gesamte System der Energieversorgung mit seinen Entscheidungsstrukturen und Verzerrungen kritisieren, und wenn möglich, Alternativkonzepte entwickeln.

Das heißt, wir müssen eine umfassende Argumentation leisten.

In der Arbeitsgruppe Energiepolitik wurde dieser Frage eine so große Bedeutung für unsere Arbeit und unseren Widerstand beigemessen, daß auch die Möglichkeiten einer neuen Qualität in der Erstellung und Verbreitung unserer Gegenargumentation diskutiert wurden. Es war allen klar, daß jede einzelne Bürgerinitiative diese Arbeit nicht oder nur unzureichend leisten kann. Um wirklich in der Frage Energiepolitik einen entscheidenden Einbruch im Bewußtsein der Bevölkerung zu schaffen, müssen wir neue Wege gehen.

Als beispielhaft wurde in der Diskussion die Kampagne der OOA (Organisationen til Oplysning om Atomkraft) in Dänemark genannt.

Eine Gruppe von OOA-Mitgliedern hatte innerhalb von fünf Monaten eine 16-seitige, reich bebilderte Informations-Broschüre erstellt (Titel: Dänemark ohne Atomkraft), die in leicht verständlicher Sprache Möglichkeiten einer zukünftigen Energieversorgung des Landes ohne Atomstrom aufzeigte und damit das 'Hauptargument' der AKW-Betreiber in der ganzen Welt auseinandernahm; andere Themen des Heftes,

das im übrigen im Vierfarbdruck produziert wurde, um es auch optisch attraktiv zu machen, waren die gesundheitliche Gefährdung und die Arbeitsplatzproblematik.

Ziel der OOA war es, die Broschüre innerhalb eines möglichst kurzen Zeitraums und zusammen mit einem konzentrierten Feuerwerk von Aktionen, Veranstaltungen und Informationen unter die Leute – und das hieß: an alle 2,3 Mio. dänischen Haushalte – zu bringen. Die finanziellen und organisatorischen Probleme wurden dabei wie folgt gelöst:

es wurde beschlossen, die Kampagne innerhalb eines halben Jahres ablaufen zu lassen und die Verteilung in sechs großen Schüben zu organisieren. Dafür wurde das Land in ungefähr 130 Bezirke aufgeteilt, deren Grenzen und Größe von der jeweiligen Struktur, bzw. Stärke der örtlichen OOA-Gruppen abhing; die 500.000 Exemplare der ersten Auflage wanderten Mitte November 79 in die Briefkästen der Haushalte in 20 ausgesuchten Bezirken. Zusammen mit den Broschüren wurde ein Zahlungsvordruck verteilt, in dem alle Empfänger gebeten wurden, mindestens 10 Kronen (ca. 4DM) zu spenden, um den Druck der nächsten Auflage finanzieren zu helfen und damit eine landesweite Verteilung zu gewährleisten.

Wir wollen nun versuchen, eine ähnliche Kampagne in Deutschland auf die Beine zu stellen. Auf der Bundeskonferenz hat sich eine Arbeitsgruppe konstituiert, die diese wichtige und schwierige Aufgabe konkret anpacken will. Ein erstes Treffen dazu findet am 31.1/1.2. in Hannover im Raschplatzpavillon um 13 Uhr statt. Alle Interessierten sind dazu eingeladen. (TeilnehmerInnen sollten sich unbedingt beim Göttinger Arbeitskreis anmelden)

Das ganze Projekt, soll es wirklich realisiert werden, wird sehr viel Einsatz, Kraft und Optimismus erfordern. Es kann nur gelingen, wenn sich viele AKW-Gegner daran beteiligen.



**Mensch, leg noch einen Zahn zu – dann können wir das Atomprogramm doch noch verhindern!**

# ZUR EINSCHÄTZUNG DES KAMPFES

Den nachfolgenden Artikel von Lars Hennings haben wir dem Anhang zur Materialmappe für die Bundeskonferenz entnommen.

Mit der Auseinandersetzung um das AKW Brokdorf wuchs die Anti-AKW-Bewegung, die bis dahin von vielen Einzelinitiativen getragen worden war, zu einer bundesweiten sozialen Bewegung zusammen. Organisatorisch wurde das an der vom AK Brokdorf im Januar 1977 einberufenen ersten Bundeskonferenz in Wilster konkretisiert, was im spontanen massenhaft anschwellenden Kampf gegen die Nacht- und Nebelaktion an der Untereibe am 26.10.76 an Widerstandswillen in der westdeutschen Bevölkerung sich entlud. Regional- und Landeskonferenzen in Norddeutschland waren dem vorausgegangen.

Inhaltliche Begründung für die Einrichtung formaler Entscheidungsgremien war für die örtlichen Gruppen ein Problem, das in der vorbereitenden Diskussion wieder - wenn auch nicht so krass - in Gorleben auftauchte: die Überfremdung der Trägergruppen des örtlichen Widerstands und die 'Gewaltfrage', die zumeist völlig abstrakt geführt zum ideologischen Prüfstein gemacht wurde. Dieser Konflikt bestimmte bereits die erste Bundeskonferenz (vgl. die Stellungnahme der BUU in Brokdorf in der FR v. 5.2.77) und war bei der damals berühmt-berüchtigten 'Spaltung' vor der Doppeldemo Brokdorf/Itzehoe entscheidend.

Die Diffamierungen der gesamten Anti-AKW-Bewegung und insbesondere der Brokdorfermonstranten vom Februar 1977 durch die bürgerliche Propaganda, aber auch Teilen des BBU (Wüstenhagen), hatte im gegenüber jenen in Brokdorf eher noch konservativeren Trägern des Widerstandes in Lüchow-Dannenberg, die auch beim Entscheid für Gorleben noch keine eingearbeitete BI waren, seine Wirkung nicht verfehlt. Zur ersten größeren Besprechung über den Widerstand gegen die Entscheidung der Landesregierung Niedersachsen, die nach der spontanen Autodemo stattfand, wurden fremde Teilnehmer nur nach Gesichtskontrolle zugelassen. Dort wurde der Startschuß zur ersten Großdemo in Gorleben am 12.3.77 gegeben, die bekanntlich außerordentlich ruhig verlief, zwar bei geringer örtlicher Beteiligung, aber doch unter deutlich zur Schau gestellter Zustimmung vieler Anwohner.

Die Lehren, die die BI Lüchow-Dannenberg - vielfach auch zugereiste 'Emigranten' - aus den Konflikten um Brokdorf zog, schienen sehr vernünftig, weil mit verschiedenen Maßnahmen ein Aufeinanderzubewegen unterstützt wurde, z.B. mit dem Ausbau des bei der ersten Großdemo begonnenen Spielplatzes, der Bäumeplanzaktion usw.

Einerseits entwickelte sich im Landkreis derart abgesichert ein beachtenswerter Widerstand der örtlichen Bevölkerung, z.B. bei der Besetzung der eigenen Genossenschaft, als dort Bohrfahrzeuge abgestellt wurden, die auch mit einer vernünftigen Zielsetzung - keine Gastrechte für die Betreiberseite auf dem Gelände unserer Genossenschaft - zum

Erfolg geführt wurde, statt sie an unerfüllbare Forderungen - z.B. Weg mit dem Atomprogramm, oder zumindest die Zusicherung zu verlangen, daß in Gorleben keine WAA gebaut werde - zu binden, wie es zum Teil von auswärts gefordert worden war. Andererseits hatte sich für die Blockadeaktionen auch ein ganz guter Ansatz der Zusammenarbeit mit Ortsfremden entwickelt. Ein Lernprozeß, der durch die große Hannover-Demo, bei der die eigene Profilierung der BI in ihrem Landkreis eine wichtige Rolle bei dem Treck spielte, einen bedeutenden Höhepunkt fand.

Aber schon bei der Bundeskonferenz in Braunschweig im Februar 1979 hatten Vertreter/innen der BI Lü.-Da. Schwierigkeiten damit, anderen Strömungen ihren oft als prinzipiell verstandenen Widerstand gegen eine neue Großdemo bei einem Baubeginn zu erläutern. Selbst bei Vertretern der BUU Brokdorf, die seit der Auseinandersetzung dort stets den örtlichen Trägern des Widerstandes besondere Rechte einräumen wollten, stieß diese Haltung auf Kritik. In einem Rundschreiben des AK Brokdorf hieß es dazu:

„Andererseits ist sicher richtig, daß es Regierung und Industrie gelungen ist, vor Ort eine gewisse Skepsis vor solchen Aktionen zu erzeugen. Wer wüßte das besser als wir in Brokdorf. Gerade darum sind wir aber für solche Demos - gerade im Moment in Gorleben und bei einem Weiterbau in Brokdorf auch dort. Wie anders soll Skepsis abgebaut werden, wenn nicht durch gute Erfahrung.“

Und bei der auf die Braunschweiger BK folgenden Diskussion einer solchen Demo in Gorleben wurde insbesondere auch die Rolle einer örtlichen BI dahingehend bestimmt, solche Skepsis in der örtlichen Bevölkerung abzubauen. Sie müsse in beide Richtungen als Vermittler der unterschiedlichen Strömungen auftreten und dürfe nicht einseitig

gegenüber solchen Bedenken abwiegeln. Denn nur in der konstruktiven Kombination beider Teile der Bewegung ließe sich Widerstand in dieser Dimension gesellschaftspolitischer Bedeutung dynamisch eskalieren. Gegen solche Vorstellungen hat sich die BI Lü.-Da. unseres Wissens auch nie prinzipiell gestellt.

Im konkreten waren die Vertreter/innen der BI dann aber mit zwei extremen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung konfrontiert: einerseits hatten sich in den Freundeskreisen zu Gorleben besonders jene Gruppen zusammengefunden, die Gewaltfreiheit dogmatisieren (u.a. Graswurzel); sie stellten später bei den 'Trebel-Treffen' zumeist die Mehrheit. Andererseits hatten die Autonomen (u.a. AK pol. Ökologie Hamburg) sich für etliche Aktionen gegen die Probebohrungen dort eingerichtet. Wie schon in Brokdorf führten sie dabei manche Diskussion mit ihrer kompromißlosen Forderung nach Freizügigkeit für jede Form 'praktischer' Aktion ins absurde und verstärkten dabei für manchen erneut die Furcht vor unkontrollierter Gewalt. Das mag dazu beigetragen haben, daß bei der Demo gegen die Einrichtung der ersten Tiefbohrstelle schon das völlig harmlose Umstürzen eines SUV auf die eigene Anerkennung durch die weise die Wagenburg aus VW-Bussen anzustecken - zum etwas panischen Abbrechen der Kundgebung durch die BI führte. Jedenfalls stützt dieses Ereignis die Annahme, die BI Lü.-Da. ist im eigenen Bereich gar zu intensiv auf die eigene Anerkennung durch die Bürger orientiert und kämpft nicht genug um die Durchsetzung eines nationalen Konzepts der Verhinderung der WAA, was durchaus auch zu Konflikten mit Teilen des örtlichen Widerstands führen könnte. Hier wird wohl die entscheidende Begründung dafür liegen, daß die hervorragende Aktion mit der Besetzung des Bohrlochs 1004 durch die Freie Republik Wendland



# UM DAS BOHRLOCH 1004



bei der Räumung zumindest ein großes Fragezeichen in den Raum stellte: Wo war die örtliche Bevölkerung, wo der Anteil der Landwirte, die in Hannover noch so grandios aufgetreten waren? Gewiss, es waren etliche, zumeist junge Leute der ländlichen Bevölkerung auf dem Platz, zwei bekannte Persönlichkeiten von dort hielten kurze Beiträge, während wir auf die Räumung warteten. Einige von ihnen hatten sich also an der Republik selbst beteiligt. Aber durfte das das Ziel der Demonstration der Gemeinsamkeit von örtlichem Widerstand und nationaler Anti-AKW-Bewegung bleiben? Ganz sicher

nicht. Zumindest hätte man den Aufmarsch der Polizei, wenn schon nicht behindern, so doch demonstrativ beobachten müssen. Die Demonstranten des Landkreises nach Hannover mit einer Vielzahl von Schleppern hätten zumindest statt Gruhls auf dem Feldherrnhügel stehen müssen und um die Polizei herum. Sie – nicht die Presseleute – hätten uns dadurch unterstützen müssen, daß sie zumindest den Bullen auf die Finger schauten. Daß natürlich in einer solchen Situation hätte versucht werden müssen, auch von außen die Räumung zu verhindern, braucht aber jetzt nicht weiter ausgeführt zu werden.

Trotz völlig anderer Vorbereitung als z.B. damals in Brokdorf kam also am Ende nichts anderes heraus: Überfremdung der Aktion, wenn sie in Gorleben von der Bevölkerung auch ganz anders empfunden worden sein mag. Was das eigentliche Ziel sein muß – akzeptiert mensch, daß die völlige Lösung des Problems nicht anstand, den örtlichen Widerstand in der Aktion selbst, in der Erfahrung mit direkter Auseinandersetzung zu entwickeln, wurde kaum aktualisiert. Offensichtlich haben die meisten der in Lüchow-Dannenberg zum Widerstand bereiten Menschen, die Platzbesetzung nicht als ihre angesehen. So blieb es eine recht gute Werbeanstaltung, aber kein Kampf wurde getragen. Und auf dieser Ebene haben jene recht, die jetzt von Resignation sprechen. Bei

diesem Schaukampf blieb der Favorit auf der Strecke.

Dabei geht es bei diesen Feststellungen keineswegs darum, als Alternative den militanten Kampf zu propagieren und rückwärts von hinten ins Auge zu treffen, wie die Autonomen, die jetzt sagen: Haben wir gleich gewußt. Wir kritisieren an dieser konkreten Auseinandersetzung nicht das ganze Konzept, das von einer nicht-militanten Aktion ausging. Die Platzräumung von 1004 hat aber gezeigt, daß eine zu abstrakt geführte Debatte um 'Gewaltfreiheit' ähnliche Auswirkungen hat, wie die von 'Militanz'. Beide sind statisch und lassen einer dynamischen Anpassung an eine konkrete Situation keinen Spielraum mehr. Insbesondere die Einführungskurse am Abend vor der Räumung

mit einer völlig defensiven Einstellung der Anreisenden („wenn die grob werden, hören wir sofort auf“) vermittelten den Eindruck, bei dem ganzen Tun handele es sich um ein 'Gewaltfreienseminar' – die kommende Niederlage wurde vorweg vermittelt.

Wir kritisieren das Konzept der BI Lüchow-Dannenberg auf deren eigener Grundlage, die gemeinsame Aktion von örtlicher und ortsfremder Bevölkerung zu entwickeln. Es geht nicht um die Grundsatzfrage – das wäre eine andere Debatte, ob womöglich demonstrativ große Knüppel geschwungen worden wären. Es wurde nicht (um es mit Marx zu sagen) von den wirklichen Individuen, ihrer Aktion und ihren materiellen Lebensbedingungen ausgegangen, von denen wir in erster Linie den Widerstand vor Ort erhofft hatten. Der ländlichen Bevölkerung, die überwiegend körperlich arbeitet, kann sicher ebensowenig relativ spontan wie Arbeiter oder z.B. auch den wirksam gegen Umweltzerstörung kämpfenden Elbfischern, ein mittelschichtstypisches Konfliktsystem vermittelt werden, wie es die abstrakt begründete Gewaltfreiheit darstellt. Gewaltfreiheit im 'natürlichen' Sinn,

wie der Begriff in den Brokdorfer Auseinandersetzungen noch verwandt wurde, ist für die Aktion solcher Leute erst einmal ganz selbstverständlich, die im Leben gelernt haben, daß es vor allem ihre Energie und Kraft ist, auf die es ankommt. Aber das bedeutet doch gerade, anzuerkennen, wie hilflos man sie machen würde, wenn sie gerade in entscheidenden Konflikten – und zumal in von ihnen selbst zu Recht als Notwehrsituation empfundenen – darauf verzichten und stattdessen zu gerade einstudierten Verhaltensweisen greifen sollen. In Wyhl, wo z.B. ein von Polizei besetzter Platz von den Leuten wieder geräumt worden ist (so ganz dogmatisch gewaltfrei?), in den entsprechenden französischen Konfliktgebieten, aber jüngst auch bei den Elbfischern, konnte das doch deutlich beobachtet werden. Als z.B. in Brunsbüttel die Fischer ein Abwasserrohr von Bayer öffneten, und ein zuvor noch ganz jovial klönender Polizist das handgreiflich verhindern wollte, wurde er flugs mit einem heftigen Stoß zur Ruhe gebracht, was die Entschiedenheit durchaus förderte, ohne Wasserproben nicht wegzugehen. In Gorleben hat eine Frau von einem Vorfall erzählt, bei dem sie von einem Polizisten übel beschimpft worden ist, so daß ihr Mann wütend auf die Losgehen wollte. Er wurde aber 'zur Vernunft' gebracht und dann ob dieser Demütigung weinend weggeführt. Vielleicht hätte es seine Kampfkraft eher gestärkt, wenn er mal kräftig zugelangt hätte, obwohl er dabei mehr eingesteckt als ausgeteilt hätte. Menschen dieser Art, die seit Jahrhunderten ihre Heimat mit harter Arbeit kultiviert und erhalten haben, legen sich angesichts einer jugendlichen Knüppelgarde doch nicht auf den Rücken und warten auf das Wegtragen.

Es gibt aber eine zweite Linie der Kritik am Ablauf der Platzräumung: die an der Nachbarbeitung. Der hohe Werbeeffekt der Aktion ist unbestritten – nur verpuffte, was an öffentlicher Meinung dabei mobilisiert worden war völlig, abgesehen von einigen Botschaften. Ganz im genannten Sinne, Widerstand in der Aktion zu entwickeln, gesellschaftliche Dynamik planvoll auf den Punkt zu bringen, bleibt völlig unverständlich, warum nicht unmittelbar versucht wurde, die bei der Räumung fehlende Präsenz der örtlichen Widerständler nachzuholen, warum nicht Aktionen ähnlich der schon früher dort gemachten aus Protest über die Räumung im Landkreis durchgeführt worden sind. Und vor allem: nach dieser gewaltsamen Räumung hätte zu einer bundesweiten Demo aufgerufen werden müssen, wenn nicht auf dem Platz – das hätte man ausprobieren müssen – so doch so dicht dran wie nur möglich. Erst das Versanden ohne weiteres hat Resignation aufkommen lassen. Hat denn die unglaublich brutale Räumung des besetzten Bauplatzes in Brokdorf 1976 Resignation aufkommen lassen? Nein, es wurde im Anschluß daran eine bis dahin ungekannte Masse von Leuten dorthin mobilisiert, die zum Teil unendlich lange Wege gelaufen sind, um dorthin zu gelangen.

Lars Hennings, BUU Krempe

## Schleichende Kriminalisierung

Einzelne Teilnehmer der Demonstration gegen das AKW in Grohnde vom März 1977 sitzen immer noch im Knast (und geraten immer mehr in Vergessenheit). Ihre Prozesse damals wie auch die gerichtlichen Auseinandersetzungen um die Zahlungsbefehle (Brokdorf + Grohnde Anti-Atom-Dörfer, Grohnde-Demo) fanden viel Beachtung in der Anti-AKW- und sonstigen Öffentlichkeit.

Ganz anders verhält es sich jedoch mit vielen „kleineren“ Repressionsmechanismen, besonders beim Versammlungs- und Demonstrationsrecht, das durch Auflagen immer mehr eingeschränkt wird. Dies bietet die Basis für eine schleichende Kriminalisierung:

- So wurde in Münster ein Versammlungsleiter verurteilt, weil er nicht dafür gesorgt hatte, daß die Demoteilnehmer in 4er Reihen marschierten.
- In Koblenz klagte man einen Demoleiter an, er hätte nicht dafür gesorgt, daß sich die „Versammlungsteilnehmer nicht durch Masken oder ähnliche Maßnahmen unkenntlich“ machten. Außerdem sollte er die Personalien (Geburtsort etc.) aller eingesetzten Ordner an die Polizei übergeben.
- In Lingen wurde verfügt, daß zwischen jeweils 1000 Demonstranten, die im Block zu marschieren hätten, ein Polizeifahrzeug fahren müßte.
- Für einen Teilnehmer einer Blockade in Lüchow-Dannenberg forderte die Staatsanwaltschaft 2 Monate Knast und drei Jahre Bewährung; in Oldenburg forderte sie 9 Monate ohne Bewährung für einen AKW-Gegner, der sich an einer Gleisbesetzung beteiligt hatte.
- In Würzburg stellte das Verwaltungsgericht jetzt fest, daß die Polizei die Weiterreise von Demonstranten zum Zielort unterbinden darf (am Beispiel der Brokdorf und Kalkardemos 1977); diese waren damals in einem extra „Auffanglager“ zusammengepfercht und festgehalten worden.

Vorfälle solcher Art gehören scheinbar schon zur Tagesordnung; eine breite Auseinandersetzung über sie findet immer weniger statt. Gewöhnen wir uns langsam aber sicher an solche Formen von Kriminalisierung, so daß wir uns gar nicht mehr darüber aufregen?

**Die Prozeßgruppe des Arbeitskreises Umweltschutz Münster will die Tendenzen und Zusammenhänge dieser schleichenden**

## Acht Monate Knast?

Ein Lastwagen mit Kranteilen, die fürs AKW Grohnde bestimmt waren, wurde zu Zeiten des Anti Atom Dorfs Juni bis Aug. 77 eines Tages in aller Früh gestoppt und abgeladen. Da bei wurden Teile, die als wesentlich erkannt wurden, auch kaputtgemacht. Einem der angeblich dabei Beteiligten, Gerd K., wurde 1978 in Hameln der Prozeß gemacht. Er bekam damals acht Monate ohne Bewährung! Jetzt geht die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht in Hannover los. Wir können zu einer regen Beteiligung leider nicht aufrufen, weil unser Drucktermin genau in dieser Woche liegt, in der der Prozeß stattfinden soll. Wir wünschen Gerd von hier Freiheit und Glück und werden im nächsten Atom Express über die Verhandlung berichten.

**Kriminalisierung überregional verdeutlichen, um auch den Widerstand dagegen zu erleichtern (z.B. Prozeßführung, konstruktiver Widerstand).**

**Bitte schickt uns Materialien, Prozeßberichte über die Situation und Vorfälle in euren Städten! Wir wollen sie sammeln und eventuell eine Broschüre dazu herausgeben.**

**Kontaktadresse: Micky Lohmann, Uphoven 10, 4405 Nottuln.**



## Erklärung von Festgenommenen des 6. Mai in Bremen

Am 6. Mai fand in Bremen im Weserstadion eine öffentliche Rekrutenvereidigung statt. Seit 25 Jahren ist die BRD in der Nato.

Seit 25 Jahren gibt es die Bundeswehr.

Solange wir denken können, herrscht Krieg in der Welt.

Krieg in Vietnam, Krieg im Iran, Krieg in El Salvador

- aber auch

Krieg gegen unsere Lebensinteressen, direkt vor unserer Haustür: Umweltverschmutzung, Energieverschwendung, Zerstörung von Wohnraum.

### Wir leben mit dem Krieg und im Krieg

Anfang des Jahres 1980 rückte angesichts der mißglückten Geiselnbefreiung in Iran der dritte Weltkrieg, in dem es um die Sicherung 'unserer' Rohstoffe und Absatzmärkte geht, immer näher. Unter dem Deckmantel der 'Friedenssicherung' laufen die Vorbereitungen zum nächsten Weltkrieg auf Hochtouren. Wir wissen, was Nato und Bundeswehr unter 'Friedenssicherung' verstehen: Die Nato ist ein Bündnis, das über die Rohstoffländer herfallen wird, sobald diese nicht mehr so spüren, wie die Industrieländer - vor allem USA und BRD - das wollen. Aber solche Kriege können sie nur führen, wenn sie Ruhe im Hinterland haben. Diese nötige Ruhe wollen wir ihnen vermessen.

### WIR WOLLEN KEINE KRIEGE

Öffentliche Vereidigungen sollen die Bevölkerung auf militärische Auseinandersetzungen einstimmen. Wir können Kriege aber nur verhindern, wenn wir auch schon die Propaganda dafür verhindern.

So haben wir eine Demonstration zum Weserstadion gemacht, an der ungefähr 12.000 Menschen teilgenommen haben. Wir wollten unserem Protest gegen die Kriegshetze Ausdruck verleihen und das ganze Militärspektakel, wenn möglich, verhindern.

So sind Leute ins Weserstadion gegangen und haben dort durch Krach versucht, die Schau zu übertönen. So wurden Bundeswehrfahrzeuge zerstört und die Bürgerkriegsarmee der Polizei mit Steinen auf Abstand gehalten. Das war die klare Antwort der Demonstranten auf Kriegstreiberei. Diese Art des Protestes und der Gegenwehr halten wir für richtig und gerechtfertigt, unabhängig davon, wie wir uns selber verhalten haben.

Die Reaktion des Staates darauf war die härteste, die wir je nach einer Demonstration erlebt haben. Es gab zig Hausdurchsuchungen, gegen 52 Menschen wird nach unserem Wissen namentlich ermittelt. Es wird etliche harte Prozesse geben.

Für diese Reaktion des Staates gibt es viele Gründe:

1. Die Ruhe im Land muß wieder hergestellt werden, die durch diesen massiven Protest gegen die Nato-Huldigung empfindlich gestört worden ist. Gäbe es bei uns eine konsequente Bewegung gegen Nato und Krieg, so wäre eine Beteiligung der BRD an Kriegen in Rohstoffländern zumindest sehr erschwert. Daß die Nato gerade für solche Kriege da ist, hat sich wieder an der Beteiligung an dem faschistischen Putsch in der Türkei gezeigt. Dieser war notwendig, weil die Situation in dieser Region durch die islamische Revolution in Iran und auch durch die Zustände in der Türkei selbst für die westlichen Industrieländer unsicher geworden war.

2. Um die nötige Ruhe zu haben, muß jede Art von Widerstand ausgeschaltet werden. Dazu gibt es zwei grundsätzliche Möglichkeiten: Entweder er wird integriert oder er wird zerschlagen. Widerstand, wie der am 6. Mai, kann nicht integriert, sondern nur zerschlagen werden. So versuchen sie, die gesamte Linke durch Knüppel, Prozesse und Knast zu zerschlagen.

3. Da die Wahlen vor der Tür standen, mußte die SPD diese Schlappe wieder gut machen, indem sie sich erneut als 'starke' Partei profilierte.

4. Hinzu kommt die besondere innenpolitische Situation in Bremen: Hier gibt es Krach innerhalb der SPD in der Frage der 'harten' und der 'weichen' Linie. So hat der Polizeipräsident Diekmann ein Papier herausgegeben, in dem seine Strategie klar wird, mit der er „bis Frühjahr 1981 in Bremen aufgeräumt“ haben will (Zitat Diekmann). Die SPD hat den 6. Mai zum Anlaß genommen, die Harte Linie gegen den Widerstand in Bremen durchzusetzen.

So werden jetzt einige von uns stellvertretend für alle vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Sie hoffen, daß alle anderen sich dadurch einschüchtern lassen und jeder Widerstand gegen ihre menschenverachtende Politik aufhört. Damit haben sie sich aber verrechnet.

**Unsere Demonstration vom 6. Mai war logische Konsequenz aus unserer Betroffenheit  
WIR lassen uns nicht kleinkriegen. WIR WOLLEN LEBEN!  
Deshalb wehren wir uns weiter gegen Kriegshetze, Unterdrückung, gegen Ausbeutung  
und die Zerstörung unserer Umwelt.**





## Duisburg nach Gorleben-Räumung

Am 4.6.80 besetzten Duisburger AKW-Gegner den seit 20 Jahren leerstehenden Bunker am Johannismarkt (Marxloh), um damit gegen die Räumung in Gorleben zu protestieren. Die Besetzung sollte zunächst eine Woche dauern. In dieser Zeit wurde die Bevölkerung durch Informationsveranstaltungen auf die Gefahren der Atomenergie aufmerksam gemacht.

Doch der Bunker entwickelte sich zum Treffpunkt. Es bildeten sich Gruppen, die überlegten, wie der Bunker sinnvoll zu nutzen ist: Proberäume, Frauengruppe, Straßencafe, Jugendtreff ua. Viele Jugendliche sahen durch die Besetzung des Bunkers die Möglichkeit, endlich einmal ihre Interessen selber in die Hand zu nehmen...

Doch die E-Werke drehte uns nach 5 Tagen den Strom ab. ...die Polizei fotografierte und bespitzelte die Besetzer, ...und die Stadt reagierte ausschließlich mit Ablehnung und Räumungsdrohungen auf unsere Forderungen, den Bunker in ein unabhängiges und selbstverwaltetes Stadtteilzentrum auszubauen. Ohne die nötigen Gelder für den Umbau, sahen wir uns letztendlich gezwungen die Besetzung nach 10 Tagen abzubrechen.

Soweit original aus dem Duisburger Anti-AKW-Rundbrief.

## Ratgeber für Gefangene

Ein Projekt, das nun schon über drei Jahre vor sich hingärt und immer mal wieder durch Aufrufe zur Mitarbeit, Zwischenmeldungen und leider auch folgenlosen Erscheinungsankündigungen von sich hat hören lassen, ist nun – von vielen bereits totgeglaubt – doch noch in das entscheidende Stadium getreten: Der «Ratgeber für Gefangene» mit Ratschlägen zur Selbsthilfe und Überlebensstrategien, in den viele Gefangene – bekannte und unbekannte, sog. politische und sog. soziale, „nicht re-sozialisierbare“ und „Querulanten“ – ihre unterschiedlichen Erfahrungen eingebracht haben. Mitgearbeitet haben außerdem Mediziner, Juristen, ehemalige Anstaltspfarrer und andere. Während wir anfangs vorhatten, uns auf medizinische und juristische Ratschläge zu beschränken, haben die vielen Anregungen und Beiträge von Gefangenen dazu geführt, daß nun die verschiedensten Bereiche des Eingesperrtseins mit ihren Möglichkeiten, in den Knastalltag einzugreifen, behandelt wurden. Der Ratgeber ist aber nicht nur ein technisches Handbuch, sondern versteht sich auch als Beitrag zu inhaltlichen Auseinandersetzungen mit der Institution Knast und ist bestimmt nicht nur für Gefangene lesenswert. Der jetzt erschienene erste Teil (254 Seiten in einem Din A 5 Ordner eingelegt) kostet 20,-DM. Der Ergänzungsteil, der im nächsten Frühjahr herauskommt (weitere 350 Seiten ohne Ordner) kostet weitere 17,-DM. Im Abo beide Teile für 35,-DM. Ein begrenzter Teil der Auflage steht Freunden und Angehörigen von Gefangenen zum ermäßigten Preis von 20,-DM für das gesamte Werk im Abo sowie Gefangenen als Freilexemplare zu Verfügung. Bestellungen (gegen Vorkasse) an: Verlag Libertäre Assoziation, Ottenser Hauptstr. 35, 2000 Hamburg 50, PSchA Hamburg, Kontonr.:437937-200 oder per Scheck.

Fünf Monate später trudelten bei vielen Leuten Vorladebriefe der politischen Polizei ein, sich zu den Vorgängen um die Bunkerbesetzung im Juni persönlich zu äußern. Die Duisburger schreiben dazu: die Briefe würden nun schon in der 3. oder 4. Runde von der Polizei verschickt an Menschen, die direkt, indirekt oder gar nichts mit der Bunkerbesetzung zu tun hatten. ....Mit den unterschiedlichsten Mitteln versuchen sie aus einem was rauszukriegen. Je nach Lust und Laune kommen sie dir kameradschaftlich bis brutal. Und nichts ist schöner für sie, wenn sie jemanden erwischen, der/die nicht nur über sich, sondern auch über andere Leute plaudert. Aus der kleinsten Bemerkung holen Polizei/Staatsanwaltschaft was raus und zimmern irgendwelche Anklagen zurecht, denn Paragraphen, gegen die mensch verstoßen kann, gibt es zur Genüge.

**Also merke:** Keine Aussage vor der Polizei, lieber erst mit 'nem Anwalt reden. Da hast du ein Recht drauf. Folgende Angaben mußt du nur machen: Name, Adresse, Beruf (nicht Arbeitsplatz!)"

An dieser Stelle sei noch einmal auf die **Rechtshilfebroschüre** des Ermittlungsausschusses der BUU-Hamburg-autonom hingewiesen.

In dieser Broschüre werden Themen wie: Festnahme, Erkennungsdienstliche Behandlung, Vernehmung, Vorladung zur Polizei, Staatsanwalt oder Richter, Mahn- und Leistungsbescheide, Hausdurchsuchung, Verhalten bei Demos, Tips zur ersten Hilfe und vieles andere behandelt. Natürlich die optimalen Verhaltensweisen in solchen Situationen auch! Die Broschüre (Din A 5) kostet 2,-DM Bestellungen nur gegen Vorkasse und Porto bei:

**Ermittlungsausschuß der BUU, Lutterothstr.33, 2000 Hamburg 19, Tel.: 040-402782**

**Einzahlungen auf das Konto: Rechtshilfe-fonds des Ermittlungsausschusses, Vereins- und Westbank: 11/18413, Stichwort: «Rechtshilfebroschüre»**

## Stade: Sprühaktion

Liebe Genossen!

Auch bei uns hat es drei AKW-Gegner 'erwischt'.

In der Nacht vom 5. zum 6.Juni wurden wir durch einen generalstabsmäßigen Bullenüberfall überrascht und vorübergehend festgenommen. Auf der Bullenwache liefen ganz schöne Schweinereien ab. So wurde uns wegen 'Selbstmordgefahr' alles mögliche abgenommen (Schnürsenkel, Ketten, Gürtel usw.) und man hat uns für vier Stunden in Einzelzellen eingebuchtet. Aus diversen Mitteilungen von verschiedenen Rechtsanwältinnen erfahren wir dann, daß wir neben Parolen (wie z.B. 'Gorleben ist überall' 'Es lebe die Freie Republik Wendland') einen fünfzackigen schwarzen Stern – „vermutlich das Emblem der RAF" (!) – gesprüht haben sollen. Die Anklageschrift ist mittlerweile soweit paletti und der Prozeßtermin wird wohl in Kürze folgen. Diesen ganzen 'Mätzchen' folgte dann als Krönung eine erkennungsdienstliche Behandlung. Man fragt sich in der Tat, wo man eigentlich lebt. (...)

Nach der bisherigen Aktenlage sieht es nicht besonders rosig aus und wir werden wohl 'zur Kasse' gebeten!

ABER – wie heißt es doch so schön: Der Kampf geht weiter! Christian aus Stade.



## «Asterix und das Atomkraftwerk» beschlagnahmt!

In Osnabrück wurden im August '80 bei Hausdurchsuchungen von BI-Laden und Autonomie-Buchladen über 50 der bekannten Asterixhefte beschlagnahmt.

Im September wurde dann gegen die Geschäftsführer des Buchladens und drei Mitglieder der BI gegen Atomenergie (der 'Verantwortliche' für den BI-Laden wird allerdings immer noch gesucht!) Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen „Verdachts des Vergehen gegen §106 Urheberrechtsgesetz und §24 Warenzeichengesetz. Die BI-Mitglieder wurden über veröffentlichte Kontaktadressen "ermittelt".

Interessant sind einige Auszüge im (dem Verfahren zugrundeliegenden) Schreiben des Rechtsanwalts Schwarz (beauftragt durch den Asterix-Zeichner Uderzo) an die Staatsanwaltschaft Saarbrücken.

Zunächst heißt es da, die Asterix-Hefte erfreuten sich auch in "Deutschland" einer "ausgesprochen großen Beliebtheit". Und weiter: "Diese Tatsache haben sich seit einiger Zeit bestimmte politische Gruppen für ihre Kampagne gegen die Verwendung von Atomkraft zunutze gemacht. Sie haben aus den bisher erschienenen 24 Alben eine völlig neue Serie im wahrsten Sinne des Wortes 'zusammengeschnippelt' und sie mit neuen Texten versehen, die propagandistisch zum Teil sehr geschickt massiv die Verwendung von Atomkraft verurteilt und bloßstellt." Trotz des Einsatzes von Detektiven u.a. habe man bisher keinerlei Spuren zu den Herstellern finden können; es müsse ein besonders geschickter Vertrieb existieren. "Unser Mandant, der über den politischen Mißbrauch seiner beliebten Figur äußerst ungehalten ist, sieht sich nicht in der Lage, mit zivilrechtlichen Mitteln gegen diese besondere Verteilungsmethode vorzugehen, da man praktisch immer nur einzelne Buchhandlungen zur Unterlassung zwingen kann, die sich dann aber noch zum Teil auf guten Glauben beruft, indem sie angibt, sie halte die Serie für eine 'echte' Asterix-Serie. Da aber die Nachfrage und damit die Verbreitung der verletzenden Hefte ... immer weitere Kreise zieht, sehen wir als einzige Möglichkeit, daß durch zufällige Entdeckung in Buchläden usw. der Hersteller gefunden wird ... Aufgrund der weiten Verbreitung der Hefte in ganz D. muß sowohl bei der Herstellung, als auch beim Vertrieb eine gute Organisation existieren, die im übrigen auch noch sehr gut verdient..." (ach wie gut, daß niemand weiß...)

Dieses Schreiben wurde von der Saarbrücker Staatsanwaltschaft im ganzen Bundesgebiet verbreitet; es wäre deshalb interessant zu wissen, ob noch anderswo Aktivitäten wie in Osnabrück gelaufen sind.

**Schickt bitte Informationen an: BI Osnabrück, Meller Str. 49, 4500 Osnabrück.**

Wir wollen versuchen, mögliche Aktivitäten unsererseits zu koordinieren!

Fachwissen und/oder spontanes ökologisches Engagement? In einem diesbezüglich schwankenden Mischungsverhältnis trafen sich Vertreter von 16 Münchner Bürgerinitiativen und einige Einzelökologen in diesem Sommer. Die unterschiedlichsten politischen Richtungen hatten doch einen gemeinsamen Nenner: eine Gegenveranstaltung zur 11. Weltenergiekonferenz (WEK), die vom 8.-12. September in München stattfinden sollte. Deren von Wachstums- und Wirtschaftsinteressen dominierten Aussagen sollten in der Öffentlichkeit nicht so stehen bleiben. Gegenöffentlichkeit - irgendwie. Denn wir hatten kein Geld, wenig Zeit, ein sehr unzureichendes Bild von der Mammutveranstaltung WEK und ein ebenso ungenaues von unserem eigenen Programm. Wir kannten uns kaum und hatten vor allem keine Zeit, eine gemeinsame Linie zu erarbeiten und zu dis-

kraft und mit weniger Öl auskommen könne. Verdeutlicht wurde das Modell an einem Energieprogramm für die Stadt Tübingen. Die Auswirkungen der Atomgeschäfte für die brasilianische Bevölkerung schilderte das Ehepaar Buchsbaum. Vor allem Mediziner kamen zu den Referaten von H. Begemann und K. Baetjer zum Thema „Atomenergie und Gesundheit“. Die Patentlösung für den richtigen Weg der politischen Durchsetzbarkeit konnte die Podiumsdiskussion zwischen Vertretern der verschiedensten Ansätze natürlich nicht zeigen. Die Thesen von Wolfgang Sternstein (BBU), Max Winkler (Die Grünen) und Dieter von Ehrenstein (SPD, Mitglied der Enquete-Kommission Zukünftige Energiepolitik) zeigten höchstens, daß man die Probleme von mehreren Seiten gleichzeitig angehen müsse. Robert Jungk war die Diskussion ohnehin zu

Diskussion hatte sie einige Journalisten mißtrauisch gemacht. So bemängelte die FAZ in ihrem Wirtschaftsteil: „Es war sicher ein Manko der Veranstaltung, daß der offizielle Kongreß und die 'illegale' Veranstaltung nicht zu einem Dialog fanden, zumal sich auch die Gegenveranstalter bemühten, ihre Positionen sachlich und begründet darzustellen.“ Dem Präsidenten des bundesdeutschen WEK-Komitees, Klaus Knizia, war zu dem kritischen Energieforum nicht mehr eingefallen als „Sektierer und Opportunisten“. Sicher wurden wir auch in der Schublade „Protestler aus dem Hinterzimmer“ (Die Welt) abgelegt. Doch insgesamt wurden unsere Argumente sachlich wiedergegeben und kritisch bewertet. Die Süddeutsche Zeitung schrieb in einem Leitartikel. „Wir werden uns mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob garantierte Versorgung allein aus zentraler

# Weltenergie

Christiane Grefe u. Petra Thorbrietz.

# konferenz

cutieren, wer welche Entscheidungen treffen sollte.

Orientierungshilfe für unsere Veranstaltung waren die in ähnlicher Form auch der WEK zugrunde liegenden Themenkreise „Energie-zukunft“, „Energie und 3. Welt“, „Durchsetzung alternativer Energien“ und „Atomenergie und Gesundheit“. Ihren Arbeitsgebieten entsprechend organisierten einzelne Gruppen die Vortrags- und Diskussionsabende.

Wie aber sollten wir in der Öffentlichkeit auftreten? Als erstes brauchten wir einen Namen. Auf 'Kritisches Energieforum' einigten wir uns ziemlich schnell. Doch dann kamen die Probleme: brauchten auch wir ein schnittiges Emblem, einen dynamischen Briefkopf und schicke Pressemappen? Wir hatten keine Vorstellung davon, ob uns die Medien ernst nehmen würden - und die brauchten wir, um auf unsere Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Außerdem wollten wir den Journalisten Hintergrundmaterial für eine kritische Berichterstattung über die WEK liefern. Die pragmatische Richtung setzte sich durch: wir wurden seriös. Wir versandten Vorankündigungen, Einladungen, eine Broschüre mit Argumenten, vorgefertigte Zeitungsartikel, Presseerklärungen. Die Reaktion der Medien bestätigte unsere Erwartungen. Während ein selbstbewußtes Auftreten und eine Pressekonferenz im „Holiday Inn“ die Glaubwürdigkeit unserer Thesen zu verstärken schienen, wurden spontane Aktionen in die Schublade 'Alternative Spinner' gesteckt. So nutzte das Fernsehen das Auftreten bunt verkleideter „internationaler Atomgegner“ nur als dekoratives Schmankelein in seiner Berichterstattung über die WEK.

Ein seriöses Image sollte auch dazu dienen, die Leute nicht zu verschrecken. Es war uns sehr daran gelegen, nicht den meist gleichen Kreis an ökologischen Sympathisanten als Publikum zu gewinnen, sondern auch und vor allem interessierte Außenstehende. Wir mieteten kühn einen Saal mit 250 Plätzen. Es kamen mehr Besucher als sie Platz finden konnten. Zwar dominierten, wie die Stuttgarter Nachrichten schrieben, „Latzhosen über Schlips und Kragen“, doch zeigten sogar einzelne WEK-Delegierte Interesse, etwa an Karl F. Müller-Reißmanns Vortrag über die Freiburger Öko-Studie. Er rechnete vor, wie die Bundesrepublik durch bessere Energienutzung auch bei steigendem Wohlstand ohne Kern-

theoretisch. Er hätte aus dem Abend am liebsten eine Gründungsveranstaltung für eine Energiespar- und Sonnenenergieberatungsstelle gemacht. In den Gängen gab es eine rege Adressen-Austauschbörse.

Während der Veranstaltungswoche hatten wir bei der E.F.-Schumacher-Gesellschaft ein Büro als Kontaktstelle. Einige Zeitungen (FAZ, Süddeutsche, Stuttgarter Nachrichten, FR) berichteten kontinuierlich über das Energieforum, andere nahmen ihre Informationen von den Agenturen.

Daß sich so viele Journalisten für alternative Energiepolitik interessierten, war z.T. ein unfreiwilliges - Verdienst der WEK. Mit ihrem unübersichtlichen Riesenprogramm und der mangelnden Bereitschaft zur kontroversen

Großtechnik ein glaubwürdiges Konzept für schwierige Zeiten sein kann. Wenn die Befriedigung von Bedarf versprochen wird, läuft ein rasch wachsender Bedarf seiner Befriedigung allemal davon.“

Dieser Leitartikel wäre wohl ohne Anregung durch das Kritische Energieforum so nicht geschrieben worden. Es zeigt, daß Gegenöffentlichkeit auch mit und in den etablierten Medien funktionieren kann. Die Grenze zwischen inhaltlichen Positionen, die man nicht aufgeben kann und will, und taktischen Manövern, die sein müssen, ist dabei nicht leicht zu ziehen. Dennoch sollte man hier ansetzen und weitermachen, denn eine Vermittlung zwischen „Alternativen“ und „Normalbürgern“ findet immer noch viel zu selten statt.

\*\*\*\*\*

## Aus dem Inhalt:

- Widerstand gegen Atomanlagen in Gorleben - Brokdorf - Plogoff
- Endlagerung in Salzstöcken
- Zwischen- und Kompaktlager
- Radioaktivität, Mensch, Umwelt
- Stromreserven der Bundesrepublik
- wie funktioniert ein AKW
- Alternativenergien
- wichtige Tabellen
- Listen von Filmen, Kulturgruppen. . .
- BI-Adressen
- und und und. . .

alles auf dem neuesten Stand

über 250 Seiten in stabilem Kunststoffumschlag (muß sein)

Verkaufspreis DM 6,-



Herausgeber ist der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Zu beziehen ist der Kalender bei:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 3400 Göttingen oder  
 Verlag Gegenwind GmbH, Marienstr. 10, 3400 Göttingen, PSchA Hannover, Kto Nr. 4981 47-309  
 BLZ 250 100 30

Bestellungen bis zu 4 Exemplaren nur gegen Vorauskasse auf die oben angegebene Konto, per Scheck oder Barzahlung (Schein + Briefmarken) = je Kalender 6,- DM plus 0,50 DM Porto. Bürgerinitiativen und Buchhandlungen ab 5 Exemplaren 4,- DM incl. MWSt.

\*\*\*\*\*

## Presseerklärung zum Anschlag auf die GRS

In der Nacht auf den 4. Dezember detonierte eine Explosivladung vor dem Haupteingang der Gesellschaft dieser Zentrale atomarer Unsicherheit ist die BRD. Ihre Geschäftsführer (Kellermann und Birkhofer) sowie maßgebliche Abteilungsleiter sind mit Sonderausweisen versehen, die sie berechtigten, jederzeit ins Innenministerium ein- und auszugehen. Kurz und schlecht: Wir haben es hier mit der wissenschaftlichen Schaltstelle der Atommafia, die jedes gewünschte objektive Gutachten ausspuckt, zu tun.

Uns berührt weniger, ob wir einen Grund zur klammheimlichen Freude haben oder gar annehmen können, das sei nun ein Werk des Verfassungsschutzes gewesen, um Spaltungsversuche erklärter Pazifisten zu begünstigen. Wir gehen einfach von unserer Grundvorsehung aus, daß wir kein Patentrezept auf eine bestimmte Aktionsform kennen; hingegen in der Auseinandersetzung mit Mafiosi, die vor keinem Mittel zurückschrecken, um ihre Pläne durchzusetzen, wir uns selber lähmen würden, gingen wir auf die staatliche Ideologie, die Unterteilung in zweierlei AKW-Gegner ein. Es besteht also kein Grund für uns als überzeugte AKW-Gegner, uns zu distanzieren.

Es erklärte der Pressesprecher der Unsicherheitszentrale, daß sie Kummer gewohnt seien. Anfang 1979 stimmte sie die Entwendung einiger tausend Akten aus ihrer Chefetage kummervoll und ein Jahr später der mit stinkigen, radioaktiv gekennzeichneten Fässer verbarrikadierte Eingang zu ihrer Propagandazentrale. Die Akten ließen sich gut verwerten.

Hingegen macht ihnen keinen Kummer, was sie tun und alles schuldhaft zu verantworten haben: Wiederbetriebnahme eines AKWs wie Brunsbüttel, verheimlichte Schnellabschaltungen und damit verbundene Gefahren, Freisetzungen radioaktiver Spaltprodukte, Verseuchung der Flüsse. Ihr Grundprinzip die Bestimmung aller Sicherheitsbedingungen und -methoden nach dem Motto «probieren geht über studieren» unterzuordnen.

Die Ideologie von der Sicherheit deutscher AKWs ist gerade von ihnen nach Harrisburg besonders stark verbreitet worden. GRS-Sicherheitsexperte Hoffmeister (Mitglied der Reaktorsicherheitskommission -RSK) flog fast unmittelbar in den ersten Unfalltagen nach Harrisburg und schwieg. Hingegen wurde triumphierend mitgeteilt, das könne hier nicht passieren. Anlageteile im Primärkreislauf seien bei uns vierfach ausgelegt und nicht zweifach wie in den USA. Beschönigungsformeln zu liefern, ist eine wissenschaftliche Angelegenheit dieser Sicherheitsideologen und so kamen sie dann mit einer «Deutschen Sicherheitsstudie» an - flüchtig und in Eile zusammengestoppelt - versehen mit Streichungen und Verbesserungen wurde diese «Studie» als das Ergebnis dreijähriger Forschungsarbeit gelobt. Grundlage boten die Amerikaner mit dem mittlerweile nicht mehr aktuellen Wash 1400 Report, der sog. „Rassmussen-Studie“, und dann - was wirklich nicht überraschen kann - ihre eigenen Materialien zu sicherheitstechnischen Richtlinien für die Auslegung der Atomkraftwerke. Ihre bereits erwähnten Geschäftsführer sitzen selber in der RSK beim Innenministerium und leiten die entsprechenden Geschäftsstellen in der Unsicherheitsgesellschaft. Damit begutachten sich diese beiden Herren selber und nennen das eine Risikostudie. So steht es also um ihre Verantwortung (slosigkeit) gegenüber Millionen Menschen. Atomagenten kennen eben keine Skrupel.

Diese Leute wissen was sie tun. Alle aufgetretenen Störfälle werden 1/4 jährlich gesammelt in Listen dem Innenminister weitergereicht. Veröffentlicht wird, was ohnedies bereits durch Indiskretion, Sabotage oder die Presse nicht mehr zu verheimlichen ist. Wie anders sollte die Sicherheitsideologie aufrechterhalten werden. Der Volkszorn ließe sich nicht mehr so leicht kanalisieren; vor allem litten die Börsenkurse. „Italienische Verhältnisse“, nein, lieber deutsche Geheimmethoden. Diese Kölner Unsicherheitszentrale beschwört ein doppeltes Risiko. Es sind nicht die allgemeinen Gefahren, die von Atomanlagen ausgehen, nicht nur die Beschönigungen und Auslassungen ihrer Schlechtachten. Es ist vor allem die systematische Geheimhaltepraxis, zu der sich alle wissenschaftlichen Mitarbeiter bekennen, die ungeheuerlich und bedrohlich ist.

Entschlüsselt läßt sich ihrer Risikostudie entnehmen (wenn das beliebige Zahlenspiel einmal beiseite gelassen wird), daß diese Figuren allen Mitbürgern das freiheitliche Recht auf den Atomtod zu billigen oder langsam dahinzusiechen und Kinder und Kindeskinde einer bigotten Aktion à la Krebshilfe der Madame Scheel überlassen werden. Wir schweigen hier von üblichen Begleitscheinungen der normalen Verseuchung und Verpestung der Umwelt durch eine Produktionsweise, die \$ und Deutschmark allein gelten läßt.

Diese perfekten Ideologen einer Mordindustrie, die ansonsten abgeschottet von der Öffentlichkeit zwischen Bonn und ihrer Forschungsstätte in Garching bei München sowie ihrer eigenen Kölner Zentrale pendeln, wird das alles auch weiterhin nicht bekümmern. Wir meinen, daß es eine notwendige Sache ist, sich stärker um diese Figuren und ihre Kästen, in denen sie „arbeiten“ zu kümmern. Die Tätigkeit dieser Leute kommt einer Kriegserklärung gegenüber der eigenen Bevölkerung gleich.

Jeder Appell, an das Gewissen dieser Gewissenlosen zu appellieren, bedeutet diese anzuerkennen. Wir müssen stets eingedenk der Tatsache handeln, daß diese keine Menschen, sondern nur sich selber und ihre Auftraggeber kennen. Sie kennen nur Machbares, Schablonen und Formeln, die sich in erbärmliche Kosten/Gewinn-Spekulationen pressen lassen.

Das Recht auf das Leben ist unser Recht auf Widerstand!

Einige AKW-Gegner aus Nordrhein-Westfalen und ganz besondere Freunde der Unsicherheitszentrale, die sich selber GRS nennt und von Herrn Baum, dem obersten Strategen der Inneren Kriegsführung, ausgehalten wird.



## Mißbildungen in Brunsbüttel?

Der Arbeitskreis Umweltschutz Brunsbüttel sandte einen alarmierenden Brief an das Gesundheitsamt in Heide und das schleswig-holsteinische Sozialministerium:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aus zuverlässiger Quelle haben wir ... die Information erhalten, daß im Brunsbütteler Krankenhaus bei insgesamt ca. 500 Entbindungen gehäuft Totgeburten aufgetreten sind. Drei Säuglinge wurden mit Kiefernspaltungen geboren, relativ viele Säuglinge wiesen Herzklappenfehler auf und ein Kind wurde mit nur einem Auge geboren.

Diese Tatsachen erfüllen uns mit tiefer Sorge. Wir fordern daher Sie als zuständige Behörde dringend dazu auf, die Ursachen dieser ungewöhnlichen Häufung von Geburtsfehlern umgehend zu untersuchen und die Öffentlichkeit über das Ergebnis zu informieren. ...

Mit freundlichen Grüßen ...

## Lingen: Antrag auf 2. AKW

Die Kernkraftwerke Lippe-Ems GmbH und die Kraftwerksunion werden die geänderten Antragsunterlagen für die Errichtung und den Betrieb des in Lingen geplanten 1300 MW Druckwasserreaktors vom

2. Januar '81 bis zum 2. März '81

in der Stadtverwaltung Lingen, Elisabethstr. 14-16, Zi 515 und im niedersächsischen Sozialministerium (Hannover, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2) auslegen.

Einwendungen sollen innerhalb der Auslegefrist eingehen!

Bereits vorliegende Einwendungen (die Anträge hatten - ohne die jetzt vorgenommenen Änderungen, die u.a. auch die Handhabung und Lagerung radioaktiver Abfälle betreffen sollen, von Aug. bis Okt.'80 schon einmal ausgelegt) sollen weiter Bestand haben.

Somit kann man im 2. Quartal '81 in Lingen mit einem Erörterungstermin nach §§8ff Atomgesetz rechnen.

Außerdem - so schreibt die BI - sollen im Januar, der genaue Termin ist noch unklar, 267 Brennelemente aus der AKW-Ruine in Lingen per Bahn nach Winscale transportiert werden.

Zu allem findet am 11.1.80 ein Treffen statt, dessen Ergebnisse hier nicht veröffentlicht werden können, weil der Atom Express dann gedruckt wird. Wendet Euch an: BI Lingen, c/o Hans Dieter Schwarz, Delpstr. 5, 4450 Lingen, Tel:0591-72 34 4

## Würgassen

Anfang des neuen Jahres wird das Atomkraftwerk Würgassen an der Weser für ca 6 Wochen abgeschaltet. Routinemäßige Überprüfung im Zusammenhang mit dem fälligen Brennelementwechsel - so nennt man das. Das Jahr 1980 wird in die Geschichte des AKW-Würgassen als "Superjahr" eingehen! Kaum Pannen und Stilllegungen. Während die durchschnittliche Verfügbarkeit seit Inbetriebnahme bei blamablen 31% liegt, sieht das Jahr 1980 bedeutend besser aus. Zu Silvester erklärte der stellvertretende Kraftwerksleiter Jörg-Dieter Peters: "In diesem Jahr war das Werk zu 95% verfügbare, konnte also ohne größere Pannen produzieren und somit 3,8 Milliarden Kilowattstunden in das Netz der Preussen-Elektra einspeisen!" Ganz so günstig, wie Herr Peters sich das so vorstellt, sieht die Bilanz nun doch nicht aus. Rechnen wir ein wenig nach: Das AKW Würgassen hat eine Netto-Nennleistung von 640 Megawatt. Das macht bei einer 95% igen Auslastung 5.326.080.000 Kilowattstunden. Geliefert hat laut Peters das AKW aber nur 3,8 Milliarden. Rechnet man das in den Auslastungsgrad um, so kommt man lediglich auf 71,347%.

## Hessen BI's Plakatwandkampagne

Wir wollen jetzt den Weg der «alternativen Presse» beschreiten, nachdem die etablierten Pressevertreter in unserer Stadt für unser Projekt kein Interesse bekundeten.

Im Zuge der großangelegten Anzeigenkampagne der „Gruppe Hessen im Informationskreis Kernenergie“ und ihren Hintermännern, die in fast allen hessischen Zeitungen (und einigen überregionalen) dreimal in der Woche, in der Zeit vom Nov.79 bis Mai 80 eine halbe Seite in Anspruch nahm, entschlossen wir uns, eine Gegenkampagne zu starten.

Da wir nicht die finanziellen Mittel für riesige Zeitungsanzeigen aufbringen konnten, entschlossen wir uns, eine Plakatwand (3,6 m X 2,6 m) anzumieten, und so an einem strategisch günstigen Platz die Bevölkerung über die wahren Gefahren der Atomenergie und ihre Folgen aufzuklären.

Dabei haben uns zahlreiche Spender finanziell unterstützt.

Da diese Reklamewand-Aktion nur eine von vielen sein soll, entschlossen wir uns, diesmal zu dem Thema: „Anreicherung von radioaktiven Stoffen in der Nahrungskette“.

Fünf Mitglieder unserer BI benötigten für die gesamte Arbeit zusammen nur sechs Nachmittage. Den finanziellen Löwenanteil der Aktion machte dabei die Anmietung der Plakatwand aus (in Ffm. ca. 113.- DM für die Dauer von 10 Tagen).



Wesentlich geringer waren die Kosten für Pinsel Farben, Papier, etc.. Aus arbeitstechnischen Gründen hatten wir die Plakatwand in 18 Din-A-1 Blätter eingeteilt. Da wir die Plakatwand selbst bekleben mußten, stieß diese Aktion schon während des Klebens auf ein reges Interesse der Passanten. Das überwiegend positive Echo und der nur geringe Aufwand ermutigt uns, dieser Aktion noch weitere folgen zu lassen.

Wir sind der Meinung, daß dieser Weg zur Aufklärung der Bevölkerung durchaus nachahmenswert ist und ermuntern Euch, unserem Beispiel zu folgen. Wir sind gerne bereit, Euch näher zu informieren.

**Kontaktadresse: Dieter Kaufmann, Falkstr. 112, 6000 Frankfurt 90.**

**Spendenkonto: Stadtparkasse Ffm: 109-040204**

## BERICHTE AUS DEM AUSLAND

### Abstimmungen in US-Staaten

Parallel zur US-amerikanischen Präsidentschaftswahl gab es in mehreren Bundesstaaten Volksentscheide über atomare Probleme. Die Ergebnisse fielen recht unterschiedlich aus, dokumentieren aber insgesamt die wachsende Sensibilisierung der Amerikaner zu diesen Fragen.

In Washington, an der Westküste gelegen, wurde mehrheitlich die sog. Initiative 383 verabschiedet, die ab Juli 81 jegliche weitere Einlagerung von Atommüll in diesem Staat verbietet. Ausgenommen hiervon sind schwachaktive Abfälle aus Medizin und Forschung. Dem Entscheid kommt besondere Bedeutung zu, da mit Hanford eine der größten Atommülldeponien der USA jetzt dichtgemacht werden muß. Hanford liegt im Süden Washingtons.

Mit knapper Mehrheit setzten sich die Atomgegner auch in Oregon durch: Hier bleibt der Bau von AKWs solange untersagt, bis die Regierung Pläne zur endgültigen Beseitigung des Atommülls vorgelegt hat. Sollte ihr das gelingen, muß die Bevölkerung bei jedem geplanten Reaktor neu befragt werden. Gleichzeitig verbietet das Referendum den Elektrizitätsunternehmen von Oregon, sich finanziell an AKW-Projekten in anderen Staaten zu beteiligen.

In Süd-Dakota scheiterte ein Begehren, das alle Firmen, die AKWs, Uranmühlen, Atommülldeponien usw. bauen wollen, gezwungen hätte, vor jedem Projekt eine Volksabstimmung durchzuführen. Obwohl die AKW-Gegner in diesem Staat sehr stark sind, kamen sie gegen die gewaltige Propagandakampagne der Union Carbide, eines der größten Uran-Multis, nicht an.

In Missouri und Montana gingen die Voksent-scheide gleichfalls zugunsten der Atom-Lobby aus: AKWs können auch ohne Entsorgungsnachweis gebaut werden und dem Bau von Lagern auch für den Müll aus Reaktoren steht nichts mehr im Wege.

In Maine an der Ostküste hatte es bereits im September ein Referendum gegeben. Mit einer drei zu zwei Mehrheit wurde hier der Antrag abgelehnt, in Zukunft auf die Atomenergienut-

zung zu verzichten. Ein umgekehrtes Ergebnis hätte hier zur Folge gehabt, daß ein laufendes AKW stillgelegt worden wäre. (Information nach WISE)

### Atomfreier Hafen in Australien

Bereits am 6. August – dem Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima – erklärten die Arbeiter der örtlichen Dockarbeitergewerkschaft den Hafen von Port Kembla zum ersten atomfreien Hafen der Welt. Hier soll kein Gramm Uran und kein Stoff, der irgendwie mit AKWs oder Atomwaffen zu tun hat, mehr umgeschlagen werden. (Nach WISE)

### Belgische WAA in Betrieb?

Am 25. Oktober demonstrierten über 10.000 Menschen gegen Pläne der belgischen Regierung, die 1974 geschlossene Wiederaufbereitungsanlage EUROCHEMIC in der Nähe des AKW Standortes Mol wieder in Betrieb zu nehmen. Die Anlage war ursprünglich als internationales Projekt geplant gewesen, bevor finanzielle Streitigkeiten ihr ein vorläufiges Ende bereitet hatten. Nun soll die WAA, geht es nach der Regierung in Brüssel, in ein atomares Forschungszentrum „umgewandelt“ werden, in der u.a. Plutonium für den Schnellen Brüter in Kalkar, an dem auch Belgien beteiligt ist, erzeugt werden soll.

### Was ist los in Dänemark?

Lange Zeit sah es so aus, als sollte Dänemark auf absehbare Zeit ohne AKWs über die Runden kommen: eine starke Anti-AKW-Bewegung, ein entsprechender Parlamentsbeschluß, eine gesicherte Energieversorgung, eine sensibilisierte und engagierte Bevölkerung...

Trotzdem sind vor kurzem sechs Gebiete von der dänischen Regierung als mögliche, spätere Standorte für AKWs benannt worden. In einem Drei-Kilometer-Radius ist jede weitere Be-

bauung untersagt.

Am 1. Sept. wurden auch 2100 Tonnen Uranerz aus Grönland nach Dänemark gebracht – zu Forschungszwecken gleich ab ins staatliche Atomlaboratorium in Risö, wie es hieß. Erforscht werden soll jedoch nichts weiter als die Verwendungsgauglichkeit in zukünftigen Atomreaktoren.

Und auch die Salzstockuntersuchungen in West-Dänemark gehen weiter. Hier wird seit längerem nach einem geeigneten Platz für den später anfallenden Atommüll gesucht.

### Plogoff: Der Platz ist besetzt!

Die Anti-AKW-Gruppen in der Bretagne und die Einwohner von Plogoff haben sich auf den Baubeginn des 4 X 1000 MW-AKW auf ihre Weise vorbereitet: Seit Mitte November wird der vorgesehene Bauplatz besetzt und rund um die Uhr bewacht. Da damit gerechnet wird, daß die französische Bürgerkriegsarmee CRS in einer Luftlandeaktion versucht, das Baugelände in ihre Gewalt – und die des Elektrokonzerns EDF – zu bringen, sind hunderte von Drachen fertiggestellt worden. Mit ihnen soll die Landung der Hubschrauber verhindert werden. Viele Fässer mit Öl oder Benzin sind rund um den Platz deponiert; sie sollen beim Polizeiangriff angezündet werden. Zudem ist eine äußerst laute Sirene angeschafft worden, mit der Menschen in der ganzen Region alarmiert werden können.

Für den Fall, daß die Polizei doch den Landweg wählt, sind massive Barrikaden in einem Umkreis von 50 km um Plogoff vorbereitet.

Die Leute von Plogoff denken, daß die Auseinandersetzungen in aller nächster Zukunft wieder losgehen – sie sind fest entschlossen, das AKW mit allen Mitteln zu verhindern. (Informationen nach WISE)

**Kontaktadresse: Jean-Louis Cassel, 22, Grande Rue Chere, 29122 Pont-Croix, France.**

# Nach uns die Sintflut - entsorgen tun wir morgen!

Der nachfolgende Artikel ist ein Nachdruck aus «Gorleben aktuell». Wir nehmen ihn auch in den Atom Express auf, weil wir ihn für eine sehr gute Zusammenfassung der Atommüll-Problematik halten, die zu der katastrophalen Situation im „Entsorgungsbereich“ geführt hat. Ursprünglich hatten wir geplant, den Artikel in Form eines vierseitigen Faltblattes dem Atom Express beizulegen, um ihn ggf. auch extra als Flugblatt verteilen bzw. verschicken zu können. Das hat wegen der Diskussion in der Redaktion – siehe „In eigener Sache“ – nicht geklappt. Leider mußten auch einige fest eingeplante Artikel dem „Atommüll“ zum Opfer fallen. «Gorleben aktuell» ist die Zeitung der WAA-Gruppe Lüneburg. Sie erscheint ca. alle zwei Monate, hat inzwischen 40 Seiten und kostet 2.-DM. Bezugsadresse: Gunter Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.



eine weitere Erhöhung dieses Berges um 1100 t bescheren würde. (ebd.)

Diese (sicherlich verniedlichenden) Angaben der DWK belegen, daß die Atommafia eine explosive Vergrößerung der derzeit ungelösten Probleme in Kauf nimmt, und daß selbst bei sehr „umsichtiger“ Vorgehensweise sich die vorhandene Atommüllmenge vervielfacht. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß bereits in rund 2,5 t abgebranntem Uran (soviel faßt etwa ein Transportbehälter für Brennelemente) die 10-fache Menge des in Hiroshima freigewordenen radioaktiven Potentials enthalten ist. Das von der Atomindustrie einkalkulierte Gefahrenpotential sprengt jede Vorstellungskraft. Da es weltweit keine akzeptable Lösung zur Beseitigung des Atommülls gibt, soll die Zwischenlagerung als gigantisches Provisorium diese zunehmende Atommüllproduktion ermöglichen, obwohl sie selbst große Risiken mit sich bringt und überdies die Probleme der Endlagerung nur in die Zukunft verschiebt, aber in keiner Weise zu deren Lösung beiträgt.

## Betrug Nr. 1: Manipulationen am Atomgesetz

Nach §9c des Atomgesetzes müssen die AKW-Betreiber nachweisen, daß sie ihren verseuchten Mist „schadlos verwerten“ oder „geordnet beseitigen“ können. Anderenfalls muß ein AKW stillgelegt werden. Seit es diesen recht eindeutigen Paragraphen gibt, ist er gebrochen, bzw. (im Politikerjargon) „unterschiedlich ausgelegt“ worden.

So sah die im Juni 1977 von der Bundesregierung beschlossene „Auslegung“ dieses Gesetzes als „Mindestvoraussetzung“ für die Inbetriebnahme eines AKW die folgenden beiden Punkte vor:

- Jeder AKW-Betreiber muß fortschreitend nachweisen, wie er den „sicheren Verbleib“ seiner verstrahlten Brennelemente für die kommenden 6 Jahre gewährleisten will.
- In die Zukunft weisende Planungen sind nur dann als realistisch zu betrachten, wenn sie sich auf Fortschritte bei der Verwirklichung des für Gorleben vorgesehenen Entsorgungszentrums stützen.

Diese „Auslegung“ des Atomgesetzes war bereits reichlich waghalsig: an Stelle einer geordneten Beseitigung des Atommülls, regelte sie bestenfalls die geordnete Beiseiteschaffung der Brennelemente für einen Zeitraum von 6 Jahren, um die Atommafia weiterhin ins Blaue produzieren zu lassen.

Als 1979 der Widerstand der Lüchow-Dannenberg Bevölkerung das vorläufige Nein Albrechts zum Entsorgungszentrum Gorleben erzwang, stellte sich endgültig heraus, daß es sich bei dieser Art von „Vorsorge“ um pure Augenwischerei gehandelt hatte. Nur wenige Monate nach der Albrecht-Entscheidung wurde im September 79 das Atomgesetz durch die Regierungschefs von Bund und Ländern (das Parlament wurde garnicht erst gefragt) unverzüglich

## Der Atommüllberg

In jedem Kernkraftwerk muß jährlich ein Drittel der Brennstäbe aus dem Verkehr gezogen werden. Bei einem 1300 MW-Reaktor fallen somit jährlich ca. 35 t an abgebrannten Brennelementen an. Bereits heute gibt es einen Atommüllberg von 1600 t. Hiervon „arbeiten“ 800 t noch nicht ganz abgestrahlter Brennelemente in einem der bestehenden 15 Schrottreaktoren, 800 t lagern bereits vorübergehend in den AKWs oder auf der französischen Halde in La Hague.

Wenn alles so läuft, wie es die Bundesregierung will, wird im Jahre 2000 ein Atommüllberg von 15.300 t vorhanden sein (geplant sind 53.000 MW AKW-Leistung im Jahre 2000).

Selbst die DWK hält es für denkbar, daß auch in 20 Jahren noch keine endgültige Entsorgungslösung gefunden ist. Für diesen Fall rechnet sie nach Aussage von DWK-Chef Scheuten ab dem Jahre 2001 damit, „daß in jedem Folgejahr jeweils ein weiteres Zwischenlager mit 1400 t Lagerkapazität eingerichtet werden müßte“. (FR vom 26.9.80)

Falls keine neuen AKWs gebaut und die im Bau befindlichen in Gang gesetzt würden („Minimalkonzept“), würden nach Berechnungen der DWK „bis zum Jahre 2000 eine Menge von rund 10.000 t abgebrannter Brennelemente anfallen, eine Menge, die sich in den Jahren 2001 bis zur Stilllegung der Anlagen noch um 4000 bis 5000 t Uran erhöhen würde (insgesamt also rund 14.000/15.000 t Uran)“. (ebd.)

Gerechnet wird seitens des DWK-Vorstandes mit einer AKW-Kapazität von 40.000 MW im Jahre 2000, was uns bis dahin einen Atommüllberg von 14.200 t Uran sowie in jedem Folgejahr

lich „neu definiert“ (bzw. im Umgangssdeutsch: erneut gebrochen). Man schuf flugs „eine Rechtsquelle besonderer Art“, die sogenannten „Entsorgungsgrundsätze“. Diese dienten allein dem Ziel, „Voraussetzungen für die Genehmigungen weiterer Atomkraftwerke zu schaffen“. Weiter führte die „Frankfurter Allgemeine“ hierzu aus:

*„In Anpassung an Teile der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung, die nicht mehr schon die ersten Teilerrichtungsgenehmigungen an eine gesicherte Entsorgung zu knüpfen willens ist, werden die Entsorgungsvoraussetzungen einschränkend interpretiert. Sie sollen nicht mehr schon bei der ersten Teilerrichtungsgenehmigung... den „Nachweis ausreichender Entsorgungsvorsorge“ enthalten, sondern „Unterlagen“ dafür sollen genügen. Die bisher stringente (??) Voraussetzung, daß die geplante Entsorgungsvorsorge auf „realistische Planung“ gestützt werden kann, die sich „auf Fortschritte der Verwirklichung des Entsorgungszentrums abstützt“... wird relativiert...“*

*Während es früher unter anderem die „Vorauswahl“ für einen geeigneten Standort für ein Entsorgungszentrum war, soll nun genügen die „Vorauswahl eines oder mehrerer grundsätzlich geeigneter Standorte für ein externes Zwischenlager... Für die Erteilung erster Teilerrichtungsgenehmigungen für Kernkraftwerke sollen „Fort-schritte“ bei der Errichtung von Wiederaufarbeitungsanlagen genügen, aber auch von Anlagen zur Behandlung bestrahlter Brennelemente zur Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung. Die Voraussetzungen werden noch einmal verkleinert: „Mindestens muß die Vorauswahl eines Standortes für ein Endlager getroffen sein.“ (FAZ vom 28.1.80)*

Dieser Betrug ist gigantisch; seine Folgen unabsehbar. Die oben erwähnte „Anpassung an Teile der verwaltungsrechtlichen Rechtsprechung“ hat es nie gegeben! Im Gegenteil! So hatte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß die „Bereitstellung eines Zwischenlagers“ als ausreichende Entsorgung nicht akzeptiert werden könne. „Bereits bei der Errichtung der Anlage“, entschied das Lüneburger Gericht, müsse „die spätere Verwertung und Beseitigung der anfallenden Reststoffe und Abfälle als durchführbar angesehen werden“. (Spiegel vom 4.6.79)

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich der Rechtsprechung nicht angepaßt, sondern diese zum alleinigen Wohl der Atomindustrie außer Kraft gesetzt.

Vorläufiger Höhepunkt dieser traurigen Entwicklung ist die Feststellung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten vom 29.2.80, „daß die Trockenlagerung eine realisierbare Perspektive für die Entsorgung von Atomkraftwerken darstellt und daß der Hinweis auf die Möglichkeit der Entsorgung eines AKWs durch die sogenannte Trockenlagerung ausreicht, um den Bau und die Inbetriebnahme von weiteren Atommeilern zu genehmigen“.

(Vgl. „Das Trockenlagerkonzept, eine kritische Beschreibung“, S. 44)



## Betrug Nr. 2: Die Verträge mit der COGEMA

In Cap La Hague (Frankreich, Normandie) steht die weltweit einzige kommerzielle WAA. Englische, amerikanische und japanische Anlagen dieser Art mußten auf Grund nicht behebbare technischer Schwierigkeiten ihren Betrieb einstellen. Gebaut wurde die Anlage in La Hague für die Wiederaufbereitung der relativ leicht bestrahlten Brennelemente aus den französischen Gas-Graphit-Reaktoren. Versuche, die hochabgebrannten Brennelemente aus westdeutschen Leichtwasserreaktoren aufzubereiten, scheiterten, und führten zu schweren Beschädigungen der Anlage. Lediglich 6% der ursprünglich vorgesehenen 400 t pro Jahr können derzeit aufgearbeitet werden. Deshalb soll am gleichen Standort eine zweite Anlage für diese Art von Brennelementen gebaut werden. Ob diese einmal funktioniert, steht in den Sternen. Dennoch wurde mit der französischen Betreibergesellschaft COGEMA bis 1984 per Vertrag die Übernahme von 2.500 t abgebrannter Brennelemente aus der BRD geregelt. Die so „geregelte“ Entsorgung war Voraussetzung für die Genehmigung zahlreicher AKWs in der BRD. Daß an den Verträgen zwischen COGEMA und z.B. der DWK etwas faul war, zeigte sich schon daran, daß sogar den für die Sicherheit von Reaktoren zuständigen Mitgliedern der Reaktorsicherheitsgruppe im Bundestag volle Einsicht in die Verträge lange Zeit nicht gewährt wurde. Die Geheimnistuerei nahm groteske Formen an. „So wurde den deutschen Parlamentariern strikt untersagt, im Rahmen ihrer Reise (nach La Hague) etwa Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaft CFDT oder des Betriebsrats des Unternehmens zu führen... Das Bundesinnenministerium hatte den Abgeordneten vor ihrer Abreise warnend mitgeteilt, die französische Botschaft in Bonn vertrete den Standpunkt, Gespräche mit Kritikern der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague würden von Paris 'als ein unerträglicher Akt der Einmischung in ein akutes innenpolitisches Spannungsfeld' empfunden. Mit einer Belastung der zwischenstaatlichen Beziehungen sei zu rechnen.“ (Stern vom 1.3.79)

Inzwischen sind diese Verträge doch bekannt geworden. Ihr Inhalt übertraf alle negativen Erwartungen. So sollte nicht an die Öffentlichkeit kommen, daß die COGEMA laut Vertragstext von einer jährlichen 3%igen Verlustrate beim wiederaufgearbeiteten Plutonium ausgeht. Real bedeutet dies, daß bei einem Jahresdurchsatz von 400 Tonnen 120 kg Plutonium verschwinden können, ohne daß die COGEMA gegen vertragliche Auflagen verstößt.

Geradezu abenteuerlich ist es, daß die COGEMA im Fall einer gelungenen Wiederaufarbeitung ihren Vertragspartnern das Plutonium nicht in den Brennelementen integriert zurückstellt, sondern den reinen Bombenbaustoff Plutoniumdioxid. Über eine „Preisgleitklausel“ kann der Preis für die Wiederaufarbeitung ständig nach oben geschraubt werden: So hatte sich der Preis für die Aufarbeitung von 1 kg Brennelement von 33\$ 1971 auf 700\$ 1978 erhöht. Darüberhinaus verpflichteten die Verträge die Betreiber von La Hague - zu überhaupt nichts. Wenn die Lagerbecken, die die aufzubereitenden Brennelemente aufnehmen sollen, voll sind, werden erst gar keine Brennelemente abgenommen. Eine Wiederaufarbeitung der Brennelemente wird nicht garantiert. Die reale Situation ist inzwischen so, daß die existierenden Lagerbecken in La Hague voll sind, vor allem deswegen, weil die Wiederaufarbeitung der darin gelagerten Brennelemente nicht klappt. Denn beim Abschluß der Verträge hat die COGEMA so kalkuliert, daß immer so viele Brennelemente angeliefert werden, wie aufbereitet werden können, wenn die Anlage wie geplant läuft und keinerlei Fehler oder Schwierigkeiten auftreten.

Aber trotz dieser Situation hört die COGEMA nicht auf, weiter Verträge für Wiederaufbereitungsleistungen abzuschließen. Für die 80er Jahre verfährt sie dabei nach der Methode, daß die Vertragspartner das Geld vorschießen müssen für die UP-3 - die geplante zweite Wiederaufbereitungsanlage. Wenn diese gebaut ist und wenn sie funktioniert, dann haben die Vertragspartner einen Anspruch darauf, daß ihre



abgebrannten Brennelemente aufbereitet werden, aber nur dann. Also: Erst Geld, dann viel später eventuell erst die Leistung, beim Fehlschlag gibt es kein Geld zurück. Zurück gibt es dafür übrigens etwas anderes, nämlich den bei der Wiederaufbereitung anfallenden Atommüll, den müssen die Vertragspartner auf jeden Fall zurücknehmen.

(Einer der zahlreichen Verträge mit COGEMA ist dokumentiert in der empfehlenswerten Broschüre „Entsorgung im Eimer“)

Diese Tatsachen werden bis zum heutigen Tage vertuscht oder beschönigt. Nach wie vor ist die WAA La Hague ein unverzichtbarer Bestandteil im westdeutschen Entsorgungskonzept, nach wie vor wird durch DWK-Chef Scheuten „die Wiederaufbereitung deutscher Brennelemente in der französischen WAA COGEMA“ zur „realen Entsorgungsmaßnahme“ zurechtgebogen. (FR vom 26.9.80) Nach wie vor behaupten maßgebliche Hintermänner dieses Betrugsmanövers, wie der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, die Unwahrheit: „Staatssekretär Hartkopf vertrat jedoch die Ansicht, die Gefahr sei gering, daß die Verträge mit der COGEMA über die Abnahme von über 2500 t abgebrannter Brennelemente nicht erfüllt würden. Gegenwärtig gebe es keinen Anlaß, besorgt zu sein.“ (Handelsblatt vom 10.8.79)

treiber die bisher eingelagerten Abfälle jedoch „faktisch nicht rückholbar.“ (FR vom 9.3.79) Demgegenüber legte im vergangenen Jahr der Braunschweiger Wasserbauingenieur Jürgens nach zweijährigen Untersuchungen eine Ausarbeitung vor, „die zu dem Ergebnis führt, die Asse sei für die Lagerung von Atommüll ungeeignet. Zur Begründung führte der Wissenschaftler unter anderem an, wegen vorhandener ‘Querstörungen’ zwischen dem Bergwerk Asse II und dem benachbarten ersoffenen Schacht Asse III sowie wegen wasserführender Anhydritschichten im Salzstock sei nicht auszuschließen, daß Asse II ersaue. Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) selbst habe die Wasserverhältnisse im Bereich der Asse nur unzureichend untersucht und auch keinen schlüssigen Nachweis für die Standfestigkeit des Grubengebäudes geführt. Gefahren für die Standfestigkeit ergeben sich nach Ansicht von Jürgens unter anderem daraus, daß sich das Grubengebäude auf eine wasserlösliche Carnalitschicht stützt. Wie wenig Verlaß auf die Festigkeit einer solchen Schicht sei, habe sich bei Bergwerkseinbrüchen in der Umgebung schon wiederholt gezeigt. Aus diesen und anderen in der Expertise behandelten Gründen seien Umstände denkbar, unter denen radioaktive Stoffe in den Biozyklus zurückgespült würden, ehe sich ihre Strahleninten-

während und nach Füllung der Kammern.“ (FR vom 8.3.79)

Diese Katastrophenplanung soll also weiter laufen, – mehr noch: sie gilt als vorbildlich, als der Beweis für eine sichere Atommüllendlagerung in Salzstöcken. So heißt es in einem Informationsblatt des BMI: „Bei sachgemäßer Behandlung und Endlagerung radioaktiver Stoffe in dazu geeigneten Salzstöcken kann ein sicherer Abschluß gegen die Biosphäre gewährleistet werden... Die Endlagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken, aus sonstigen kerntechnischen Anlagen, Medizin u.a. ist im Salzbergwerk ASSE jahrelang erfolgreich erprobt worden.“ (Info-Blatt des Bundesinnenministeriums vom 12.6.1979)

Daß seit Ende 1978 kein Atommüll in der Asse gelagert werden darf, hat allein juristische Gründe: Vorerst muß ein ca. fünfjähriges Planfeststellungsverfahren über die Bühne gehen. Seitdem diese Abfallgrube unbenutzbar ist, platzen diversen Landessammelstellen für schwach- und mittelaktive Abfälle aus allen Nähten. Ein nuklearklinisches Krankenhaus bei München mußte wegen dieser Misere bereits geschlossen werden, während bezeichnenderweise die AKWs den tonnenweise anfallenden Müll weiter produzieren dürfen.

In ihrer Not vereinbarten Bund und Länder im Februar 1979, daß die Asse weiterhin mit Atommüll gefüllt wird – erneut eine eindeutige Verletzung des Atomgesetzes, da man so das Planfeststellungsverfahren zu umgehen suchte.

Vordergründig wurde beteuert, daß in diesem Falle wirklich nur ein „Zwischenlager“ in Betracht käme. Den Hintergrund erfuhr nur der Leser des Unternehmernmagazins „Blick durch die Wirtschaft“:

„Es war beabsichtigt, diese so zwischengelagerten schwachradioaktiven Abfälle im Salzbergwerk Asse später nach einem positiven Beschluß eines nach der 4. Novelle des Atomgesetzes erforderlichen Planfeststellungsverfahrens im Salzbergwerk Asse zu belassen.“ (BdW vom 7.10.80)

Dieses Gaunerstück scheiterte einzig an dem Einspruch des Bergamtes Goslar.

Es hat den Anschein, als seien noch weitere Gaunerstückchen in Vorbereitung. Unmittelbar nach dem Spruch des Bergamtes Goslar gab es zumindest mehrere – streng vertrauliche – Beratungen zwischen dem damaligen Bundesforschungsminister Hauff und der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Breuel über die weitere Verwendung der Asse.

## Betrug Nr. 3: Die „vorläufige“ Endlagerung im Salzbergwerk Asse II

Auch die Beseitigung der schwach- und mittelaktiven Abfälle (verstrahlte Handschuhe, Werkzeug, Metallteile etc. aus AKWs, nuklearmedizinische Abfälle etc.) ist alles andere als geregelt. Pro Jahr werden mehrere zehntausend 200 Liter-Behälter (aus Blech oder in Beton eingeschlossen) mit derartigen Abfällen gefüllt. Für 1987 wird mit einer Abfallmenge von 200.000 Fässern gerechnet. Bis zum Jahre 1979 wurden 124.000 Fässer mit schwachaktivem Material und 13.000 Fässer mit mittelaktivem Abfall im Salzbergwerk Asse untergebracht. Man ließ die Fässer einfach am Boden eines Schachtes ab, (wobei einzelne Fässer zerbrachen) und schütete loses Salz darüber.

„Die Wissenschaftler schwören darauf, daß dieses ‘Einpökeln’ nicht nur ein sicheres sondern auch ein wirtschaftliches Verfahren sei. Damit stehe eine zuverlässige Technologie für die Einlagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle zur Verfügung.“ (FAZ vom 21.5.80) Obwohl im offiziellen Sprachgebrauch die Asse als „Versuchslager“ tituliert wird, sind nach Angaben der Be-

sität bis zur Ungefährlichkeit vermindert hat. Für die in schwach- und mittelaktivem Müll hauptsächlich vorkommenden Nuklide Strontium 90 und Cäsium 137 wäre eine sichere Lagerung für mindestens 600 Jahre erforderlich.“ (FR vom 9.3.79)

Seltsamerweise stießen die Betreiber nach zwölfjähriger Atommülllagerung „bei einer Bohrung in 870 Meter Tiefe auf ein Laugenvorkommen unbekannter Größe. Nach Angaben eines GSF-Sprechers ist nicht klar, woher die Flüssigkeit kommt. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 könne vermeint werden, daß eine Verbindung zum Grundwasser bestehe, sagte ein Sprecher.“ (FR vom 9.3.79) Trotz derartiger Vorkommnisse beharren die Vertreter der GSF auf ihrem Konzept, welches sie „nicht nur aus Kostengründen bevorzugen. Sie erklären, aus gebirgsmechanischen Gründen sei es günstiger, die Bergwerkskammern bis obenhin mit losem Salz zu füllen. Sie räumten auch ein, daß ohnehin noch weitere Forschungsarbeiten notwendig seien, beispielsweise zur Überwachung des Gebirgsverhaltens

## ... Kurzmeldungen ... Kurzmeldungen ... Kurzmeldungen ...

### Die TAZ in Nöten

Der TAZ geht es finanziell sehr schlecht; die fehlenden ca. 4.000 Abos, die ihre Existenz vorläufig endgültig sichern würden, kommen einfach nicht zusammen.

Viele AKW-Gegner kritisieren die TAZ häufig, gerade die Ökologie-Berichterstattung: gewaltfreie Orientierung, Sprachrohr der BI Lüchow-Dannenberg, kritikloses Übernehmen von BBU-Positionen ...

Auch der Göttinger Arbeitskreis hat vielfach Ärger mit der Berliner Zentralredaktion gehabt. Leserbriefe und Artikel wurden nicht abgedruckt, Anzeigen vom Atom Express nicht in die Zeitung genommen.

Trotz all dem: die TAZ ist eine linke Zeitung, die wir wichtig finden und deren Weitererscheinen auch für die Anti-AKW-Bewegung von Bedeutung ist. Positive Beispiele sind u.E. die Zentralamerikaberichterstattung oder das

Aufgreifen vordergründig nicht so spektakulärer Umweltsauereien. Kritik und Widersprüche dürfen unserer Meinung nach nicht zu einer grundsätzlichen Infragestellung des Projektes TAGESZEITUNG führen. Wir rufen deshalb dazu auf, die TAZ durch Abonnieren oder Spenden zu unterstützen!

Die Tageszeitung, Watstraße 11-12,

1000 Berlin 65.

Spendenkonto: PSchA Berlin-W. 434575-109, Freunde der alternativen Tageszeitung..

### 11. Wissenschaftler-treffen

Liebe Leute, wir laden Euch zum 11. Treffen der kritischen Wissenschaftler gegen Atomenergie ein.

Am 31.1./1.2.81 in Heidelberg, Beginn

11.00Uhr, Ende Sonntag 13.00Uhr.

Thema: Meßbarkeit und Auswirkungen von Niedrigstrahlung

Um gezielt Leute aus der „Bewegung“, also von BIs etc. anzusprechen und um den Kontakt zwischen den „Wissenschaftlern“ und der „Basis“ zu verbessern, haben wir das Konzept der Treffen geändert.

Jedes Seminar wird unter einem Oberthema stehen, wozu 3-4 Referate gehalten werden, um dann in eine thematische (Gruppen-)arbeit einzusteigen.

Diesmal werden referieren Jörn Bleck(Bremen) über Meßmethoden, Ruggiero Schleicher(Bern) über Messungen von Radioaktivitätsabgaben aus Schweizer AKWs, Bernd Franke(Heidelberg) über Niedrigstrahlung im Zusammenhang von Harrisburg und Barabara Hanske(Heidelberg) über medizinische Auswirkungen von Niedrigstrahlung.

Kontaktadresse: Ökolinstitut, Wielandstr. 21, 6900 Heidelberg, Projektgruppe Reaktorsicherheit. Bitte mit Anzahl (Schlafplätze) etc. anmelden!



# Briefaktion gegen japanische Atom Müllversenkung im Pazifik

Japan, das mit 21 Atomkraftwerken und einer Wiederaufbereitungsanlage zweitgrößte westliche Atomland nach den USA, will zur "Probe" noch vor dem März 1981 fünf- zehntausend Fässer mit Atom Müll aus ihrem Lagerbestand von über 250.000 Fässern, im Pazifik versenken.

Das ist die billigste Methode, den Atom Müll außer Sichtweite zu schaffen, und zwar in ein Gebiet, das noch weniger als der Mond erforscht ist. Ein Versenken des Atom Mülls in diese unkontrollier- und unbeaufsichtbare Biosphäre bedeutet, daß viele Generationen durch radioaktive Nahrungsketten und durch andere Folgen dieses kurzsichtigen Wahnsinns leiden und sterben müssen. Die Atom Müllversenkung steht in Zusammenhang mit Versuchen der japanischen Atomindustrie, eine Plutoniumwirtschaft aufzubauen und eine atomare Autarkie zu etablieren, z.B. durch eine geplante zweite Wiederaufbereitungsanlage und Lizenzerwerb für Uranausbeutung in Sambia. Die Entwicklung der japanischen Atomwirtschaft zur Plutoniumwirtschaft hat natürlich militärischen Beigeschmack. Die Frage nach atomarer Bewaffnung Japans wird immer lauter.

Ebenso wichtig ist die fortschreitende Zusammenarbeit der japanischen und amerikanischen Atomindustrie im Pazifischen Raum, ihre gemeinsamen Atomgeschäfte mit diktatorischen Regimen wie Südkorea, Taiwan und den Philippinen. 15 Atomkraftwerke werden in diesen Ländern betrieben oder gebaut. Gemeinsam planen Japan und die USA auf einer pazifischen Insel ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente aus diesen Ländern zu bauen, das eventuell zu einer Wiederaufbereitungsanlage ausgedehnt werden kann.

Die geplante Atom Müllversenkung ist ein entscheidender Schritt, die Atomwirtschaft in dieser Region weiter zu forcieren. Dies bedeutet die Umwandlung des Pazifiks, der ohnehin schon stark von Kernwaffentests verseucht ist, in eine atomare Kloake, denn diesem Anfang werden andere Länder wie Südkorea, Taiwan und die USA folgen.

Atom Müllversenkung in den Pazifik wurde von den USA zwischen 1946 und 1970 nahe der Fallon-Insel, östlich von San Francisco, prakti-

ziert. Die USA stellten 1970 diese Versenkung auf Protest von Umweltschützern und pazifischen Anrainerstaaten ein. Nachforschungen an den dort versenkten Fässern - insgesamt 7.500 Kiloliter - ergaben, daß die Fische der Umgebung verseucht sind. Es gibt Fotos von durch Wasserdruck zerquetschten und verrosteten Fässern mit verrotteten Zementfüllungen.

Japan plant die erste "Probe"versenkung von 500 Curie Radioaktivität im nächsten Jahr im Laufe der Zeit auf eine Versenkung von 100.000 Curie jährlich zu erhöhen.

Das wird zur Folge haben, daß auch der in Europa und den USA zu Bergen aufgehäufte radioaktive Müll (wieder oder verstärkt) ins Meer geschmissen wird.

Die Notwendigkeit einer Briefaktion ergibt sich schon aus diesem Grunde, aber noch aus einem anderen: In Japan ist die Industrie übermächtig, die Umweltbewegung dagegen eine sehr kleine, radikale Minderheit. Zwar läuft eine Unterschriftenaktion, und Regierungen und Bürgerinitiativen auf pazifischen Inseln wie Guam, Saipan, Truk und Ponape, die aber mit Amerika und Japan wirtschaftlich und militärisch verflochten und leicht unter Druck zu setzen sind, sind entschieden gegen die Atom Müllversenkung. Aber bei der unaufgeklärten Öffentlichkeit in Japan und den noch kleineren Widerstandsgruppen - trotz der Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki - ist die Gefahr groß, daß dieser Atom Müllexport in das internationale Gewässer stattfindet.

Die japanische Regierung und Industrie sind sehr auf ihr Ansehen, ihr „Gesicht“ bedacht. Wir rufen Euch deshalb zu einer Briefaktion gegen diese Atom Müllversenkung auf. Im Brief soll die japanische Regierung mit einem Boykott japanischer Waren bedroht werden, falls ihr Vorhaben praktiziert wird. Das ist die Sprache, die die dortigen Machthaber und die Industrie gut, sogar sehr gut verstehen.

Die japanische Bewegung schafft es nicht alleine, andererseits reichen an alle Kontinente die Meeresströmungen. Deshalb schreibt bitte! Die Briefe können in jeder Sprache abgefaßt werden. Englisch wäre aber am besten, zum Beispiel folgendermaßen:

Minister of Commerce and Industry Rokusuke Tanaka  
Tsusan-sho Kasumigaseki 1-3-1 Chiyoda-ku Tokyo Japan

Dear Mr. Tanaka!

Because of our responsibility for the coming generations, I express my indignation about the Japanese Government's plan, to send radioactive wastes to the bottom of the Pacific Ocean. If the Japanese Government doesn't change her plan of polluting international waters, I will stop buying Japanese goods, I as well as my business-friends.

expecting your reply,  
sincerely

Wenn ihr um Antwort bittet, wird das die japanische Bürokratie besonders aufhalten.

Ihr könnt auch dem Premierminister schreiben. Hier die Adresse: Zenko Suzuki, Shusho-Kantei Nagata-cho 2-3-1 Chiyoda-ku Tokyo Japan  
Unterschriftensammlungen und Solidaritätserklärungen gegen die Versenkung können an die Umweltschutz-Selbsthilfegruppe geschickt werden. Adresse: Jishu Koza Mukogaoka 1-3-7 Bunkyo-ku Tokyo Japan

Diesen Aufruf unterstützen Freunde der Erde, Ärztgruppe gegen Atomkraftwerke, Umweltmagazin, Greenpeace, TAZ und Atom Express.



## Atomruinen in Schacht Konrad

Das ehemalige Eisenbergwerk „Konrad“ bei Salzgitter wurde seit fünf Jahren auf eine Eignung als Endlagerstätte für schwach- bis mittelaktiven Müll aus Großforschungsanlagen, Landessammelstellen und vor allem aus Atomkraftwerken untersucht. Die Untersuchungen werden von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe durchgeführt. Ende Dezember erklärten diese nun auf einer Pressekonferenz, daß einer Nutzung des Schachts nichts im Wege stehen würde. Das Gestein sei absolut trocken, von der Außenwelt abgeschlossen und außerdem habe es in der Gegend in den letzten tausend Jahren kein einziges Erdbeben gegeben.

Die konkreten Untersuchungsergebnisse sind bisher noch nicht veröffentlicht worden, deshalb läßt sich dazu im Moment wenig sagen. Es hat bisher eine strikte Geheimhaltung der Ergebnisse gegeben; die örtlichen Bürgerinitiativen haben keinerlei Einsicht erhalten und auch ihre Forderung, das Freiburger Öko-Institut in die Untersuchungen einzubeziehen, wurde bisher total ignoriert.

Es sieht ganz so aus, als sollte dieses Endlager zügig ausgebaut werden, denn bereits in der Vergangenheit wurden eine neue Eisenbahnstrecke, eine 4-spurige Schnellstraße und ein neuer Containerhafen in der Nähe gebaut. (Ein ausführlicher Hintergrundbericht war bereits im Atom Express Nr. 21 abgedruckt!) Wegen seiner Größe soll Schacht Konrad auch speziell zur Aufnahme ganzer Atomruinen ausgebaut werden.

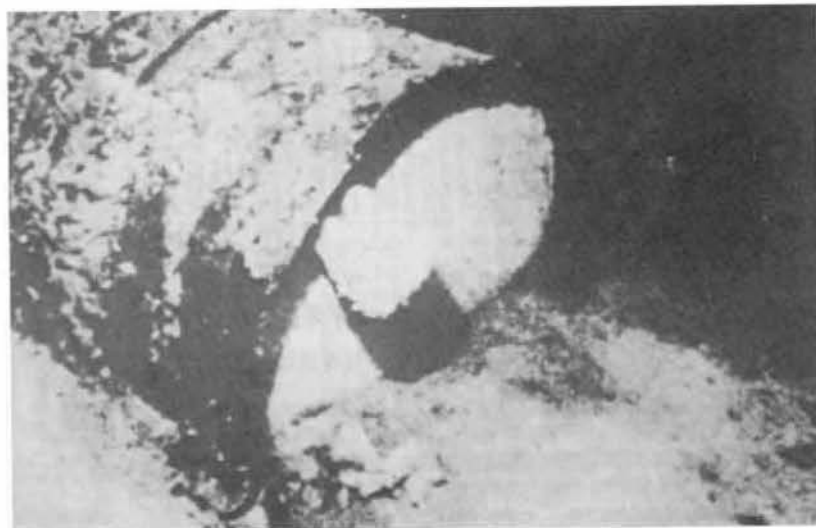


Foto: Kaputte Fässer mit radioaktivem Müll

**Asse II: Vom "Versuchsendlager" zum offiziellen Endlager?**

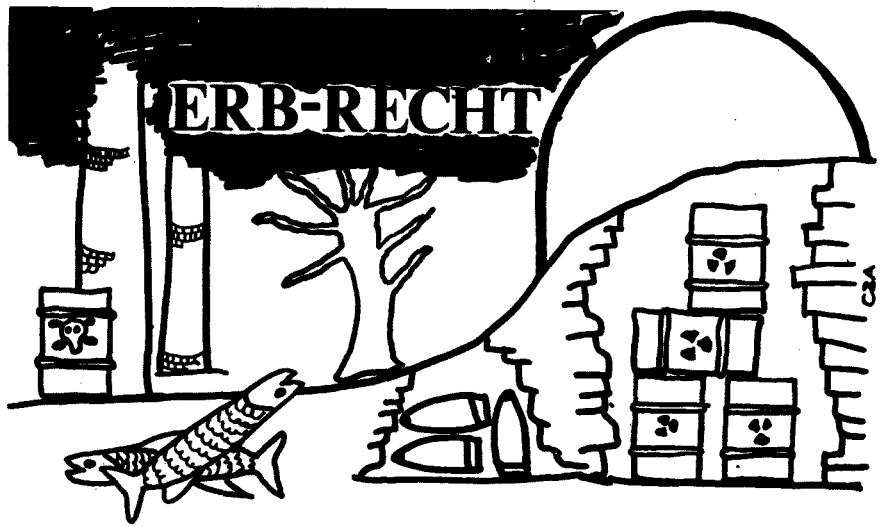
Das ehemalige Salzbergwerk Asse II (bei Wolfenbüttel) dient als Lagerstätte für schwach- und mittelaktiven Atommüll.

Aufgrund langanhaltender Proteste und großer technischer Unsicherheiten wurde die Genehmigung zur Einlagerung 1978 nicht weiter verlängert, sondern ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Bisher ist die Einlagerung unter dem Schlagwort der «rückholbaren Endlagerung» vonstatten gegangen, in Zukunft soll diese Einlagerung jedoch auf eine juristisch eindeutige Rechtslage gestellt werden. Deshalb das Planfeststellungsverfahren. Im Moment wird nicht eingelagert, aber es werden umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsprogramme unter Tage durchgeführt, um weitere Lagerräume in 700 und 1000 Meter Tiefe zu erschließen. Danach soll Asse II ein offizielles Endlager werden.

Inzwischen scheint selbst dem Kreistag das Ganze nicht mehr geheuer zu sein, nachdem er feststellen mußte, daß Asse II gleichberechtigt neben Gorleben als atomares Endlager im neuen Entwurf des niedersächsischen Raumordnungsprogrammes vorgesehen ist. Das ist denn doch zu viel. So will der Kreistag darauf drängen, daß eine unterschiedliche Bedeutung der beiden Standorte ausgewiesen wird; denn der Kreistag hat bereits vor langer Zeit einen Beschluß gefasst, der sich gegen die Einlagerung von hochaktivem Müll in der Asse richtet. Die Befürchtung der Bis um die Asse war schon immer, daß Asse, in dem schon lange Versuche mit hochaktivem Müll durchgeführt werden, klammheimlich zum Endlager auch für jenen Müll gemacht wird, sollte es in Gorleben nicht klappen.

**DWK-Prese-Mitteilung**

Die DWK-Preseabteilung hat auch den Atom Express wissen lassen, daß die Entsorgung der Kernkraftwerke zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört. „Wir gestatten uns, Sie in Zukunft über Probleme aus dem Bereich Entsorgung der Kernkraftwerke regelmäßig zu informieren und senden Ihnen hierzu entsprechende Pressemitteilungen zu. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, Ihnen mit weiteren Auskünften behilflich zu sein und verbleiben“ ja, wie – verbleiben? Ach ja, „mit vorzüglicher Hochachtung“.



**§1924, Abs.4: Kinder erben zu gleichen Teilen**

**Jetzt auch Lager für schwachaktive Abfälle in Würgassen**

Die Entsorgungssituation für radioaktive Abfallstoffe wird immer prekärer. Nicht nur die Beseitigung abgebrannter Brennelemente bereitet den Atomkraftwerksbetreibern Kopfzerbrechen. Seit jüngster Zeit ist es auch zu Schwierigkeiten bei der Beseitigung sogenannter schwachaktiver Abfallstoffe gekommen. Die Preussen-Elektra hat jetzt die Genehmigung erhalten, auf dem Kraftwerksgelände in Würgassen eine Lagerhalle für schwachaktive Abfälle zu errichten.

Hintergrund dieser Maßnahme ist der Umstand, daß in das "Versuchsendlager Asse II" seit Ende 1978 keine radioaktiven Abfälle mehr abgeliefert werden können. Auch in den nächsten Jahren wird das wegen des laufenden Planfeststellungsverfahrens nicht möglich sein (siehe Bericht in dieser Ausgabe). Ein existierendes ähnliches Landessammellager in Nordrhein-Westfalen darf von den Betreibern nicht benutzt werden.

Wie jedes AKW in der BRD verfügt auch Würgassen bereits über ein internes Lager, in dem die Abfallstoffe bis zum Transport in die Asse II aufbewahrt wurden. Da seit Ende 1978 keine Abfallprodukte mehr abgeliefert werden konnten, ist die Kapazität des Lagers bald erschöpft. Die schwachaktiven Abfallstoffe - wie verstrahlte Arbeitskleidung, Putzlappen, Plattiktüten und Handschuhe - werden nach spezieller Vorbehandlung in Stahlblechfässer verpackt und luftdicht verschlossen. Zur Asse II wurden aus Würgassen bereits 7000 solcher Fässer geliefert und eingelagert. In Würgassen fallen jährlich rund 1000 Fässer an. Sie sollen nun in der vom Detmolder Regierungspräsidenten genehmigten "Transportbereitstellungshalle" aufgebahrt werden. Die Halle hat mit ihren vier Abschnitten eine Aufnahmekapazität von 8000 Fässern je 200 Liter.

**Gelehrte uneins über sichere Methode der Atommüll-Lagerung**

Bedenken gegen die Einlagerung in Borosilikat-Gläser / Kernforschungszentrum Karlsruhe denkt über Alternativen nach

Von unserem Redaktionsmitglied Günter Hollenstein

FRANKFURT A. M., 9. Oktober. Die Frage der sicheren Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe aus Atomkraftwerken im Gestein nach der Wiederaufarbeitung hat zu einem heftigen Gelehrtenstreit geführt. Während die Konzeption für die zwischenzeitlich auf Eis gelegte Wiederaufarbeitungs-Anlage in Gorleben, die als Pilotprojekt gilt, vorsieht, die radioaktiven Stoffe in Borosilikatgläser einzuschmelzen, meldeten Wissenschaftler aus dem In- und Ausland gegen diese Methode starke Bedenken an. Zum einen meinten die Kritiker, daß diese Gläser zwar relativ stabil gegenüber dem Grundwasser seien, die Wärme und die Einwirkung von Wasserdampf führten jedoch schon nach wenigen Wochen zu Zerfallserscheinungen. Zu diesen Bedenken, die der Göttinger Mineraloge Albert Günter Herrmann schon vor einiger Zeit vorgetragen hatte, kommt die Sorge australischer Wissenschaftler hinzu, radioaktive Strahlung könnte die Glasmaterialien so beeinflussen, daß sie Feuertätigkeit anfangen würden.

FR-Informationen offenbar bewirkt, daß im Kernforschungszentrum Jülich Alternativen zur Borosilikat-Konzeption entwickelt werden. Dabei steht das Problem im Vordergrund, daß radioaktive Abfallprodukte (Radionuklide) in den Glasblöcken nie vollständig gelöst und als solche empfindlich gegen thermische Spannungen und Gebirgsdruck sind. Außerdem müssen bei der Einschmelzung sehr hohe Temperaturen entwickelt werden, wodurch die Gefahr besteht, daß Radionuklide entweichen.

Die Langzeitwirkung der Radioaktivität wird im Hahn-Meitner-Institut in Berlin getestet, wobei es aber schwierig ist, Versuchsbedingungen zu entwickeln, die sich ohne weiteres auf sehr große Zeiträume übertragen lassen. Eine sichere Einschlußzeit von etwa 1000 Jahren ist erforderlich, ehe die Radioaktivität so weit abgeunken ist, daß sie keine unmittelbare Gefahr mehr darstellt. Mit Hinweis auf die Schwierigkeit der Langzeitüberwachung, unter anderem wird mit der Konzeption an Radioaktivität gearbeitet, um wenigstens annähernd lange Zeiträume zu simulieren — werden die Bedenken der Australier gegen Langzeitwirkung von Radio-

aktivität auch als zu pauschal zurückgewiesen. So genau werde sie bislang noch nicht erforscht werden können.

In diesem Zusammenhang verweist man darauf, daß die Australier an einem eigenen Konzept arbeiten und folglich "Partei" sind. Ihre „Synroc“-Methode („synthetischer Felsen“) läuft darauf hinaus, eine Art künstliches Gestein zu schaffen, bei dem die Radionuklide praktisch chemischer Bestandteil sind. Hierzulande gibt es aber erhebliche Zweifel, ob sich alle diese Abfallstoffe, die von unterschiedlicher chemischer Qualität sind, in einen solchen „Felsen“ integrieren lassen.

Im Kernforschungszentrum Karlsruhe verspricht man sich mehr davon, statt der Glasblöcke kleinere Glaskugeln zu verwenden, die wiederum in einen Metallblock eingeschlossen sind. Dadurch erhöht sich die Stabilität gegenüber dem Druck der Gesteine, in die der „Abfallbehälter“ eingelassen wird. Die Radionuklide werden in getrocknetem Zustand mit dem Glaspulver vermischt und dann gepreßt. Dabei sind nicht so hohe Temperaturen wie bei der Borosilikat-Methode erforderlich. Zusätzlich könnten „Mülltonnen“ aus

standhaften Metallen, in die der Abfall eingeschlossen wird, eine zusätzliche Sicherheitsbarriere darstellen.

Wird auf eine Wiederaufarbeitung verzichtet, läßt sich die Lagerung offenbar einfacher bewerkstelligen. Zwar halten Befürworter einer Wiederaufarbeitung dem entgegen, daß die sichere Einschlußzeit bei der Endlagerung des Atommülls, der in einem solchen Fall mehr Uran und Plutonium enthält, auf bis zu eine Million Jahre heraufgesetzt werden müsse, das „System“ als solches scheint allerdings einfacher zu sein. Das ausgebrannte Brennelement wird entweder als Ganzes oder zerschnitten in einen Kanister, etwa aus Kupfer, „gekapselt“ und dann gelagert.

Auf diese Methode verweisen insbesondere die Kritiker einer Wiederaufarbeitung. Sie bemängeln angesichts des Expertenstreits um die sichere Einlagerung von Atommüll, daß die Konzeption für die Endlagerung von Atommüll eine breite Grundlagenforschung vorher zu betreiben. Der Physiker Helmut Hirsch vom Öko-Institut in Hannover: „Die Methode wurde nach den Bedürfnissen der Industrie ausgewählt und ist daher in erster Linie relativ billig.“

1/3/4/5/2

## Bayern will Atom Müll in Mitterteich lagern

Die Stadt Mitterteich im Landkreis Tirschenreuth soll Standort der neuen bayerischen Landessammelstelle für schwach- und mittelradioaktiven Abfall werden. Bayerns Umweltminister Dick hat sich für Mitterteich entschieden, weil "es nicht in unmittelbarer Nähe von Naturschutz- und Wasserschutzgebieten liegt, nicht hochwassergefährdet ist und die erforderliche Infrastruktur besitzt". Die Sammelstelle die aus 2 Lagerhallen bestehen soll, soll auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerkes - es dient jetzt als Sondermülldeponie - errichtet werden. Der Bau soll Mitte 1982 fertig werden. Jedes Jahr werden ca 500 Fässer aus dem medizinischen Bereich und 3000 Fässer aus Atomkraftwerken angeliefert werden. 10% davon wird mittelaktiver Atom Müll sein.

Mitterteichs Oberbürgermeister Karl Haberkorn will sich "erstmal eingehend informieren". An Arbeitsplätzen wird für Mitterteich nicht viel dabei herauspringen. Es ist lediglich eine 10 Mann Belegschaft geplant, vom Physiker bis zum Facharbeiter. Den Bürgern von Mitterteich ist bei diesen Plänen gar nicht wohl zumute. Neben der Sondermülldeponie nun auch noch eine Atom Mülldeponie? Nein! Kurz vor Weihnachten regte sich erheblicher Widerstand. 8000 Mitterteicher fanden sich zu einer Demonstration gegen die geplante Atom Mülldeponie zusammen!

## WAA bei Regensburg?

Die Länderregierungen reißen sich in letzter Zeit offenbar förmlich um eine WAA. Nach Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz meldet sich jetzt auch Bayern zu Wort. In der Zeitschrift "Die Woche" wurde im November von Plänen berichtet, nach denen die bayrische Landesregierung bei Schwandorf-Wackersdorf bereits Bodenuntersuchungen vornehme, die als geologische Messungen getarnt seien. In dem ehemaligen Braunkohlenrevier in der Nähe von Regensburg soll demnach eine WAA errichtet werden, mit einer Investitionssumme von ca. 10 Mrd. DM. Das wäre dann keine "kleine WAA" wie die in Hessen geplante, sondern würde schon an Dimensionen heranreichen (1500 t Jahresumsatz), wie früher in Gorleben vorgesehen. Von den offiziellen Stellen werden solche Pläne zwar abgestritten, aber auf Rückfrage erklärte der verantwortliche Journalist, daß seine Informationen aus "absolut sicherer Quelle" stammen würden.

Verwunderlich wäre es auch nicht, denn Regierungschef Strauß hatte bereits in seiner Regierungserklärung gesagt, daß er gemäß dem Beschluß der Bund-Länder-Kommission prüfen werde, ob in Bayern ein geeigneter Standort für eine WAA vorhanden sei. Außerdem drängt auch die Zeit für die bayrischen AKWs, in denen die Lagerbecken bald überquollen werden. Will Strauß, ehemaliger Atomminister, und einer der größten Befürworter der Atomenergie, mutig voranschreiten und den anderen beweisen, wie man Atomanlagen durchsetzt? Warten wir's ab.

## Widerstand gegen die hessischen WAA-Pläne

Wir berichteten im letzten Atom Express ausführlich über die hessischen Atompläne, wobei die WAA ein Schwerpunkt ist. Es sind in letzter Zeit eine Reihe möglicher Standorte ins Gespräch gebracht worden. Die Verunsicherung unter den Gegnern ist groß. Das wird sich auch nach einer Bekanntgabe eines möglichen Stan-

dortes - die übrigens täglich erfolgen kann - nicht ändern, denn die hessische Landesregierung wird fünf bis zwölf mögliche Standorte benennen. Das geschieht nach dem gleichen Muster wie seinerzeit in Gorleben, um zu testen, wo die günstigsten politischen Bedingungen zur Durchsetzung des Projekts gegeben sind.

Für die Gegner der Atompläne bedeutet das, daß an allen möglichen Standorten massenhafter Protest entwickelt werden muß, also sehr viel Arbeit geleistet werden muß. Schon seit längerer Zeit besteht der Plan, nach Bekanntgabe der Standorte eine zentrale Großdemonstration durchzuführen. Auf der hessischen Landeskongress am 15.11. in Gießen einigten sich die teilnehmenden Initiativen auf einen Termin 2-3 Wochen nach Bekanntgabe an einem geeigneten, betroffenen Standort. Am ersten Samstag nach Bekanntgabe soll deshalb sofort eine Landeskongress stattfinden, um den genauen Ort festzulegen und die konkreten Vorbereitungen einzuleiten.

In Gießen wurde ebenfalls beschlossen, die Informationsarbeit weiter zu verstärken, besonders in den betroffenen Gebieten. Es wurde ebenfalls diskutiert, inwieweit sich die Initiativen an der im März dieses Jahres stattfindenden Kommunalwahl beteiligen können und sollen und ob eine Zusammenarbeit mit grünen und alternativen Listen sinnvoll ist. Die Anti-AKW-Gruppen wurden deshalb aufgefordert, bis zur nächsten Landeskongress diese Frage möglichst zu klären.

**Plakate zu der geplanten Großdemo gibt es schon jetzt bei: Ursula Roos, Bleichstr. 24, 6300 Gießen.**



**Regionalkongress der nordhessischen BIs 4.11.80**

Während der Kongress war Rechtsanwalt Geulen aus Berlin anwesend und stellte an die Spitze seiner Ratschläge für rechtswirksamen Widerstand gegen atomindustrielle Anlagen das **Nichtverkaufen von Grundstücken** im Bereich der geplanten Anlage. Das Recht am Grundeigentum ist fast besser geschützt als das Recht auf Leben und Gesundheit.

Nur durch Enteignung oder Besitzeinweisung kann der Gegner zur Verfügungsgewalt über das Gelände kommen. Beide Verfahren sind bundesgesetzlich streng geregelt und dauern jahrelang.

In **Gorleben** und an anderen Orten sind viele Eigentümer leider durch Falschinformationen oder durch hohe Preise zum Verkauf überredet worden. Man drohte ihnen im Falle der Enteignung würden sie später viel weniger bekommen, als man ihnen jetzt bietet. In Wirklichkeit steigt der Grundstückswert im Laufe der Industrialisierung in der Regel so schnell, daß die Entschädigung am Ende höher ausfallen kann, als der jetzt gebotene hohe Kaufpreis.

... Überhaupt zielen alle unsere Schritte vor allem auf Zeitgewinn, wobei wir hoffen, daß inzwischen Ereignisse eingetreten sind oder Meinungsänderungen sich vollzogen haben, nach denen alles anders aussieht. Empfohlen wird die Broschüre 'Und sie verkauften ihr Land', zu beziehen bei der BI Lüchow-Dannenberg, 313 Lüchow, Drawehnerstr..

In **Borken** wir in Kürze ein Umweltladen eröffnet. Zur Unterstützung bittet die BI um kleine oder große Spenden auf das Kont: Stadtparkasse Borken: **6494 Stichwort 'Umweltladen'**

Der **Nordhessische Umweltbote** hat großes Interesse an Mitarbeiter/innen. Meldet euch bei: Wilfried Wackerbarth, Neustädterstr. 6, 3580 Fritzlar, Tel: 05622- 47 56

**Und als letztes noch Kassel;** dort gibt es ein neues Umweltzentrum, wofür uns allerdings die Öffnungszeiten noch nicht vorliegen. Hier die Adresse:

Umweltzentrum Kassel  
Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel, Tel: 0561-75307

## Kritische Naturwissenschaftler gegen die hessische WAA

Am 7./8.2.81 findet im Raum Marburg ein überregionales Gründungstreffen einer Naturwissenschaftlergruppe gegen die geplante hessische WAA statt.

In einem Aufruf zu diesem Treffen heißt es: ... „wie schon im Fall Gorleben müssen kritische Naturwissenschaftler dabei wesentliche Aufgaben übernehmen: a) Vermittlung der Gefahren dieser komplexen Anlage in allgemeinverständlicher Form an BIs und fachliche Beratung bei der Vorbereitung von Kapagnen; b) Auswertung der von der DWK ausgelegten Berichte (Technik, Sicherheit, Standortspezifika); c) Prozeßvorbereitungen (Aufarbeitung des Materials, Gegengutachten); d) Teilnahme an öffentlichen Diskussionen und Hearings, bzw. Vermittlung von Referenten.

Diese Aufgaben sind so vielfältig und umfangreich, daß damit auch eine große BI überfordert wäre. Dazu müssen sich kritische Naturwissenschaftler aller Fachrichtungen zusammenfinden: Physiker, Chemiker, Techniker und Biologen, Geologen, Meteorologen, Mediziner und Mathematiker."

**Anmeldungen und Kontakt über: Helmut Burdorf, Mozartweg 12, 3553 Cölbe, Tel.: 06421-82 82 7**

## Bürgerversammlung in Breuna

In der Nachbargemeinde von Volkmarsen, das als Standort für eine WAA im Gespräch ist, fand am 9.1.81 eine Bürgerversammlung mit etwa 500 (!) Einwohnern statt. Prof. Bechert gab einen Überblick über die durch den Bau und Betrieb einer WAA wahrscheinlichen Beeinträchtigungen und Schädigungen der Bevölkerung. Es wurde berichtet, daß die Vertretung der Stadt Volkmarsen über die Frage WAA -Ja oder Nein?- eine Volksabstimmung entscheiden lassen möchte - natürlich nur im parlamentarischen Rahmen. D.h., daß bei der kommenden Kommunalwahl im März jede nicht gegen SPD, FDP und CDU abgegebene Stimme als Zustimmung zu dem Projekt genommen wird. Die Berichte einiger Landwirte, an die bereits wegen Landverkaufs herangetreten wurde, lassen unserer Meinung nach darauf schließen, daß die Standortplanung Volkmarsen schon wesentlich weiter fortgeschritten ist, als allgemein verbreitet wird.

Desweiteren wurde auf der Versammlung ein Sternmarsch am 1. Mai zum Iberg (mögliches Baugelände) vorgeschlagen. Weiterhin findet am 15.1.81 im Bürgerhaus von Arolsen eine Informationsveranstaltung der Grünen statt. Am 22.1. wird in Warburg eine Bürgerversammlung durchgeführt.

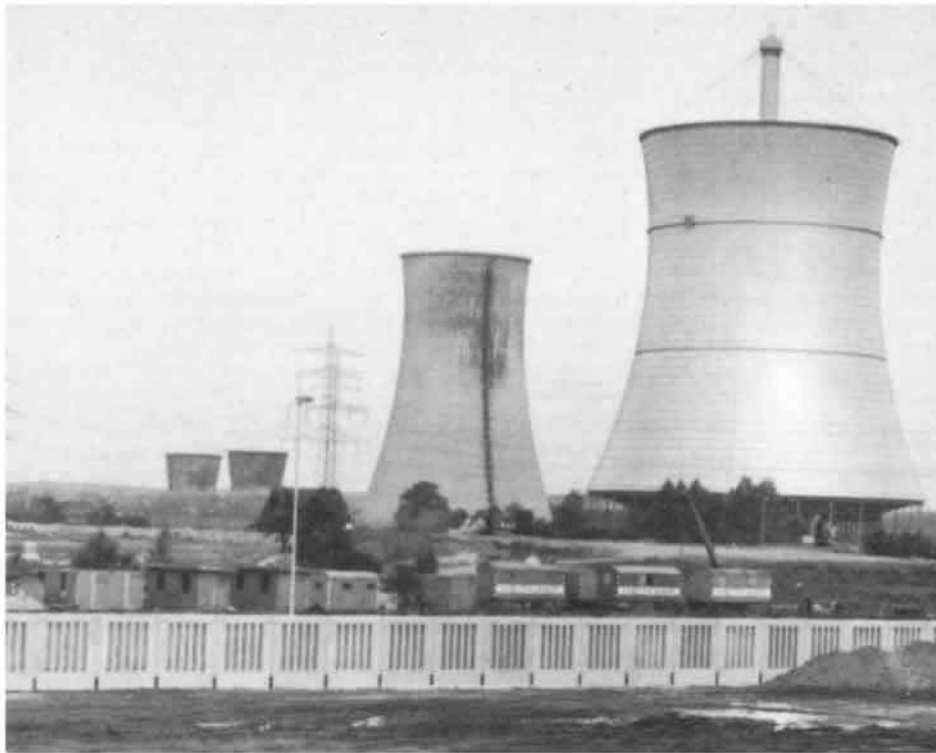
Einige Anwesende



# Nukleare Fern

In diesem Artikel wird die im letzten Atom Express begonnene Auseinandersetzung um die Zukunftspläne der Atom-Lobby weitergeführt: Es geht um die Erhöhung des Stromverbrauchs durch die Erzeugung nuklearer Fernwärme im Hochtemperatur-Reaktor

## Adam



Seit 1971 im Bau: der Hochtemperaturreaktor in Uentrop-Schmehausen

Wenn angesichts der Elektrowärmepumpenstrategie eine Steigerung hinsichtlich der gemeinsamen Interessen der Energieanbieter überhaupt noch möglich ist, so beim Projekt "Nukleare Fernwärmeerzeugung". Worum geht es?

Nukleare Fernwärmeerzeugung" oder auch "Wärmetransport auf kaltem Wege" ist ein speziell in der BRD mit Hochdruck betriebenes Forschungsprojekt, für denjenigen, der den Versprechungen der Politiker und ihrer Wissenschaftler noch glauben kann, das Heizsystem schlechthin. Derjenige, der bereits einen Blick hinter die Kulissen geworfen hat, erkennt auch sofort warum. Hauptbestandteil dieses "neuartigen Heizsystems" ist nämlich ein neuer Typ Atomreaktor, der sogenannte Hochtemperaturreaktor. Seine Wärme von rund 900 Grad Celsius (!) soll ein Gasgemisch chemisch verändern, die nunmehr in chemischer Form gespeicherte Energie über Rohrleitungssysteme dem Verbraucher zugeführt werden und dort durch eine Umkehr des chemischen Prozesses die Energie wiedergewonnen werden. Es sollen hochwertige Gase wie etwa Wasserstoff erzeugt werden, vor allen Dingen aber die Kohleverflüssigung und damit die Benzinherstellung in großem Maße in Angriff genommen werden. Diese Vielfalt der Perspektiven garantiert für höchstes Interesse – nicht nur seitens der Energiemonopole. Damit ist dieses Projekt geradezu ein Paradebeispiel der Großtechnologie: Es hat die verheerenden Eigenschaften der Unübersichtlichkeit, der unbedingten Abhängigkeit des Verbrauchers, ist ungeheuer kapitalintensiv und fördert unmittelbar ein weiteres Zusammenrücken der Energiemonopole.

Da sind zunächst die **Kraftwerksproduzenten**, die neuen Bauaufträgen gegenüber natürlich nie abgeneigt sind, insbesondere, wenn es sich um einen Reaktortyp mit derartig vielseitigen Perspektiven handelt; da es den Hochtemperaturreaktor (HTR) noch nirgendwo auf der Welt gibt, gilt es rechtzeitig Know-How zu erwerben, das zwangsläufig eine Vormachtstellung manifestiert und den Exportmarkt erschließt. So baut die Hochtemperatur-Kernkraftwerk-Gesellschaft m.b.H. (HKG) und das heißt im wesentlichen die vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) mit unseren Steuergeldern seit Mai 1971 in Uentrop-Schmehausen, nur 120 Km vom Kalkar-Brüter entfernt, den ersten HTR. Die ausführende Firma der HKG ist ein Zusammenschluß bekannter Konsorten: Brown Boverie + Cie (BBC), die Hochtemperatur Reaktorbau GmbH (HRB), Tochter von BBC und Gulf und die NUKEM GmbH.

Für die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Atomindustrie und deren Zulieferfirmen liefert der HTR Argumente für die weitere Nutzung der Atomenergie, da mit dem HTR nicht nur Strom sondern auch Heiz- und Prozeßwärme erzeugt werden können. Dies ist für die Atomlobby aus zwei Gründen besonders wichtig: Zum einen ist auf längere Sicht der Elektrizitätsmarkt nicht lukrativ genug; die Zeit der phantastischen Zuwachsraten auf diesem Sektor ist vorbei und der Anteil der elektrischen Energie am Gesamtenergieverbrauch auf absehbare Zeit nur entscheidend durch ein Eindringen in den Wärmemarkt auszuweiten. Dies wird aber in dem Maße schwerer, wie deutlich wird, was es mit der sauberen Energie Strom auf sich hat und wie es um die diesbezüglichen Energiebi-

lanzen bestellt ist. Deshalb ist es für den Erfolg unerlässlich, neben der elektrischen Wärmepumpe ein weiteres Eisen im Feuer zu haben. Zum andern hat die Atom-Lobby durch den HTR die Chance, die "friedliche Nutzung der Atomenergie" auch in den Bereich der Kohlewirtschaft und der industriellen Prozeßwärme auszudehnen. Ein willkommener Anlaß, um auch in dieser Hinsicht die Werbetrommel über die Nützlichkeit der Atomenergie zu rühren und die alleinige Abhängigkeit vom Markt der Elektrizitätserzeugung zu durchbrechen. Ein Versuch, der, wie die ersten Atomprogramme beweisen, seit der Einführung des Atomministeriums unter F.J. Strauß stets verfolgt aber bisher nie realisiert werden konnte. Dies zeigt auch die Bauchlandung auf dem Sektor atomargetriebener Schiffe, ein Projekt, das in der Anfangsphase absolut gleichrangig neben dem Einsatz der Atomenergie zur Stromerzeugung war und nur deshalb sterben mußte, weil im Gegensatz zum Bereich der Stromerzeugung beim Schiffbau und den Reedereien noch so etwas wie Wettbewerb herrscht und Atomenergie auf einem Wettbewerbsmarkt nie eine Chance hat. So aber läßt sie sich aufrecht erhalten, die Vision von Ehe zwischen den Zukunftsreaktoren Brüter und Hochtemperaturreaktoren: Schnelle Brüter erzeugen die Elektrizität und den Brennstoff für die HTR, die wiederum produzieren Prozeßwärme, Kohlebenzin und Wasserstoff.

Und dann sind da noch die Träume der **Kohlewirtschaft**; allen voran die ihrer Manager, des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers und der Spitzenfunktionäre der IG-Bergbau, denen so ziemlich alles egal ist, wenn es nur mit der "Sicherung der Arbeitsplätze" in Verbindung zu bringen ist. Gestattet das Konzept des HTR doch die Kohlevergasung in großem Maßstab und hebt damit endlich die derzeit noch wirksame Konkurrenz zwischen Kohlenutzung und Atomenergienutzung auf – sehr im Interesse der beteiligten Energiegiganten. Keine Kohlenutzung in großem Maßstab ohne Atomkraft und die **Gewerkschaften** sind auch mit von der Partie.

Daß da die **Gaswirtschaft** nicht fehlen kann, leuchtet angesichts der Bedeutung des Sekundärenergieträgers Synthesegas bzw. Wasserstoffgas im HTR-Konzept unmittelbar ein. Überdies berührt dieses Konzept, das frühestens nach dem Jahre 2000 zu realisieren ist, nicht die derzeitigen Angebotsüberhänge. Und wer wäre schon abgeneigt, Kapital renditeträchtig und obendrein absolut sicher anzulegen.

Das gilt natürlich erst recht für die **Ölmultis**. Einkäufen in andere Energieversorgungsunternehmen und auch branchenfremde Investitionen sind schon seit Jahren fester Bestandteil ihrer Politik geworden. Und da sollen sie fehlen, wenn es um die Substitution jenes Produktes geht, das es ihnen erlaubte Regierungen zum Spielball ihrer Interessen zu machen? Keine Substitution von Mineralölprodukten in großem Maßstab ohne die Ölmultis; Garant dafür sind ihre Vormachtstellung und die vielfältigen Verflechtungen auf dem Markt der Energieanbieter und Politiker. Zudem ist eine großtechnische Substitution stets durch enormen Kapitalbedarf gekennzeichnet und da geht von vornherein kein Weg an den Ölmultis vorbei.

Und wenn schon so viel vom Benzin die Rede war, so ist dies Konzept sicher auch das der **Autoindustrie**.

# wärmeerzeugung und Eva im Paradies

Genügend Treibstoff ist nun mal die Voraussetzung für den Verkauf von Kraftfahrzeugen, und wenn man selbst auch nicht so recht an die Zukunftsvisionen vom tropfenden Ölhahn glaubt, so kann es doch nie schaden, über eine weitere Treibstoffquelle zu verfügen.

Und schließlich diejenigen, die in unser aller Namen dafür die Steuergelder zur Verfügung stellen, daß all die Multis ihr Geschäft machen können: die **Politiker**. Eine merkwürdige Mischung aus Hinterlist, Unwissenheit, Betrug, Arroganz und nicht zuletzt von vermeintlichen Sachzwängen. Sie schuf die Grundlage für den unerschütterlichen Glauben an die Machbarkeit und den Segen der Großtechnologie, frei nach dem Motto: je größer und teurer desto besser. Wo wäre es besser nachzuvollziehen als im vereinten Kampf von Politik und Industrielobby bei der Durchsetzung des Atomprogramms. Ein Lehrstück, das jeden Tag aufs neue zu bewundern ist und seit Jahrzehnten im Haushalt "Energieforschung und Energietechnologie" seine Niederschlag findet. Daß in den vergangenen zwei Jahrzehnten keine Steuermark in die Nutzung alternativer Energien gesteckt wurde, während gleichzeitig allein über 20 Mrd. DM für die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie bereitgestellt wurde, ist die Folge dieser guten Zusammenarbeit. Nicht zu reden von den 7 Großforschungszentren, die der Staat errichtete, um der Industrie das erforderliche Know-How zu verschaffen, für das wir dann ein zweitesmal von den Energiegiganten zur Kasse gebeten werden. Als einziges dieser Forschungsinstitute ist nur die "Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V." (DFVLR) nicht direkt mit der Nutzung der Atomenergie

beschäftigt. Für alle anderen bedeutet Energieforschung gleich Atomenergienutzung. So für das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), die Kernforschungsanlage Jülich (KFA), die "Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt" (GKSS), das "Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung" (HMI), das "Max-Planck-Institut für Plasmaphysik" (IPP) und die "Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung" (GSF). Träger dieser Institute ist in allen Fällen der Bund, bei einigen mit Länderbeteiligung. Allein für diese Forschungsinstitute weist das Programm "Energieforschung und Energietechnologie" vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) für 1977-80 einen Betrag von 2,2 Mrd. DM aus.

(1) Davon allein 2,1 Mrd. DM für die "friedliche Nutzung der Atomenergie".

Auch am Gesamthaushalt hat sich nichts geändert, wenn man einmal davon absieht, daß es derzeit für einen Politiker immer zu betonen gilt, wie wichtig gerade die Nutzung alternativer Energien ist. Beim Geld hört dieser Spaß freilich auf! So fließen denn von 6,7 Mrd. DM für Energieforschung allein 4,7 Mrd. DM in die Nutzung der Atomenergie; ganze 270 Mio. DM bleiben zur Alibiflege für alle alternativen Energiequellen zusammen. Davon geht auch noch ein gut Teil an die oben erwähnten Großforschungszentren, etwa an die KFA, die neuerdings auch Gutachten über die Nutzung alternativer Energiequellen anfertigt.

Von den 4,7 Mrd. DM gehen rund 1,5 Mrd. DM in die Entwicklung des Schnellen Brüters, rund 1 Mrd. DM in das Projekt HTR unter Federführung der KFA. Angesichts der Komplexität des The-

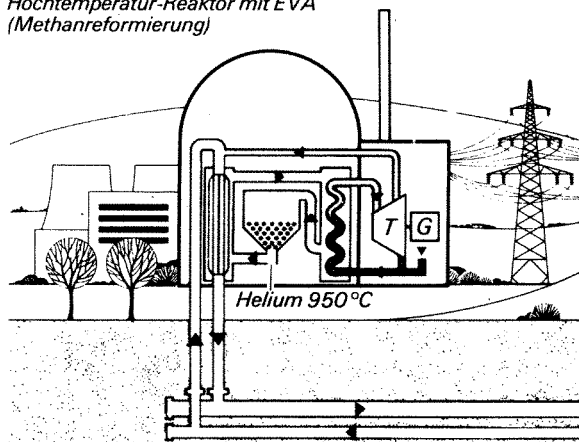
mas "Nukleare Fernwärmeheizung mittels Hochtemperaturreaktor" hat man hier zwei Projektgruppen gebildet: die Projektgruppen "Nukleare Fernenergie" (NFE) und "Projekt nukleare Prozeßwärme" (PNP). Hinter der letzteren verbergen sich die KFA, die "Gesellschaft für Hochtemperaturreakorteknik" (GHT), die "Hochtemperatur-Reaktorbau GmbH" (HRB), die Bergbauforschung und "Rheinbraun". Friedlich nebeneinander bearbeiten die KFA, GHT und HRB das "nukleare Wärmeezeugungssystem" (gemeint ist der HTR), die Bergbauforschung beschäftigt sich mit der Wasserdampfvergasung und Rheinbraun untersucht die hydrierende Vergasung der Kohle.

Die Projektgruppe NFE wird bezeichnenderweise gemeinsam von der KFA und der "Rheinischen Braunkohlenbergwerke AG" (RBW) gebildet. In Eintracht arbeiten die Herren der Kohle- und Atomindustrie an "Verfahren der Umsetzung von Methan mit Wasserdampf mit entsprechender Rückreaktion zum Zweck des Transports großer aus einem HTR auskoppelbarer Wärmemengen über weite Entfernungen". Das Prinzip ist bereits erarbeitet; eine Versuchsanlage in Jülich ist auch schon im Bau. Die äußerst aufwendigen Komponenten für diesen Wärmetransport haben ihren Namen bereits und sind international stark beachtet: EVA heißt sie, die im HTR zu installierende Reformierungsanlage zur Erzeugung des transportfähigen Gasgemisches aus den Phasen Methan und Wasserdampf. ADAM sollen sie heißen, die vielen aber nicht gerade kleinen Stationen zur Rückgewinnung der im chemischen Gasgemisch gespeicherten Wärmeenergie.

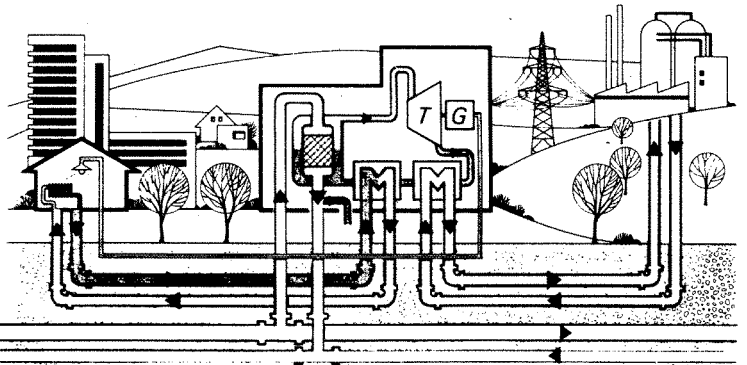
Bild 1 zeigt sie: ADAM und EVA im Paradies.

## Die Kopplung der EVA mit ADAM

Hochtemperatur-Reaktor mit EVA  
(Methanreformierung)



ADAM  
(Methanisierung)



T = Turbine  
G = Generator

Fernleitung für H<sub>2</sub>, CO und CO<sub>2</sub>  
Fernleitung für CH<sub>4</sub>

Ähnlich wie bei einem normalen Kernkraftwerk wird die nuklear erzeugte Wärme auf einen Primärkreislauf (Helium) übertragen. Die Wärme wird zunächst in einem Reform-

merrohrbündel (EVA) bei der Gasumformung und in einem nachgeschalteten Dampferzeuger wieder abgegeben. Der Dampf treibt eine Turbine zur Stromerzeugung an, außer-

dem wird er dem Synthesegas zugemischt. Durch Rohrleitungen wird das Gas zu ADAM transportiert, wo es seine chemisch gespeicherte Energie wieder als Wärme abgibt.

# Nukleare Fernwärmeerzeugung

Groß ist die Verlockung nicht nur für die Ingenieure der Verfahrenstechnik, Elektrotechnik, Werkstoffkunde (Temperaturen von 1000 Grad Celsius!) und des Maschinenbaus, verlockend auch unsere Aussichten, wenn man den Versprechungen der Manager und ihrer Wissenschaftler glaubt. Der Antwort auf die Frage, ob wir es uns verkneifen können, von den süßen Früchten zu naschen, kommen wir ein entscheidendes Stück näher durch die Beantwortung einer anderen Frage: Ist der Mensch eigentlich lernfähig?

Selbst wenn man diese Frage verneinen muß, bleibt uns noch eine kleine Hoffnung. Es ist dies der benötigte enorme Kapitalaufwand, der selbst die bisher einmaligen Anstrengungen zur Nutzung der Atomenergie noch in den Schatten stellt. Und es ist die Hoffnung, daß diejenigen Recht behalten mögen, die den HTR schon längst für gestorben halten. Denn derzeit arbeitet man in Jülich anstelle eines HTR noch mit einem überdimensionalen Tauchsieder mit einer Leistung von sage und schreibe 1000 KW (= 1MW) zur Erzeugung des 950 Grad Celsius heißen Heliums.

Anschließend noch ein Zitat von Klaus Traube, dem ehemaligen Top-Manager der Atomindustrie, der wie wohl kaum ein Zweiter Einblick in die internen Vorgänge hat. Er überschreibt ein Kapitel seines Buches mit: Das vollkommene Chaos – der Hochtemperaturreaktor.

"Und doch ist die Vision solange Humbug, wie man nicht dazu sagt, daß die technische Durchführbarkeit durchaus ungesichert ist, daß aber vor allem schon für den relativ einfacheren Einsatz des HTR zur Kohlevergasung ein Entwicklungsprogramm einschließlich des sukzessiven Baus einer ganzen Reihe von milliardenschweren Demonstrationsanlagen erforderlich wäre, das vielfach so hohe Subventionen erfordern würde wie die Markteinführung des stromerzeugenden HTR. Daß keine Aussicht besteht, in diesem Jahrhundert mit dem HTR wirtschaftlich relevante Quantitäten von Kohle zu vergasen. ... Als sei das alles nicht so, fließen allein in der Bundesrepublik jährlich weitere einige Millionen Fördergelder der öffentlichen Hand in die HTR-Entwicklung auf der Basis so dilettantischer Vorstellungen wie etwa, daß mit Subventionen von etwa insgesamt noch vier Milliarden DM die Ära kommerzieller HTR-Kohlevergasung ab Ende der 80iger Jahre beginnt und im Jahre 2000 etwa 50 große Anlagen in der Bundesrepublik arbeiten. Politiker, Gewerkschaftler und Vorstandsmitglieder großer Gesellschaften vor allem aus dem Kohleland Nordrhein-Westfalen sprechen ernsthaft in der Öffentlichkeit vom HTR so, als begründe er ein neues Zeitalter der Kohleveredelung und helfe den Kumpeln, die Arbeitsplätze zu sichern, glauben auch daran. Und die meisten der an sol-

cher Entwicklung beteiligten Ingenieure und Wissenschaftler glauben ebenfalls daran, andere verschließen die Augen und die, welche wissen, wollen sich keine Prügel zuziehen. ... Und trotz all dieser Einwendung ist es nicht undenkbar, wenn auch keineswegs wahrscheinlich, daß es eines Tages den Prozeßwärme-HTR gibt, wenn nämlich der Mythos der Supertechnik noch bis ins nächste Jahrhundert anhält. Bis dahin allerdings werden die von der öffentlichen Hand für dessen Entwicklung aufgebrauchten Mittel um ein Vielfaches die jetzigen Anschläge übertreffen. Aber das wird sich schubweise in mäßigen Quanten herausstellen und mit dem Hinweis auf die bereits angefallenen Kosten jeweils zu bewältigen sein." (2)



## Literatur:

(1) Programm Energieforschung und Energietechnologie 1977-80, Hrsg. Bundesminister für Forschung und Technologie, 3. Auflage, Bonn 1977

(2) Klaus Traube, Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik, Raubdruck, S. 209 ff.

# EIN AUSFLUG IN DIE ATOMWELT

gewidmet Herrn Henning, einem „interessierten“ Leser des Göttinger Atom Express

Am 29.9. fuhren wir, eine Gruppe hannoverscher AKW-Gegner, als Lehrer verkleidet, nach Grohnde, um das dortige AKW zu besichtigen. Die Einführungsveranstaltung fand im Info-Zentrum der AKW-Betreiber statt, welches direkt neben dem Friedhof von Emmerthal liegt. Da die AKW-Betreiber nach eigenen Beteuerungen nichts dem Zufall überlassen, mußten wir davon ausgehen, daß diese spezielle Lage des Info-Zentrums die gut-nachbarschaftliche Beziehung der Atomindustrie zum Tod darstellen soll. Für soviel Offenheit waren wir sehr dankbar und gerührt und voller Hoffnung besuchten wir

dann die Informationsveranstaltung von Herrn Henning.

Da konnten wir dann zunächst mal sehen, welchen atomfreundlichen Service unser Strompreis bietet: zugesandtes Informationsmaterial en masse, für jeden Getränke am gedeckten Tisch und bereitgelegte Bücher.

Der Service hinsichtlich der Informationen sah dann schon ganz anders aus. Zum Problem der Gefährlichkeit von radioaktiven Stoffen z.B. sollte man sich überlegen: „wenn ich einen Löffel Plutonium esse und Sie einen Löffel Zyankali, dann kann ich noch an ihrer Beerdigung teilnehmen“. So einfach ist das!

Auch das Problem der Kontamination scheint nicht so schlimm zu sein. Auf die Frage: „was ist

kontaminiert?“, kam die lapidare Antwort: „verseucht, kann ich wiedergutmachen“.

Und überhaupt, was sind 1000 Jahre, die die radioaktiven Stoffe noch weiterstrahlen, gegenüber der ganzen Weltgeschichte? Die Begeisterung für die Technik kannte bei Herrn Henning keine Grenzen.

Hinter dem Lächerlichmachen unserer Ängste und dem Hervorheben der vielen Sicherheitsvorkehrungen und ständigen Verbesserungen kam aber eines deutlich zum Ausdruck: Die AKW-Betreiber und die Bundesregierung haben das integrierte Atommüllzentrum immer noch im Hinterkopf und ziehen es den im Augenblick geplanten kleinen WAAs an verschiedenen Standorten vor.

Auf der anschließenden Besichtigung des im Bau befindlichen AKW Grohnde bekamen wir einen Eindruck des momentanen Zustandes der Bauarbeiten: Die Verwaltungsgebäude stehen bereits, die Hilfsanlagegebäude sind im Rohbau fertig, die Kühlwasserleitungen wurden gerade verlegt, das Fundament für die Kühltürme wurde ausgehoben und die Außenhülle des Reaktorgebäudes ist bis zum Ansatz der Kuppel fertiggestellt. Inzwischen ist auch die 3. Teilerichtung genehmigt, sowie das Kompaktlager beantragt worden. Nach den Angaben der Betreiber soll das AKW Grohnde Ende 1984/Anfang 1985 in Betrieb gehen. Es liegt an uns, das zu verhindern!

Während die Bauarbeiter uns ganz fassungslos beobachteten, verstärkte die Baustelle bei uns den Eindruck, welche überdimensionale und unüberschaubare Großtechnik hier entsteht.

Wir schlagen Herrn Henning vor, als Totengräber auf dem Emmerthaler Friedhof zu arbeiten, damit ihm wieder bewußt werden möge, was **Leben** überhaupt heißt!

Ulrike und Ulili/BI Oststadt-List gegen Atomanlagen Hannover.



Foto: Besucher vor dem Informationszentrum

# BROSCHÜREN & FILME



## „Brokdorf Kantate“ vertont

Bekanntgeworden ist P.P.Zahls „Brokdorfer Kantate“ – sein im Knast geschriebener Gedichtszyklus zu den Kämpfen um Brokdorf 1977 – durch das in tausendfacher Auflage erschienene Rotbuch „Alle Türen offen“. Fast unbekannt dagegen ist die Schallplatte, auf der die Zahlsche Kantate komplett vertont ist. Der Platte liegt ein Informationsheft bei, das alle Texte, einen Briefwechsel mit P.P.Zahl (der die Platte bisher immer noch nicht hören durfte!) sowie die Entstehungsgeschichte der Langspielplatte enthält. Sie heißt „Brokdorfer Kantate“ und ist von den „Kernbeißern“ aus Stuttgart (Jazz-Rock).  
Best.Nr. ES 2005, Eigelstein Musikproduktion, Hansaring 80, 5000 Köln 1, Tel.: 0221-12 10 52.  
P.S. Kontakt für eventuelle Konzerte über Pine Lomer, Etzelstr.29, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-64 36 94 oder beim Verlag nachfragen.

## Mord auf Raten

MORD AUF RATEN, Arbeitsbedingungen in AKWs.  
Aus dem Inhalt:  
Interviews mit AKW-Arbeitern: Was kann jemanden dazu bringen, im AKW zu arbeiten? Hast du Unfälle miterlebt? Und viele andere.  
Was bewirkt radioaktive Niedrigstrahlung; Auszug aus einem Bericht des TÜV Rheinland: „menschliche Faktoren in Kernkraftwerken“; und „Comics“, in denen den AKW-Arbeitern ihre Verhaltensregeln vermittelt werden, und vieles anderes Interessantes mehr in einer Din-A-5 Broschüre erstellt vom Arbeitskreis Weser-Marsch der BBA. Zu bestellen bei der BBA, Ostertorsteinweg 43, 2800 Bremen, Tel.: 0241-32 75 30 oder beim Göttinger Arbeitskreis.

## DAS EMSLAND:

Die BI Osnabrück hat ein Buch zur Emsland-Industrialisierung erstellt, das jetzt (endlich) am 10.1.80 erscheint. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind:  
- Planungen von Atomanlagen und Infrastruktur  
- Folgeindustrie bringt Umweltzerstörung  
- militärische Übungsplätze und Waffenlager  
- Rückblick auf über 30 Jahre Emslanderschließung und die Folge derselben  
- Industrialisierung bringt keine Lösung des Arbeitsplatzproblems  
- Nordhorn-Ränge, Wippingen, Lingen: Entwicklung des Widerstands  
Auf 148 Seiten, viele Fotos, Karten und Dokumente.  
Zu beziehen bei: BI gegen Atomenergie Osnabrück, Meller Str. 49, 4500 Osnabrück, für 4.50 DM (für BIs ab 10 Stück 3.50 DM).  
Bestellungen unter 10 Stück gegen Vorkasse (+ 0.50 DM Porto pro Expl.) bei der Stadtparkasse Osnabrück Kontonr. 24 22 22.

## Gegen Polizeiwilkkür

In Krefeld hat sich auf Grund einiger „Vorkommnisse“ eine „Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkkür“ gegründet, die in einer Broschüre verschiedene Fälle publiziert hat und deswegen auch schon weitere Verfahren am Halse hat. In der Broschüre sind ausserdem eine ganze Reihe von Rechtshinweisen im Falle von Festnahmen, Bußgeldbescheiden, Vorladungen, Beschlagnahmungen, Hausdurchsuchungen u.a.m. gegeben. Sie ist zu beziehen bei Hans Boeck, Geldernsche Str.63, 4150 Krefeld 1, Kostenpunkt 2.-DM + 1.80 DM Versandkosten. Leider nur (da schlechte Erfahrungen) gegen Vorkasse auf das Konto der Initiative: Sparkasse Krefeld 137 422.

„Nen Aufkleber zu der Sache gibts auch noch: ein prügelndes „Pöbelzei-Männchen“ mit Rundum-Auf-

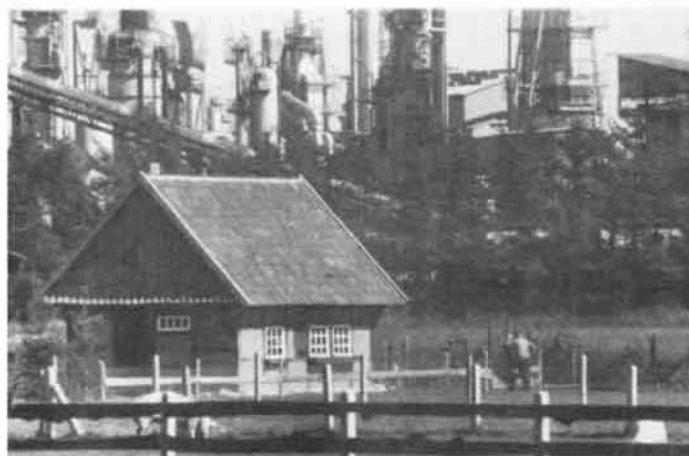


schrift: „Die Polizei schlägt zu – Angeklagt bist du. (Grün/Gelb das Ganze) Unter 10 Stck. 1.-DM, danach wirds billiger!“

## LBU-Stellungnahme

Der LBU (Landesverband BI Umweltschutz Niedersachsen e.V.) hat im September 80 die niedersächsischen BIs und andere mit Natur- und Umweltschutz befaßte Gruppen über das Vorhaben, eine Stellungnahme des LBU zum Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen zu verfassen, informiert und diese Gruppen um Mitarbeit gebeten. Hierzu sind zahlreich Informationen nebst Anregungen und Bedenken eingegangen. Die LBU-Stellungnahme liegt jetzt vor und ist zu beziehen beim LBU, Königstrasse 53, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511-18 02 3.

## FORTSCHRITT ODER ZERSTÖRUNG ?



## Subjektiv-Film Filmliste '81

Eine sehr empfehlenswerte Filmliste, die sehr hilfreich ist, weil man nicht mehr x-verschiedene Filmkataloge wälzen muß, um Titel, Bezugsadressen etc. nachzuschauen, hat die Subjektiv-Filmli, Berlin-Hamburg herausgegeben.

Sie enthält auf 15 Seiten mehr als 70 ausleihbare Filme (16-mm und andere), die Bezugsadressen und Kataloghinweise. Dazu das Programm eines selbstorganisierten Filmwochenendes (beispielhaft), wie man so Filme überhaupt „bekommt“, steht auch drin; außerdem eine Selbstdarstellung der Film-Ini, Kurznachrichten uva. Unkostenbeitrag 2.-DM in bar oder Briefmarken an Rolf Karrer, Isestr. 55, 2000 Hamburg 13.

## Gewaltfreier Kampf & Selbstverwaltung

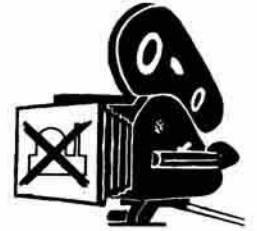
In Frankreich diskutieren seit längerem etliche Gruppierungen mit z.T. unterschiedlichem Hintergrund, wie z.B. autonome gewaltfreie Gruppen, Gewerkschaftsleute u.a., um zu so etwas wie einem politischen Konzept zu gelangen, den „Sozialismus der Selbstverwaltung“.

Helmut Gollwitzer sagt in seinem Geleitwort etwa folgendes: Es werden in der Arbeit zwei Tendenzen zusammengefügt, die bisher auseinanderklafften: Auf der einen Seite stehen diejenigen, welche eine menschenwürdige, d.h. eine sozialistische Gesellschaft anstreben. Dieses Ziel wird als realisierbar angesehen, wenn für die Entmachtung der herrschenden chaotischen Gesellschaftsmächte auf eine polit. realistische Gewaltstrategie nicht verzichtet wird.

Auf der anderen Seite stehen jene, die in einem ihnen zinnerst eigenem sittlichen Widerwillen gegen die Gewalt...keine gesamtgesellschaftliche Analyse und Perspektive hervorbringen.

Die beiden Standpunkte werden hier zusammengefügt.

(Preis 8.80 DM)  
Ein Buch für effektivere Öffentlichkeitsarbeit: „Blitztheaterbuch“ (3.-) Beide Bücher zu beziehen über: Linke und alternative Buchläden. Erschienen im: Zündhölzchen-Verlag, Fr. Schenker, Postfach 49 Herford 1



## Uranabbau im Ausland

Während der ersten Europäischen Urankonferenz in Limoges, Juli 1980, hat man uns, WISE (World Information Service on Energie), gefragt, ob wir eine Film- und Diaserienliste über Uranabbau zusammenstellen können. Wir haben jetzt eine Liste angefertigt, die allerdings nur Filme und Diaserien der Länder Australien, Kanada und der USA beinhaltet. Bitte schreibt uns, ob ihr deutsche Filme oder Diaserien zu diesem Thema besitzt, oder welche kennt, und gebt uns genaue Angaben. Eine weitere Bitte an Euch: Schickt uns Adressen von anti-uranium Gruppen, die wir weitergeben können. Wir wollen damit der deutschen Bewegung die Möglichkeit geben, untereinander und mit dem Rest der Welt bessere Kontakte aufzubauen.  
Adresse: WISE, 2e Weteringplantsoen 9, 1017 ZD Amsterdam, Netherlands.

## versehentlich

haben wir in Göttingen im neuen Anti-Atomkraft Kalender '81 die IF-Filminitiative-Hamburg nicht aufgeführt.  
Hier Auszüge aus ihrer Filmliste:

Was lange gärt, wird endlich Wut  
Von der Gefährlichkeit der AKWs bis zum Widerstand der Bevölkerung am Bauzaun; Brokdorf bis Grohnde 1976-1977, 8-mm, Farbe, Ton, 35 Min.

Weil ich das Leben liebe (Org.Fass.)  
Internationale Demo in Malville/Frankr. 1977. Die Polizei erschöß einen Demonstranten. Film von drei Teams gedreht. 1978, 8-mm, Farbe, Ton, 35 Min.

Brokdorf – Wie alles anfang  
Die Errichtung des Bauzauns 1976, Stoltenbergs Nacht- und Nebelaktion, Berlin 1977, 16-mm, s/w, Ton, 15-Min.

Atomenergie? Ende der Zukunft!  
Von der Technik des Atoms und der Gefährlichkeit der AKWs. Vom aktiven Widerstand der Bevölkerung gegen Atombewaffnung und Atomkraftwerke von 1958-1978. 1979, 16-mm, Farbe, Ton, 85 Min.

Und außerdem Filme über Kalkar (Sept. 1977), Gorleben-Treck, Technik der Wiederaufbereitung (Diatonschau), Ölverschmutzung in der Bretagne u.v.a.

Filmliste anfordern oder anrufen bei: IF-Filminitiative-Hamburg, Großheidestr. 27, 2 Hamburg 60, Tel.: 040-27 68 87 (18-20Uhr), 040-48 72 09 (Notdienst).

## TERMINE

Jedes Wochenende Vorbereitungstreffen für die geplante Großdemonstration in Brokdorf.  
Kontakttelefonnummern:  
Hamburg: 040-4398631, 040-247690  
Itzehoe: 04821-3898, 04828-375  
Krempe: 04824-2596

31.1./1.2.81  
Arbeitsgruppe Energiepolitik. Erstes Treffen zur Erstellung einer bundesweiten Broschüre zu wichtigen Fragen der Energiepolitik. Genaueres siehe Seite 21.

31.1./1.2.81  
11. Treffen kritischer Wissenschaftler gegen Atomenergie in Heidelberg, Beginn Sa. 11.00 Uhr.  
Anmeldung und Kontakt:  
Ökoinstitut, Wielandstraße 21, 6900 Heidelberg, Projektgruppe Reaktorsicherheit.

7.18.2.81  
Treffen kritischer Naturwissenschaftler gegen die hessische WAA.  
Anmeldung und Kontakt:  
Helmut Burdorf, Mozartweg 12, 3553 Cölbe, Tel. 06421-82827

7.18.2.81  
AG Medienarbeit: bundesweites Seminar in Meinerzhagen (Sauerland).  
Kontakt und Anmeldung:  
Olaf Achilles, Höferhof 8-10, 5883 Kierspe

14./15.3.81  
Nationale Anti-AKW-Koordination in Bonn oder Bochum (siehe Artikel zum Darmstädter Nachbereitungstreffen zur Bundeskonferenz).

28.3.81  
Treffen der Arbeitsgruppen Zwischenlager und Baulinie 80 in Frankfurt.  
Kontakt:  
AG/J Darmstadt, Lautenschlägerstraße 24, 6100 Darmstadt. Tel. 06151/715214 o. 714698

## Frankreich: Wieder Feuer in La Hague

Am Dienstag, den 6.1.81, wurde in der Wiederaufbereitungsanlage La Hague ein Schweißbrand in einem unterirdischen Lager für strahlende Abfälle des Wiederaufbereitungsprozesses entdeckt.

Bei einer Routinekontrolle war ein anormal hoher Caesium-Gehalt im Innern des Atomsilos registriert worden. Dadurch wurde man auf den Brand aufmerksam. — Es entwickelten sich zwar keine Flammen, aber die Gefahr einer schweren radioaktiven Verseuchung war erheblich.

Aufgrund des Caesiumgehaltes der vom Brandherd austretenden Rauchwolke war die Bekämpfung des Brandes bis in die Nachtstunden unmöglich. Es konnte nicht mit Löschwasser vorgegangen werden, da sich sonst ein explosives Wasserstoffgemisch gebildet hätte.

Aus dem über 200 km entfernten Le Havre mußte deshalb erst ein LKW mit Stickstoff herangeholt werden. Der Lagerraum wurde dann mit dem flüssigen Stickstoff überschwemmt, wodurch der Brand schließlich nach 24 Std. unter Kontrolle gebracht werden konnte.

Die Direktion der Monster-Anlage wiegelte mal wieder ab: Die außerhalb des Atomsilos aufgetretene erhöhte Radioaktivität sei „weit unter den zulässigen Normen geblieben, also nur geringe und „zulässige Strahlenmengen“ seien entwichen. Nur innerhalb des Silos sei eine radioaktive Verseuchung festgestellt worden. Die Angestellten, deren Arbeitsplätze in Windrichtung des Brandherdes lagen, seien aus „psychologischen und vorbeugenden Gründen“ evakuiert worden.

Selbst eine Zeitung wie der als eher zurückhaltend und rechtskonversativ bekannte „Figaro“ stand unter dem Eindruck des Unfalls. Im Gegensatz zum sonst praktizierten Stillschweigen im Zusammenhang mit Atomunfällen wurde diesmal ausführlich berichtet: Der neue Unfall habe in dem Gebiet um die Anlage Unruhe ausgelöst. Angesichts des langen Schweigens der Firmenleitung hätten sich schnell Gerüchte verbreitet, daß Strahlengeschädigte in Cherbourg

ins Krankenhaus eingeliefert worden seien und die ganze Anlage in Flammen stehe.

Sprecher der beidengrößten in der WAA vertretenen Gewerkschaften (CFDT, CGT) sagten am Freitag darauf, das Feuer sei von größerem Ausmaß gewesen als der zuständige Direktor zugegeben habe. 20 Menschen seien radioaktiv verseucht worden. Weiter wurde scharfe Kritik an den Sicherheitsmaßnahmen der Werksleitung geübt: So sind im Rahmen der Evakuierungsmaßnahmen Arbeiter ins Freie geschickt worden, obwohl dort die Radioaktivität weit höher war als in den Gebäuden. Die Arbeiter wurden nach Hause geschickt, ohne daß sie auf mögliche radioaktive Verseuchung untersucht worden sind.

Dieser Unfall ist ein weiteres Glied einer langen Kette riesiger Sauereien, die bisher in La Hague passiert sind.

Vorfälle der letzten Zeit:

Vor einem Jahr brach mehrfach eine Rohrleitung, über die leicht-radioaktives Wasser ins Meer geleitet wird. Im April 80 fiel durch einen Kurzschluß das gesamte Kühlsystem der Anlage aus (s. AE Nr.20, S.18f); im Oktober führte der Ausfall einer Pumpe zu einer Überschwemmung. Zuletzt war La Hague im Dezember ganz abgeschaltet worden, weil eine Leitung mit nichtradioaktivem Dampf undicht war.

La Hague muß endlich dichtgemacht werden!!



Lieferanten-  
u. Leichenfzg.  
frei

Collection LaHa Foundation

www.laka.org  
Digitized 2016